Gemeinde Haseldorf

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0596/2023/HaD/BV

Fachbereich: Soziales und Kultur	Datum: 17.10.2023
Bearbeiter: Seemann	AZ: 4/

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Sport-, Kultur-, Sozial- und Umweltausschuss der Gemeinde Haseldorf	07.11.2023	öffentlich
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

Kindertagesstättenbedarfsplanung 2023

Sachverhalt:

In der Fortschreibung der Bedarfsplanung sind die aktuell in den Gemeinden Haseldorf und Haselau gemeldeten Kinder berücksichtigt. In der **Anlage 1** ist dies für den Gesamtbereich und in der **Anlage 2** für die Gemeinde Haseldorf dargestellt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Kinder werden aktuell in 7 Gruppen in ev.-luth. Kindertagesstätte Elb-Arche betreut. Es gibt aktuell 80 Kindergarten- und 30 Krippenplätze. Die Betreuungszeiten umfassen den Zeitraum von 8 Uhr bis 12 / 14 / 16 Uhr. Ein Frühdienst wird ab 7 Uhr angeboten. Weiterhin wird für die 12 Uhr Gruppe eine weitere Betreuung bis 13 bzw. 14 Uhr angeboten.

Mit der Erweiterung stehen weitere 15 Plätze (10 Kindergarten und 5 Krippe) zur Verfügung.

Aktuell werden 13 Haseldorfer Kinder in auswärtigen Kindertagesstätten und 10 Kinder von Tagesmüttern betreut.

Finanzierung:

-/-

Fördermittel durch Dritte:

-/-

Beschlussvorschlag:

Der Sport-, Kultur-, Sozial- und Umweltausschuss / Die Gemeindevertretung stellt den Bedarf fest und nimmt die Bedarfsplanung zur Kenntnis.

Kullig
Bürgermeister

Anlagen:

Anlage 1: Kindertagesstättenbedarfsplan Gesamt

Anlage 2: Kindertagesstättenbedarfsplan Haseldorf

**Bedarfsplanung Kindertagesstätten
in den Gemeinden Haselau & Haseldorf**

Stand: 01.09.2023

Gemeldet im Geburtszeitraum:	Gesamt	Haselau	Haseldorf
01.08.2017 und 31.07.2018	29	8	21
01.08.2017 und 31.07.2019	32	17	15
01.08.2017 und 31.07.2020	29	10	19
01.08.2017 und 31.07.2021	34	12	22
01.08.2017 und 31.07.2022	23	11	12
01.08.2017 und 31.07.2023	23	7	16
01.08.2017 und 31.07.2024	27	10	17
01.08.2017 und 31.07.2025	24	9	15
01.08.2017 und 31.07.2026	25	9	16

geschätzte
Hochrechnung
Ø der 3
Vorjahre

Elementarbereich:	Elementar	Kinder, die im lfd. Jahr 3 Jahre alt werden		geschätzte Zuzüge / Geburten 10 %	Elementar gesamt:		vorhandene Plätze laut Betriebserlaubnis		Gesamt:	Bedarfsdeckung vorhandene Plätze	Bedarfsdeckung vorhandene Plätze
							Elb-Arche				
Kindergartenjahre:							Elb-Arche		vorhandene Plätze	fehlende Plätze	Bedarfsdeckung vorhandene Plätze
2023 / 2024	90	34		11	135		80		80	-55	59,48%
2024 / 2025	95	23		11	129		90		90	-39	69,98%
2025 / 2026	86	23		11	120		90		90	-30	74,81%
2026 / 2027	80	27		10	117		90		90	-27	77,14%
Krippenbereich:	Krippe	Kinder, die im lfd. Jahr 3 Jahre alt werden	Kinder, die im lfd. Jahr 1 Jahr alt werden	geschätzte Zuzüge / Geburten 10 %	Krippe gesamt	mit Bedarfsquote 80 % im Krippenbereich	vorhandene Plätze laut Betriebserlaubnis		Gesamt:	Bedarfsdeckung vorhandene Plätze	Bedarfsdeckung bei Quote von 80 %
Kindergartenjahre:							Elb-Arche				
2023 / 2024	57	34	23	7	53	43	30		30	-13	70,22%
2024 / 2025	46	23	27	9	58	47	35		35	-12	74,83%
2025 / 2026	50	23	24	9	60	48	35		35	-13	72,73%
2026 / 2027	51	27	25	9	58	46	35		35	-11	75,42%
Gesamt		Kinder, die im lfd. Jahr 3 Jahre alt werden	Kinder, die im lfd. Jahr 1 Jahr alt werden	geschätzte Zuzüge / Geburten 10 %		mit Bedarfsquote 80 % im Krippenbereich	vorhandene Plätze laut Betriebserlaubnis		Gesamt:	Bedarfsdeckung vorhandene Plätze	Bedarfsdeckung vorhandene Plätze
Kindergartenjahre:							Elb-Arche				
2023 / 2024	147	68	23	18	188	177	110		110	-67	62,07%
2024 / 2025	141	46	27	15	187	175	125		125	-50	71,28%
2025 / 2026	136	46	24	21	180	168	125		125	-43	74,22%
2026 / 2027	131	53	25	19	175	163	125		125	-38	76,65%

¹Laut Bevölkerungsprognose des Kreises Pinneberg ist bis 2030 mit einem Zuwachs von 5,9 % zu rechnen. Für die Altersgruppe unter 20 Jahren wurde ein Zuwachs von 2 % sowie ein gesamter Bevölkerungszuwachs bis 1,7 % für den Amtsbereich prognostiziert.

I. Soll-Plätze 2023/2024

IV. Gesamt-Versorgungsquote 2023/2024

II. Ist-Plätze 2023/2024

V. Krippen-Versorgungsquote 2023/2024

III. Fehlbedarf 2023/2024

VI. Elementar-Versorgungsquote 2023/2024

**Bedarfsplanung Kindertagesstätten
in der Gemeinde Haseldorf**

Stand: 01.09.2023

In **Haseldorf** gemeldet im Geburtszeitraum:

01.08.2017 und 31.07.2018	21
01.08.2018 und 31.07.2019	15
01.08.2019 und 31.07.2020	19
01.08.2020 und 31.07.2021	22
01.08.2021 und 31.07.2022	12
01.08.2022 und 31.07.2023	16
01.08.2023 und 31.07.2024	17
01.08.2024 und 31.07.2025	15
01.08.2025 und 31.07.2026	16

geschätzte Hochrechnung Ø
der 3 Vorjahre

Fazit / Anmerkung:

Erweiterungsbau: Neu 1 Familiengruppe, Fertigstellung Sommer 2024

Elementarbereich:	Elementar	Kinder, die im lfd. Jahr 3 Jahre alt werden		geschätzte Zuzüge / Geburten 10 %	Elementar gesamt:		vorhandene Plätze laut Betriebsurlaubnis Verteilung 40/60		Gesamt:	Bedarfsdeckung	
							Elb-Arche				vorhandene Plätze
Kindergartenjahre:											
2023 / 2024	55	22		6	83		48		48	-35	58,18%
2024 / 2025	56	12		6	74		54		54	-20	73,37%
2025 / 2026	53	16		5	74		54		54	-20	72,68%
2026 / 2027	50	17		5	72		54		54	-18	75,35%
Krippenbereich:	Krippe	Kinder, die im lfd. Jahr 3 Jahre alt werden	Kinder, die im lfd. Jahr 1 Jahr alt werden	geschätzte Zuzüge / Geburten 10 %	Krippe gesamt	mit Bedarfsquote 80 % im Krippenbereich	vorhandene Plätze laut Betriebsurlaubnis Verteilung 40/60		Gesamt:	Bedarfsdeckung bei Quote von 80 %	
Kindergartenjahre:											
2023 / 2024	34	22	16	3	31	25	18		18	-7	71,66%
2024 / 2025	28	12	17	3	35	28	21		21	-7	74,01%
2025 / 2026	33	16	15	3	35	28	21		21	-7	75,38%
2026 / 2027	32	17	16	3	34	27	21		21	-6	77,44%
Gesamt		Kinder, die im lfd. Jahr 3 Jahre alt werden	Kinder, die im lfd. Jahr 1 Jahr alt werden	geschätzte Zuzüge / Geburten 10 %		mit Bedarfsquote 80 % im Krippenbereich	vorhandene Plätze laut Betriebsurlaubnis Verteilung 40/60		Gesamt:	Bedarfsdeckung	
Kindergartenjahre:											
2023 / 2024	89	44	16	9	114	108	66		66	-42	61,33%
2024 / 2025	84	24	17	8	109	102	75		75	-27	73,55%
2025 / 2026	86	32	15	9	109	102	75		75	-27	73,42%
2026 / 2027	82	33	16	8	106	99	75		75	-24	75,92%

¹Laut Bevölkerungsprognose des Kreises Pinneberg ist bis 2030 mit einem Zuwachs von 5,9 % zu rechnen. Für die Altersgruppe unter 20 Jahren wurde ein Zuwachs von 2 % sowie ein gesamter Bevölkerungszuwachs bis 1,7 % für den Amtsbereich prognostiziert.

I. Soll-Plätze 2023/2024

II. Ist-Plätze 2023/2024

III. Fehlbedarf 2023/2024

IV. Gesamt-Versorgungsquote 2022 / 2023

V. Krippen-Versorgungsquote 2022 / 2023

VI. Elementar-Versorgungsquote 2022 / 2023

DLRG Wedel e.V. – Postfach 14 25 – 22873 Wedel

Gemeinde Haseldorf
Bürgermeister Daniel Kullig
Amt Geest und Marsch Südholstein
Wedeler Chaussee 21

25492 Heist

**Deutsche Lebens-Rettungs-
Gesellschaft e.V.**

Landesverband Schleswig-Holstein
Wedel e.V.

Vereinszentrum:

Tinsdaler Weg 38

22880 Wedel

Telefon: 04103 – 8 77 78

Telefax: 04103 – 70 18 014

Rettungswache Strandbad:

Telefon: 04103 – 8 22 02

E-Mail: moeller.jochen@wedel.dlrg.de

Internet: wedel.dlrg.de

Wedel, 24.09.2023

Neubeschaffung eines Rettungsbootes für die DLRG Wedel e.V. Antrag auf Bezuschussung der Anschaffung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kullig,

die Durchführung des Wasserrettungsdienstes und die Optimierung der Einsatzbereitschaft im Wasserrettungsdienst gehören zu den Kernaufgaben der DLRG.

Die DLRG Wedel e.V. ist seit Ihrer Gründung 1936 im Wasserrettungsdienst an der Elbe tätig und sorgt somit auch für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wedel. Seit über 30 Jahren stellt sie mit einer Schnelleinsatzgruppe einen ganzjährigen Wasserrettungsdienst mit durchschnittlich 30 erfahrenen Einsatzkräften sicher. Der Einsatz erfolgt ganzjährig, 24 h, 7 Tage die Woche, zu allen Jahreszeiten, tagsüber und nachts. Hierbei kommt es zu durchschnittlich 40-45 Einsätzen im Jahr. Die Wasserrettung auf der Unterelbe wird dabei in allen drei Bundesländern durch die DLRG und die Feuerwehren betrieben. Auch hier in der Haseldorfer Marsch erfolgt dies entsprechend in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Feuerwehren.

Die DLRG Wedel e.V. hat mit ihrer konstanten und konsequenten Aufrechterhaltung dieser besonderen Einsatzbereitschaft in der Wasserrettung bewiesen, dass die DLRG ein kompetenter und verlässlicher Partner in der Wasserrettung ist.

Neben den Einsätzen auf der Elbe, übernimmt die DLRG Wedel mit Ihren Einsatzmitteln selbstverständlich auch Einsätze in Gewässern im Binnenland (Seen, Teiche, Flüsse). Dafür kommen entsprechend kleine Boote, die auf Trailern und Fahrzeugen verlastet sind, zum Einsatz.

Die Anforderungen an die Wasserrettung auf der Unterelbe haben sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Die DLRG Wedel e.V. reagiert hierauf regelmäßig durch eine sicherheitsgerechte und geeignete Ausstattung, Ausrüstung und Ausbildung für die Einsatzkräfte. Beschränkte sich der Einsatzbereich früher hauptsächlich auf Schwimmer und Wassersportler, so

Stadtparkasse Wedel
IBAN: DE94 2215 1730 0000 0064 08
BIC: NOLADE21WED
Stadtparkasse Wedel (Jugend)
IBAN: DE46 2215 1730 0000 0324 92
BIC: NOLADE21WED

Rechtsform: eingetragener Verein (e.V.)
Amtsgericht: Pinneberg Register: VR 916
Vertretungsberechtigung gemäß § 26 BGB
Vorsitzender: Philip Stockhusen
Steuer-Nr.: 18 29 67 07 01

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft ist Spitzenverband im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, im Deutschen Spendenrat, Mitglied der International Life Saving Federation (ILS) und der ILS-Europe.

deckt die DLRG Wedel e.V. heute das gesamte Spektrum des Rettungsdienstes auf dem Wasser ab. Hierzu zählen medizinische und auch technische Einsätze mit dem primären Ziel, Schäden für Leib und Leben abzuwenden. Neben dem Wassersport im Freizeitbereich erfolgt der Einsatz auch in der Berufsschiffahrt. An dieses breite Aufgabenspektrum werden immer wieder ganz herausragende Anforderungen gestellt. Um diesen Anforderungen zu entsprechen, wird ein leistungsfähiges, zielgerichtetes Rettungsboot benötigt, welches sich in diesen Einsatzlagen vollumfänglich behaupten kann.

Das derzeitige Rettungsboot Klaar Kimming (Baujahr 1999) erfüllt diese Anforderungen nach 24 Jahren dauerhafter Liegezeit im Wasser nicht mehr sicher und ausreichend. Im Rahmen des Katastrophenschutzes des Kreises Pinneberg, kann für bestimmte Einsatzlagen zwar auch auf ein Boot zurückgegriffen werden, dieses stellt jedoch keine Alternative zu einer Neubeschaffung dar. Unter anderem aufgrund der Größe und der offenen Bauweise (ohne Kabine), kann ein Großteil des Einsatzspektrums nicht sicher abgedeckt werden. Dies wird insbesondere bei Einsätzen in den Wintermonaten und bei Nacht deutlich.

Das Boot wird ganzjährig im Tonnenhafen des Wasser- und Schiffahrtamtes liegen und der Besatzung auch bei widrigsten Witterungsverhältnissen einen sicheren und zielgerichteten Einsatz ermöglichen. Neben der beschriebenen Leistungsfähigkeit, nimmt die Sicherheit der Insassen dabei einen besonders hohen Stellenwert im Rahmen unserer Fürsorgepflicht für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte ein.

Neben den sonst in der DLRG häufig üblichen Einsätzen in Strand- und Uferbereichen zur schnellen Rettung aus dem Wasser, ergeben sich in diesem Einsatzrevier besondere, anspruchsvolle Herausforderungen. Hierzu zählen v.a. der Transport von Notfallpatienten auf dem Wasser über längere Strecken und die Übernahme solcher von der Freizeitschiffahrt und Seeschiffen, Schlepp- und Bergungseinsätze von Segel- und Motoryachten - auch größerer Klassen- aus lebensbedrohlichen Notlagen, Such- und Rettungseinsätze, Wahrnehmung eines On-Scene-Commanders bei größeren Einsatzlagen, Basisboot für Taucheinsätze.

Zur Erfüllung dieser besonderen Anforderungen ist ein Rettungsboot erforderlich, welches sich in einer Klasse außerhalb der sonst meist im Binnenland genutzten Bootsgrößen befindet. Das Anforderungsprofil an das neue Rettungsboot ist in der beigefügten Anlage näher beschrieben. Für die individuelle Anfertigung wurden elf Werften zur Abgabe eines Angebotes auf Basis dieser Anforderungen aufgefordert.

In der Anlage befindet sich das derzeit favorisierte Angebot. Aktuell stehen wir mit drei weiteren Werften in finalen Gesprächen. Eine Beauftragung soll möglichst noch in diesem Jahr erfolgen, um einen Einsatz im 3./4. Quartal 2024 und die damit verbundene dringend erforderliche Ablösung des derzeitigen Rettungsbootes zu gewährleisten.

Die Finanzierung dieses Projektes erfolgt über einen Mix aus Eigenmitteln, Anträgen an den DLRG Landes- und Bundesverband, sowie Stiftungen und Spenden.

Wir freuen uns, wenn die Gemeinde Haseldorf den ehrenamtlichen Einsatz der DLRG Wedel e.V. für auch für ihre Bürgerinnen und Bürger anerkennt und auch diese Neubeschaffung eines Rettungsbootes wieder mit unterstützt. Aktuell haben wir noch eine Deckungslücke von EUR 120.000 zu finanzieren. Wenn die Gemeinde Haseldorf hier einen Beitrag entsprechend ihrer Möglichkeiten leistet, stellt das eine große Hilfe dar.

Wir bitten daher um Unterstützung unseres Projektes und stehen für Rückfragen oder persönliche Gespräche jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Philip Stockhusen
Vorsitzender

Anlagen

- Anforderungsprofil
- Angebot Werft

TOP Ö 10

Anforderungsprofil Rettungsboot

Anforderungsprofil - Voranfrage

- Einsatzgebiet Unterelbe
 - Tidengewässer
 - Seeschiffahrtsstraße
- Einsatzzeitraum
 - ganzjährig im Wasser (außer bei Eisgang)
- Einsatzzweck
 - schnelle Rettung aus dem Wasser
 - Transport von Notfallpatienten auf dem Wasser
 - Übernahme von Notfallpatienten von Seeschiffen
 - SAR-Einsätze
 - Übernahme der Funktion eines On-Scene-Commanders über mehrere Stunden
 - Schlepp- und Bergungseinsätze
 - Basisboot für Taucheinsätze

Anforderungsprofil - Voranfrage

- Zuladung ca. 2700 kg
- Länge ca. 10 m
- Besatzung bis zu 6 Personen, mit schockgedämpften Sitzen
- Geschwindigkeit 40-45 kn, im einsatzbereiten Zustand (3 Pers., 100% Kraftst., 400kg)
- hohe Belastungsfähigkeit auch bei starkem Seegang
- CE-Zertifizierung mindestens der Kategorie „C“
- kein GFK
 - Aluminium, Kombination Aluminium/Schlauch/Schaum, HDPE
- Beleuchtung gem. SeeSchStrO.
- Blaulicht

Anforderungsprofil - Voranfrage

- Möglichkeit des Anlandens am Strand (Leiter)
- niedriges Freibord, Bergungsluke (Ausstieg auf Deckshöhe, >1m breit)
- umlaufende Begehbarkeit an Deck
- Arbeits-/Bergeplattform auf dem Achterdeck, Höhe über der Wasserlinie <0,4m
- Taucherleiter
- Schlepppoller/ -haken/ -dreieck
- mobile Motorlenzpumpe
- Wechselrichter 230V, min. 2 kW

Anforderungsprofil - Voranfrage

- geschlossene Kabine, Seitenscheiben zum öffnen
- zweiter Steuerstand außen (reduziert auf Lenkrad und Fahrhebel)
- Liegefläche für Patienten (auf Trage 2,2x0,6m), auch nutzbar als Arbeitstisch
- Kompass
- AIS
- Radar (Overlay)
- Echolot
- Kartenplotter
- Arbeitsplatz mit weiterem Kartenplotter
- Heizung, Klimaanlage, Frostschutz in der Kabine, Motorvorwärmung

Anforderungsprofil - Voranfrage

- umfangreiche SAR-Ausstattung
 - Suchscheinwerfer, manuell und Joystick
 - Umfeldbeleuchtung
 - Sidescan-Sonar
 - Nachtsichtgerät
 - Wärmebildkamera
 - Schleifkorbtrage, Spineboard
 - LED-Taschenlampenstation

Anforderungsprofil - Voranfrage

- Umfangreiche Kommunikationsausstattung
 - 2 x Digitalfunkgerät BOS (TETRA)
 - 3 x Digitalhandfunkgerät BOS (TETRA)
 - 2 x 2 m Band Funkgerät DLRG
 - 2 x 2 m Band Handfunkgerät DLRG
 - 1 x Seefunkgerät
 - 1 x Seefunkhandgerät
 - 1 x Mobiltelefon

Anforderungsprofil - Voranfrage

- Bugstrahlruder
- Ladungssicherung, Lagerung Fender
- Kühl- und Wärmefach
- Durchsageverstärker Bug und Heck
- Arbeitsplatz- und Kabinenbeleuchtung (weiß und rot)
- elektrische Ankerwinde

Die DLRG Wedel e.V. im Einsatz Einsatzbereiche

Stationärer
Wasserrettungsdienst

Wachstation

Mobiler
Wasserrettungsdienst

Schnelleinsatzgruppe
Wasserrettung

Katastrophenschutz

First Responder

Wasserrettungsdienst Unterelbe

Lebensraum • Wirtschaftsraum • Freizeitrevier

Die Elbe - Strömungsverhalten

Strömungsmessungen

Strömung bei mittlerem Tideverlauf an der Dauerströmungsmessposition D1 am 11.04.04

Gemittelte Geschwindigkeiten

Ort	cm/s	km/h	Knoten
↖ ↑	79,70	2,87	1,55
↖ ↓	51,40	1,85	1,00
↖ ↑	58,40	2,10	1,14
↖ ↓	41,50	1,49	0,81

Quelle: https://www.portalteidelbe.de/Projekte/FRA1999/Beweissicherung/Ergebnispraesentation/hydrologie/stroemungen_hamburg_Einzeltiden2.GIF

Die Elbe - Freizeitrevier

Abb.: http://www.elbebilder.de/wp-content/gallery/seezeichen/m-20110410_MART4084.JPG

Die Elbe - Freizeitrevier

Die Elbe - Berufsschifffahrt

© Daniel Beneke

© DLRG Stade

© DLRG Stade

Wasserrettung - Einsatzspektrum

Mastbruch
Motorschaden
manövrierunfähig
Ausfall der Ruderanlage
Wasserbauwerke
Treibgut
Schiff/Boot vs. Schiff/Boot

Fahrwasser
Wassereinbruch
droht zu sinken
Kenterung
Grund/Ufer
Häfen

Vermisst
Schwimmer
Person im Wasser
über Bord
Medizinischer Notfall
Notfall an Bord
Feuer
Inseln
Notfall an Land
Uferlinie

To: DLRG-Vereinszentrum

Tinsdaler Weg 38, 22880 Wedel, Germany

Date: 4-8-2023

Dear Mister S. Schenk,

We herewith have the pleasure to quote you the Alunautic Windmill 12.00 with the following configuration.

000 General description

1.1 Main particulars

The **Alunautic Windmill** 12.00 is a modern Vessel of standard design. The Vessel is well suited for the following services (amongst others):

- Transportation of personnel
- Handling
- Coastal control

- Rescue people
- First aid activities

The Vessel has a chined hull with a deep-V bottom. The Vessel is propelled by Twin 370 hp Yanmar inboard engines.

The Alunautic Windmill 12.00 is designed to ensure the following qualities for all aspects of the Vessel and for all the tasks it must perform:

- Efficient and accessible layout
- Excellent performance
- Cost effective to operate.
- Easy to maintain.
- Built to modern and high standards.
- Fitted with new and high standard commercial components.

Principal dimensions

Length overall (including appendages)	12.00 m
Beam over all (including appendages)	4.25 m
Aft deck high above waterline (at speed trail condition)	max 0.8 m
Double door to pass stretcher	>1,2m
Depth at side (at half length)	0.90 m
Draught max. (approximately incl engine shaft)	0.95 m

Tank capacities

Patrol tank	2x 0,5	m ³
Water tank	0	m ³
Seawage tank	0	m ³

Other capacities

Crew	2
(Industrial) personnel	4-6
Gross tonnage / Nett tonnage approx..	7
Dead weight*	Max 8.00 tonnes
* The total maximum deadweight (fuel, persons, cargo, etc)	
Payload 2700 kg	

1.5 Layout

The Vessel is divided into the following watertight compartments: checkable, with e.g. ball valves

- Engine room
- Accommodation
- Fore peak-aft deck casco hull.

1.6 Propulsion and speed

The Vessel's propulsion system consists of two diesel inboard engines. Full details are given in the Propulsion Selection Diagram. The engines are indirectly seawater cooled and electrically started and can be removed via a large hatch. Speed requirement: at least 38kn with 3 Persons, 100% fuel, 400kg payload.

1.7 Definitions

This specification describes the hull, equipment, and machinery of the below mentioned Vessel.

The following words and/or expressions used herein shall have the meaning as defined hereinafter:

"Vessel"

The Alunautic Windmill 12.00 as described in this specification.

The corporate body or legal person who shall have ownership of the Vessel.

Euro Offshore bv (or its Licensee)

"Buyer"

The corporate body or legal person who shall have ownership of the Vessel.

"Builder"

EO Workboats bv

"Builder's standards"

Manner of construction and/or outfitting as customary at Builder's yard.

"Standard execution"

Manner of construction and/or outfitting as customary at the execution of the Vessel, built, and equipped with the materials, fittings and items as described in this specification.

"Or" / "Or equivalent"

Substitution of equivalent equipment of different manufacturer may be proposed by builder.

1.8 Weather protected assembly.

The assembly of all equipment, the painting and other sensitive activities will take place in a covered working area, protected from weather influences.

1.9 Quality policy

By applying a Quality Program (QP) to every facet of our operations the Builder continues to maintain and upgrade the quality of the products and organisation.

1.10 Workmanship and quality of materials and fittings

The workmanship on the hull and fittings throughout shall, as a minimum, be completed in accordance with applicable Classification society standards. Care shall be taken to ensure fair lines, smooth surfaces, and neat welding. All materials and equipment installed in, or delivered with the Vessel are new and of a good marine quality. During the outfitting, high standards are kept regarding clean-keeping, safety and environmental protection.

The Builder has a standardisation department for quality control, assurance, and design improvement.

Trade names and names of specific manufacturers mentioned in the specifications are intended to describe the desired quality and/or construction of the equipment and materials. They will not exclude any other makes of similar quality or construction.

All bolts, chains, fittings and other small equipment exposed to seawater are, where possible, of stainless steel, aluminium and at least of galvanised steel. Use of Silicon based materials will be minimized. Where applicable, any silicon-based paint systems will be applied by means of rollers, to prevent Silicon particles becoming air borne.

1.11 Delivery

The vessel will be delivered to the Buyer with almost empty tanks, complete with equipment and tools as per purchase order or contract.

1.12 Modifications

The Builder has the liberty to modify constructions and/or designs, provided such modifications do not affect the Vessel as described in this specification.

1.13 Buyer's supply

In the event the Buyer is supplying components, equipment and/or any other materials to be incorporated in the Vessel, the additional costs for bringing on board and/or for installation on board, is not included in this specification. Also, weight and speed consequences are not included in this specification.

30 Classification / Certification

31 Classification society

ECB= CE approval B

Certificates/statements

The following certificates/statements are supplied to the Buyer at the time of delivery of the Vessel:

- Builder's certificate
- Material certificates (as far as required by client)

40 Test / Trials

General description

All work and equipment on the Vessel will be tested at Builder's yard for suitability, performance and workmanship for their intended purpose and are in accordance with Builder's standards and the

Classification Society if applicable. A detailed report of all tests and trials will be delivered with the Vessel. The Builder will furnish all consumables necessary for tests and trials.

42 Factory tests / Harbour tests

General

The below mentioned test are indicative only and may change based upon final requirements of the main equipment suppliers and / or Classification Society, if applicable.

Equipment

The following equipment will be tested:

- Hose test windows, watertight doors and hatches
- Navigation and communication equipment

Systems

The following systems will be tested:

- Control of the propulsion system
- Bilge system
- General Service system
- Fuel system
- Ventilation systems
- Electrical system
- Lighting system
- Air conditioning-heating system
- Watertight compartments
- Emergency stopping of the patrol supply.

Inclining test & stability information

An inclining test will be executed for determination of the light ship weight and centre of gravity. A stability booklet will be provided and includes:

- Hydrostatic data
- Stability calculations for various loading conditions
- Tank tables
- General information of the Vessel

ECB will be present at the inclining test for classification society signed stability booklet, will be delivered with the Vessel.

43 Seatrials

General

During the tests and trials listed below, data will be recorded regarding wind speed, wave heights, water depth, air and seawater temperature, draft, trim and weight of the Vessel etc.

A classification society's signed trial report will be delivered with the Vessel together with a certified speed document.

Speed trials

The Vessel's speed ahead will be measured at maximum throttle on a one mile course, twice in two opposite directions. The distance will be measured by a GPS track at least 38kn average speed.

Loading condition:

Item	Condition	
Fuel oil	100 %	
Fresh water	0 %	
Waste water	0 %	
Crew and effects	2	
(Industrial) personnel and effects	1	
Payload	400 kg	

Weather condition:

Trials are based on the following maximum weather and sea conditions:

- Sea state 3
- Beaufort 4
- Water depth > ½ times the waterline length

Endurance trials

An endurance test at maximum rpm of the main engines will be carried out with the Vessel for a period of 1 ->2 hours . During the test the exhaust gas temperature, cooling water temperature and lubrication oil temperature of the main engines will be recorded. The approximate fuel consumption will be readout from the (engine) management system.

Manoeuvring trials

The following manoeuvring trials will be carried out:

- Measurement of the time and distance needed for a crash stop.
- Measurement of the turning circle diameter.
- Steering gear trials.

Noise measurements

The sound level (dB(A) values will be measured at 50% of the engine power at wheelhouse. No limitation has been agreed on this issue. Manufacturer will create a dB max as possible.

70 Design conditions

General requirements

The Alunautic Windmill 12.00 is generally designed for the following environment conditions as appear in Germany:

- Seawater temperature:
min. 0 °C
max. 25 °C

- Air temperature outside:
min. 0 °C -25°C
max. 32 °C- 40°C
- Relative humidity:
max. 100 % (Not in combination with max. temp.) The specific design condition of the propulsion installation, air conditioning, heating, etc., see the individual items.

71 Manuals / Documentation

Documents and manuals upon delivery

Upon completion of the Vessel, the Builder will deliver to the Buyer two complete sets documents and manuals in the English language.

The following documents will be delivered:

- General Arrangement Plan
- Docking or hoisting plan
- Engine room arrangement if applicable
- Diagram of all relevant systems
- Electric Power Distribution Diagram
- General Construction Plan
- Dock and sea trial test reports
- Safety plan (Fitted in aluminium frame at suitable location)
- Inventory list
- Manuals of components (as far as available)
- A stability booklet, as indicated in item 042.04
- Safety documents according to Berufsgenossenschaft/Schiffssicherheitszeugnis

100 Shipbuilding (hull and coating)

Aluminium

Marine grade light alloy (aluminium) type.

- Plating 4-5 mm type ALMg DIN 1725-ISO H11 seawater resistant
- Extrusions 4-10 mm type ALMg DIN 1725-ISO H11 seawater resistant

Stainless steel

Stainless steel type 316L or 321 is used unless mentioned otherwise.

Welding

All welding will be performed in accordance with actual classification requirements.

110 Hull

General description

The single chine hull has a deep V-bottom, spray rails, a transom stern

The hull is manufactured from Marine Aluminium grade alloy, built conform a major classification society.

Tanks

The tanks are not a part of the construction and are mounted in the construction.

Sea inlets

Sea inlets will be constructed following general Class approvals.

Each inlet pipe is provided with an aluminium inlet piece, welded into the hull.

The ample size seawater inlets are designed for operation in the environmental conditions.

Spray rails

A spray rail is integrated in the hull, at the chine, alongside the Vessel and rounding the bow.

120 Superstructure

General description

The Marine Aluminium grade alloy structure is resiliently mounted on the hull construction. The efficient layout offers a clear view in almost all directions.

The wheelhouse has an access door in the aft bulkhead and is provided with the following windows:

- Two windows at the front.
- Four windows at each side. One sliding window each side at pilot and co driver position.
- One windows in the access door.

Resiliently mounted superstructure

The superstructure is mounted on the hull with a resilient support to minimise vibration and noise.

130 Hatches / Doors / Windows

131 Hatches

General description

All hatch covers are watertight / weathertight by means of gaskets or rubber. All hinges are made from stainless steel or/and aluminium (hinges are adjustable and provided with grease nipples, if applicable). Gas cylinders are fitted for heavy deck hatches.

If necessary for safety, provisions for securing hatch covers with stainless steel/aluminium fittings in open position are provided.

Hatches are positioned generally conform the General Arrangement Plan.

Engine removal hatch

The Marine Aluminium grade alloy hatch for the removal of the main engines is fitted on the main deck. The hatch is fitted with rubber seals and is bolted down.

Further more a flush mounted entrance hatch is provided.

Ventilation hatches sanitary space

A natural ventilation system will be provided in the cabin with watertide vents.

Inspection hatches

Where necessary inspection hatches are provided for tanks, voids, bilges, etc.

Closing devices air ducts

The air duct and ventilator openings have the following closing devices:

The engine room inlet and outlet ducts are provided with a watertight aluminium hatch, operated from the main deck.

Wheelhouse accommodation hatch

A weathertight synthetic hatch is fitted in the roof of wheelhouse as escape route.

132 Manholes

General description

All tanks (except expansion tanks) are accessible via manholes. The manholes are closed by watertight plate covers, secured by bolts. In exposed areas the bolts are of stainless steel.

133 Watertight and weather tight doors

General description

All outside doors are fitted with stainless steel/aluminum / synthetic hinges and toggles and can be secured in an open position. The hinges are adjustable. All outside accommodation doors can be locked from the inside with a knob and from the outside with a key.

Outside doors are positioned generally in accordance with the General Arrangement Plan. Weathertight doors are positioned generally according to the rules of a major Classification Society.

Wheelhouse door

The external weathertight wheelhouse door is made of a Marine Aluminium grade alloy construction. The door is provided with one window.

135 Windows / Portholes / Blindages

General description

All wheelhouse windows are manufactured of toughened glass and are glued/installed to the construction.

Glass thickness:

- 6 mm for the wheelhouse front windows
- 6 mm for the wheelhouse side/aft windows

Window wipers

Electrical (12V) pantograph window wipers are fitted on the front wheelhouse window(s).

Switches for each wiper are situated in the dashboard.

Fresh water window washing

The windows with window wiper are provided with a fresh water washing system.

Fresh water window washing

The windows with window wiper are provided with a fresh water washing system.

140 Stairs / Ladders / Platforms

General description

Stairs, ladders, railing and platforms are positioned to generally conform with the General Arrangement Plan. Throughout the Vessel sufficient grab rails are provided for the safety and convenience of the crew. A dismountable-folding ladder will be delivered which will fit on 4 places at the side of Vessel. Position to be agreed with client.

The tanks are provided with climbing steps and handgrips where necessary.

141 Stairs / Ladders / Climbing step.

Stairways

Stairs with anti-skid steps are fitted in the accommodation.

Ladders

A Ladder are made of aluminium. Generally, ladders are fixed with bolts at top and bottom and can be removed when necessary.

142 Railings / Handrails / Grips

General description

All railings are manufactured from aluminium pipes or aluminium stanchions with plastic coated stainless steel wires. The railing is removable where necessary. See the General Arrangement Plan for the layout.

Handrails and grips will be provided wherever necessary to provide adequate safety.

Railing-structure aft deck

A railing-construction is fitted at the aft deck, as indicated on the General Arrangement Plan. Rails on sides of aft deck should be removable/dismountable/openable.

Railing wheelhouse sides

A railing is welded to the wheelhouse (to be agreed with client). A Rail for lifeline will be installed a both sides.

Railing fore deck

Railings are fitted on the fore deck.

143 Platforms / Gratings

Swim platform

An extended deck is fitted at the transom

150 Additions to ship's construction

151 Fenders

General description

Special attention is given to the arrangement, materials and fastening of the fenders. Fenders are positioned in general accordance with the General Arrangement Plan.

Pu foam fender at main deck level

The Pu foam fender is fitted at the sides at main deck level as indicated on the General Arrangement Plan. The top of the fender is fitted around the shell / deck edge. The fender is glued/bolted to the hull.

153 Bollards

Cleats

Cleats are positioned to generally conform with the General Arrangement Plan.

The cleats are fitted at the following positions:

- One at the aft deck at each side.
- One at the fore deck at each side.
- 3x Mid of boat at each side
- Bollard, Hook for towing
For at least 12m sailing yacht.
Towing force 1500 kg.
- Storage box for towing equipment

154 Lifting lugs

Lifting arrangement

The vessel can be lifted by slings put through the lifting eyes .

Dock cradles (optional)

One set of dock cradles is provided for storage of the vessel at an appropriate location on shore.

Lifting lugs on superstructure

The superstructure is provided with removable steel lifting lugs fore and aft.

158 Masts

An aluminium mast for navigation lights, flags and aerials is mounted on the top deck.

159 Markings hull / superstructure

Name, port of registry and company emblem

Sticker foil characters will be applied for the name (on both sides) and port of registry (on the stern).
A company emblem will be fitted on request.

Hull markings

Permanent hull markings are fitted on the hull indicating the following:

- Positions of the waterline (thin markings)
- Triangular marking for the docking support positions and / or hoisting slings

Name plates

Identification nameplates and labels are fitted at all relevant pipelines, deck equipment, deck fittings, valves etc. At switchboards and dashboards plastic identification name plates and labels are fitted.

All name plates and labels are provided in the English language.

160 Corrosion protection / Deck cover

161 Paint system

General description

Painting is carried out in strict compliance with manufacturer's instructions. According to CD DLRG

The paint system is based on the following:

Surface preparation aluminum ;

Before painting aluminium surfaces are cleaned, grinded and coated with a primer and 3 layers system.

Anodised aluminium parts will not be painted.

Colour scheme

Hull outside, below the waterline- aluminium look

Hull outside, above the waterline to deck-aluminium look RAL 3000 / RAL 1016

Superstructure outside-any colour to be agreed RAL 3000 /RAL 1016

Hull below waterline- UC2K HD/transperant

Superstructure inside cabin - Off white or other colour required

External deck/walk away and deck in cabin -antislid paint light grey

The vessel can be delivered with alternative colours

Decks

Bollards, railings and deck equipment-aluminium look

(Deck) equipment delivered from vendors, is delivered in their original colour and colour schemes.

163 Cathodic protection

Anodes

Cathodic anode protection will be provided for the stendrives and hull. The anodes are placed on the sterndrives itself.

Bonding system

All major underwater and electrical parts are bonded with a cable according to Builder's standards.

164 Active anti-fouling system

Impressed current anti-fouling for sea inlet.

An impressed current anti-fouling system, UC2K HD, is installed in the sea-inlet strainers. The copper anode provides anti-fouling for each system connected to the strainer.

200 Main machinery

210 Propulsion system

General description

The design and layout of the propulsion installation is in accordance with Builder's standard and with the relevant rules of the Classification Society and are such that permanent attendance in the engine room is not required.

Each marine engine is coupled to a waterjet propulsion unit which avoid resonance in the working speed range.

All machinery is marine type and the installation is laid out for easy watch keeping, servicing and maintenance.

Resiliently mounted engines

Each main engine is resiliently mounted on/via the longitudinal bottom girders. The solid construction of the girders minimises hull vibrations exerted by the engines.

211 Propulsion engine system

General description

The twin set engines Yanmar 370 HP

Bow and Heck truster

A bow and heck truster 3 kw electric coupled each to battery pack and remote will be installed.

213 Thrust system / Shafts

Gearbox

A gearbox will be installed on engine. Model type to be agreed.

Waterjet propulsion

Twin set Hamilton jet 292 will be installed on gearbox via a shaft.

214 Control system propulsion

Remote controls

- The Vessel is provided with remote controls, operated from the helmsman seat in the wheelhouse, second helmstand outside, as indicated on the General Arrangement Plan. The following controls are provided:
- Steering wheel (for manoeuvring and free sailing mode).
- Twin remote-control coupled to waterjet-inboard diesel engine
- Trim button –indicator on remote control
- Remote unit for each truster.

220 Steering system

Steering gear system

Powered hydraulic steering gear

A extra electric steering support pump will be installed as extra on standard hydraulic steering system

300 Primary ship systems

General description

Installation and quality of the pumps are according to Builder's Standards.

The design and layout of the piping system, the materials, installation, and testing are to Builder's Standards and comply furthermore with the relevant rules of a major Classification Society. Pipes are adequately supported to prevent undue vibration. Where necessary, flexible connections are made. Hoses are double clamped with stainless steel clips. Pivot bolt clamps are preferred on hoses which are pressurised all the time and on clamped fuel hoses.

The relevant piping systems will be pressure tested and cleaned prior to system operation, according to Class requirements.

Piping materials

All below listed materials are indicative and may change during final engineering.

Materials of the piping systems:

Item	Material
Bilge / General Service / Internal fi-fi pipes	Aluminium or rubber
Fuel pipes	Aluminium or rubber
Sea water cooling pipes	Rubber
Fresh and waste water pipes	Aluminium or rubber
Filling and de-aeration below deck	Aluminium /Stainless steel/Rubber

Filling and de-aeration above deck	Aluminium/Stainless steel/Rubber
Hydraulic pipes	Stainless steel / hose
Exhaust pipes	Stainless steel / hose

Seawater system

The intake to cool the seawater system in the inboard diesel engine will be taken from outside the vessel. The engine will have a separate inter cooling system. We prefer not using keel cooling because, this system cannot control the heat of gearbox and engine oil.

310 Bilge / Ballast

General description

All watertight compartments are connected with pipes and valves to a bilge system. Foot valves are fitted at different suction points providing an efficient drainage of the watertight compartments. checkable, with e.g. ball valves?

Manually operated bilge pump

The engine room is fitted with a manually operated bilge pump with hose with foot valve which can discharge overboard.

Manually operated bilge pump fore peak

The forepeak is fitted with a manually operated bilge pump with hose with foot valve which can discharge overboard.

Electrically driven bilge pump 2pc

The bilge system is provided with an electrically (12V) driven bilge pump which can be activated from the switchboard.

Capacity approx. 266 l/min at 0.8 bar

320 Fuel oil system

Fuel type

The fuel system is designed to comply with the fuel type as specified for the main engines by the engine manufacturer.

General description

Fuel is supplied to the engines from the fuel oil storage tank via filters and water separators.

Fuel tank

Two fuel tanks are fitted. Water can be drained by a manual sounding pipe.

Water separator

A static water separator is fitted in the fuel oil supply line to each of the engines. A high-water level alarm is provided which will be displayed on the wheelhouse dashboard.

Emergency stopping of the fuel supply

In an emergency, the fuel supply to the engines can be stopped from outside the engine room.

Fuel filter

Each main engine is provided with a built-on fuel filter (2 per engine)

330 Cooling water systems

General description

The main engines are seawater cooled via an inter-cooling system comprising a closed freshwater system and an open seawater system. A heat exchanger is fitted to cool the freshwater system with the seawater system.

Fresh water-cooling system

The freshwater cooling system integrated in the engine layout is a closed system with a built-on water cooling pump from engine take from keel cooling unit

Cooling systems are charged with additives and corrosion inhibitor protection, all according to the manufacturer's recommendations.

Sea water cooling discharge

The sea cooling water discharges overboard via the exhaust system by water injection piecesfitted in the exhaust system.

350 Filling, sounding and de-aeration

General description

All tanks are provided with a filling/discharge and a separate de-aeration pipe. The exposed de-aeration pipes are equipped with a (self) closing device. All filling pipes have non-corrosive material caps, secured by chains.

A drip tray is mounted below the fuelfilling point to prevent oil spillage on deck. A main engine crankcase closed loop breather system is provided, including filter.

Electric content gauges

Electric content gauges are provided with sensors on the tank and a display in the wheelhouse dashboard. Transmitters are provided at the following tanks:

- Fuel tanks

360 Lub-oil / Dirty-oil / Sludge system

General description

Each engine has its own lubrication oil system including pump, filters and coolers incorporated in the engine layout.

A lubricant reference chart is provided with the following items:

- Make and type of oil / grease per equipment.
- Content per equipment

370 HVAC - Heating system

371 Natural and mechanical ventilation system

Natural ventilation

Each compartment has natural ventilation through air ducts, ventilation cowls or opening windows.

The inlet air ducts for the engine room are fitted with aluminium water separator ventilation gratings, mounted with stainless steel bolts.

The outlet air ducts for the engine room are fitted with aluminium air gratings. Outlet air ducts for the accommodation are provided with air gratings, goosenecks or caps. (if applicable)

Fresh air for the accommodation is coming from outside via the hatch(s) on top of the coaming.

372 Air-conditioning-Heating system

General description

An air-cooled air-conditioning system is installed on the wheelhouse. Recirculation grills are installed for air intake directly from the inside of the air-conditioned room.

The air conditioning units are locally controlled.

Capacity of the air-conditioning system

The air-conditioning system has the following capacities:

One air cooled units with a capacity of 13.500 BTU/hr each.

- Voltage 230 V
- Frequency 50 Hz

Power for air-conditioning system will be taken from battery pack.

373 Heating system

General description

A heating system-electric- will be installed. Only in charge with shore power. Position of heating plates (4 pcs) to be agreed

380 Exhaust system

General description

The exhaust system of each main engine is made up of the following components:

- Exhaust pipes of stainless steel and/or exhaust hose
- Compensator of stainless steel
- Water injection of stainless steel or better.
- Dry exhaust/muffler
- Underwater connection
- Thermal insulation if needed
- Resiliently mounted exhaust system

400 Electrical system

General description

The design and layout of the electric system IP 65, the materials, installation and testing are to Builders' standards and comply furthermore with the relevant rules of a major Classification Society.

All electric cables and materials are suited for marine application and in accordance with requirements for safe and efficient operation of the vessel. All electric equipment, whose function or application is not evident, shall be provided with notices.

Electrical components are as accessible as possible.

Electric network(s)

The following network(s) are installed:

- A bipolar 12 V network, free from earth.
- A single-phase network, nominal voltage 230 V, 50 Hz.

Electromagnetic compatibility

The vessel's electrical / electronic installation is such that mutual electromagnetic interference does not prevent any equipment from reaching its specified performance.

Lightning protection

A lightning protection system is fitted. This consists of a lightning conductor at the mast top, connected via a large diameter copper cable to a hull earth bonding plate in the engine room. The system is designed according to the rules of major classification society.

410 Power-generating systems

Alternators (12 V)

Each engine is provided with an engine-driven built-on alternator with sufficient capacity to suit the required electric power (12 V).

Battery sets (12 V)

The following battery sets are installed:

- Battery set(s) for starting the engines.
- One battery set for all other electrical consumers / emergency.
- One battery set for radio / communication.
- 2 separate battery packs for heck and bow thruster

Each battery set is placed in a box manufactured from synthetic material.

Battery charger

A battery charger is installed. The charger is intended for float charging the batteries with an automatic change-over to trickle charging.

- Voltage: 12V
- Capacity: 1800W

Shore connection

A connection for shore power supply is provided. The power supply connection cable is connected to a fuse box on board. A male socket is fitted to the cable on the shore side. An extra female socket is supplied to fit the shore system.

The owner is responsible for a stable power supply on shore.

The shore power supply connection is intended to provide power to all ship consumers.

- Total maximum: 32 A
- Voltage: 230 V $\pm$ 10%
- Frequency: 50 Hz (max. + 5%)
- Length of cable: 25 m

For sockets inside and outside wheelhouse

- Several 230V to be agreed (max 4 pcs)

420 Cables

Cables

Cables are properly secured on cable trays or cable strips. Cables with stranded conductors are used. For electronic equipment cables with an earth-screen are used. All cables have a number system which can be found in electrical diagram.

Cables used for signalling and communication with a voltage less than 100 V have a minimum cross-section of 0.75 mm². (Cables for control current may be less).

Other cables have a minimum cross-section of at least 1.5 mm².

12 V network

The 12 V installation is bi-polar, insulated from earth, and comprises the following networks:

- One network supplying the vessel's consumers.
- One network supplying the diesel engines' starter motors.

Single phase network

A single phase network is provided, nominal voltage 230 V - 50 Hz, connected between phase and neutral.

Single phase consumer network

A single phase consumer network is provided, nominal voltage 230 V - 50 Hz, via a converter.

430 Switchboards & components

General description

The installation and the materials used in the switchboards are sufficiently shock-proof, suitable for the environmental conditions and according to the requirements of a major classification society.

12 V switchboard

The 12 V switchboard is placed in the wheelhouse and is provided with:

- A battery switch for consumers and engines
- A voltmeter and ammeter of the battery supplying the consumers.
- A voltmeter and ammeter of the battery(ies) supplying the starter motors.
- Combined switches/automatic circuit breakers for outgoing circuits.

Battery change-over

A battery change over facility ensures the starting of the engines with another battery set.

230 V switchboard

A 230 V switchboard is mounted with outgoing circuits for the required consumers.

440 Alarm / Monitoring / Control system

General description

The alarms of the engines and other equipment are displayed on the wheelhouse dashboard. Each alarm has a signal light. An audible signal is combined for all alarms.

In case of alarm the individual light will light up and the audible signal will be activated until the accept button is pushed.

Alarms according to class

The number and type of alarms are according to the Classification Society regulations. In order to prevent serious damage, auto stops are installed on essential parts of the propulsion installation.

Alarms wheelhouse

As a minimum, the following alarms are fitted and displayed on the wheelhouse dashboard:

- Cooling water temperature main engines
- Lubricating oil pressure main engines
- Lubricating oil pressure gearbox / clutch

The following auto stops are installed:

- Cooling water temperature main engines
- Lubrication oil pressure main engines
- Overspeed main engines

450 Lighting

General description

The interior of the vessel is adequately illuminated with marine-type lights. All exterior lights are marine-type and water-resistant lights.

Interior lighting

The interior lighting of the Vessel is based on 24 V. All locations shall be adequate lit and the following table shall be used as guidance:

Location	Number	Type	Power (W)
Engine room	2	LED ceiling light	2x 18
Wheelhouse	9	LED ceiling light white+red	11
	1	LED instrument lighting red	3

Exterior lighting

The exterior lighting of the Vessel is based on 24 V. All locations shall be adequately lit and the following table shall be used as guidance:

Location	Number	Type	Power (W)
Fore deck	2	LED additional walkway red	8

Aft deck	2	LED additional walkway red	8
Each pilot seat	1	Reading light	
Floodlight fore	2	Wide beam light	150

Sockets

Free sockets are fitted at the following locations and the following table shall be used as guidance:

Location	Number	Type	Voltage (V)
Wheelhouse	6	Double indoor co-pilot, stretcher/table, cabinet	230
Wheelhouse	2	USB-A at co-pilot	5
Engine room	1	Splash watertight	230
Bow	2	For mobile searchlight	12
Aft	2	For mobile searchlight	12
	2	For portable pump	230

500 Deck equipment

510 Anchor equipment

General description

The anchor equipment is in accordance with Builder's standards and is in conformity with the requirements of a major classification Society.

Anchor with line

- Anchor type: Pool TW
- Anchor weight: 10 kg
- Chain length: 10 m
- Chain diameter: 10 mm (short link)
- Length nylon line: > 75 m
- Diameter nylon line: 16 mm
- Number installed: 1pc at bow and aft

The chain and line are stored below the fore deck.

An electric anchor which will be installed at aft and bow deck.

520 Mooring system

Mooring lines

Mooring lines are provided with the Vessel.

- Number: 3
- Length: 16 m
- Diameter: 18 mm

570 Life saving / Fire protection.

General description

The safety appliances will be according to Builder's Standards. The number and capacities of the life rafts, lifebuoys, life jackets and other life saving equipment can be optionally altered according to the Buyers requirements and/or the classification or national authorities concerned.

The equipment is properly fitted on convenient locations on board of the Vessel.

Fire extinguishers

The following portable fire-extinguishers are placed:

Location	Number	Type	Content
Wheelhouse	2	Foam	6 L
Engine room	1	Dry powder	9 kg

Spare fillings for the extinguishers are provided according to the requirements of the Classification Society and/or the National Authorities. The exact number and type of extinguishers will be according to the requirements of the Classification Society.

Lifebuoys

Two lifebuoys are stored in frames and fitted on the Vessel. One lifebuoy is equipped with a line and one with a light/smoke signal. Standard DLRG style

Rescue quote

2 pcs rescue quotes will be delivered.

Radar reflector

1 pc reflector will be delivered.

Phyrotechnics

1 set Solas phyrotechnics will be delivered.

Rescue net

1 pc rescue net will be delivered.

Stretcher

1pc stretcher basket type, 1 pc stretcher floating spineboard type, Surgery plank for stretcher, also useable as a table, storing of stretchers.

Boat hook-Oars

2 pc combined boathook-oars will be delivered.

First aid kit

One first-aid kit is supplied.

Emergency notices

Emergency notices are provided in accordance with the Classification regulations and the requirements of the National Authority. Highly visible escape route arrow/markers are situated at appropriate places.

600 Secondary ship systems

670 Fixed internal fifi system

Fixed fire fighting installation engine room

The engine room is provided with a co2 fire-fighting system. The cylinder(s) is placed inside the engine room. The system is activated from a panel outside the engine room.

When activated the system, the engine room fan(s) stops automatically. maintenance interval?
Firepro system = 15 years

700 Joinery / Accommodation

General description

The layout of the accommodation and wheelhouse is shown on the relevant General Arrangement Plan.

710 Joinery

General description

All joinery work is in accordance with Builder's standards. Edges are protected where necessary.

Joinery wheelhouse

Item	Description
Floor	anti-slip gel cout

715 Insulation

General description

The choice and application method of the insulation materials (fire, sound and thermal, as far as applicable) will be applied in accordance with Builder's standards and the regulation of the classification society.

Sound insulation

To reduce sound levels, the following measures are taken:

- The wheelhouse is provided with an acoustic ceiling.
- Engines are resiliently mounted.

- Underwater exhausts of the main engines.
- (Acoustic) insulation in the engine room adjacent to the accommodation.
- Resiliently mounted and water-cooled exhausts of the main engines.

Fire insulation (if applicable)

The fire insulation types will be in accordance with the Classification requirements.

720 Wheelhouse / Crew accommodation

Cabinet in Wheelhouse for mobile radio, dry equipment, personal equipment etc.

730 Passenger accommodation

Passenger / pilot seats

Passengers / pilot seats with motion-damping are provided as indicated on the General Arrangement Plan. Seats with 14 cm suspension

Seat belts

The (industrial) personnel's seats are provided with seat belts.

Table / Surgery plank

Surgery plank for stretcher, also useable as a table. To suit basket stretcher: length 2,2m, width 0,65m. This unit will be installed at starboard side aft in cabin.

740 Technical spaces

741 Arrangement engine room

General description

The engine room contains in general all major machinery equipment, necessary for the ships service.

Where necessary, protection railing is fitted and/or protection covers are fitted e.g. for rotating parts.

Floors engine room

At centre line, a walking area is kept free from systems for easy access. All major items are accessible for maintenance.

752 Rope / Boatswain / Deck stores

Cleaning equipment

The Vessel is provided with cleaning equipment.

The following equipment is provided:

- 1 bucket with line
- 1 deck brush
- 1 washing cloth
- 1 sponge
- 1 portable bilge pump, with hose 230V, <2kW, approx. 780l/min, e.g. Mast TP4-1
- all-purpose pump, self-priming, dirt-resistant, same fuel type as main engines, approx. 850 l/min, e.g. Mast NP8
- Suction hoses, pressure hoses, suction cage, etc.

- Storage space for pumping equipment/ropes/fenders/2 kw generator (future planned)

756 Engine room workshop / Tools

Standard tools

Tools are supplied with the main equipment.

The following tools are supplied:

- Standard tool set from engine manufacturer(s)
- 1 grease gun with a set of required heads

800 Nautical / Comms / Automation

810 Navigation lighting / Signals

811 Navigation lighting

Navigation lights

The navigations lights are controlled with combined switches/automatic circuit breakers from the 12V switchboard in the wheelhouse.

The following navigation lights are installed:

- Two (2) side lights, portside is red and starboard side is green
- One (1) stern light, white.
- One (1) masthead light, white.
- One (1) anchor light, white.
- One (1) flashing blue light.

All lights are fitted conform the Colregs requirements. Some lights can be used for more functions.

812 Search light system

Searchlight

A searchlight is mounted on the wheelhouse top deck, electrically operated.

- Voltage 12 V
- Capacity 35 W

Second manual searchlight

A second manual searchlight will be delivered mounted on wheelhouse top deck, manually operated through ceiling, e.g. Lazerlamps Sentinel Elite

813 Signals / Flags

Horn

A horn is fitted on the wheelhouse top deck or in the mast. For operation a push button is situated on the wheelhouse dashboard.

Code shapes

One set of code shapes is provided with the Vessel and stored on board.

820 Nautical / Bridge system or equal (to be decided)

Idea of electronics, to be checked by shipyard:

Pilot chart plotter: Raymarine Axiom 2 Pro RVM 9"

Co-Pilot: chart plotter Raymarine Axiom 2 Pro RVM 12" , workspace, USB/230V-socket, flexible reading light

Between Pilots: fixed Radios

Position of mobile radios need to be decided in future.

Radar (Overlay): Raymarine Quantum Q24C

VHF: Raymarine Ray53

Mobile VHF: Icom IC-M25

AIS: Raymarine AIS700 included in VHF?

Sidescan-Sonar: Raymarine RVM-100

Thermal imaging / low light camera: Flir M364C with JCU-2

2x digital radio BOS TETRA (Motorola)

3x mobile digital radio BOS TETRA (Motorola)

2x 2m radio DLRG (Hytera)

2x 2m mobile radio DLRG (Hytera)

Magnetic compass

Search light e.g. Lazerlamps Sentinel Elite mounted on base for manual operation

Megaphone with microphone inside and speaker outside

Storing for 2x binoculars DLRG 2.0 Noblex 7x50 C

Car radio, 2 small speakers

822 Radar system

Radar

A radar system with chart plotter is part of an integrated navigation system.

- Display: 12" colour TFT wide screen
- Radar scanner 18" digital dome, 4 kW
- GPS: SDGPS Raystar 130
- Echo sounder: DSM300
- Chart: Navionics Silver
- Voltage: 24 V
- Make: Raymarine (or equivalent)

- Type radar: C120 series

The chart plotter is provided with basic charts of Europe. C-map charts of other operational areas can be offered upon request.

823 Electronic chart system

Chart plotter

A chart plotter is integrated with a radar system. C-Map charts can be used in overlay with the radar display. The chart plotter is a non-ECDIS type.

824 GPS navigation

GPS navigator

A GPS system is installed and is displayed on the integrated navigation system. The antenna is mounted in the mast or on the wheelhouse top deck.

Automatic Identification System

An Automatic Identification System (AIS) receiver is installed. The antenna is mounted on the wheelhouse top deck or in the mast. The AIS is displayed on the integrated navigation system.

825 Compass

Magnetic compass

A magnetic compass is mounted on the dashboard. The compass is provided with a small light.

828 Echo sounder

Digital echo sounder

An echo sounder is part of the chart plotter. The transducer is installed at an appropriate place in the hull.

The correct working of the echo sounder depends on undisturbed water underneath the oscillator. Deviations or read-out failure is possible at higher speeds. Sidescan-Sonar

850 External communication system

851 (GMDSS) Communication system

VHF radio telephone

A combined VHF radio telephone with all international channels and loudhailer is installed. The antenna is mounted on the wheelhouse top deck or in the mast. A speaker for the loudhailer is placed on the top deck.

- DSC: Class D
- Number: 1

GMDSS Hand held VHF radio telephone

A hand held VHF radio telephone is installed, complete with battery charger and belt clip. The VHF complies with the GMDSS regulations.

- Number 1

Trials:

Acceptance trails are to be carried out at EOW-Holland shipyard prior to the delivery in the presence of authorised personal from the owners. The trails will include testing and approval of all function and equipment confirmed by a Certificate of Acceptance.

Fat-Hat- Sat trails will be conducted at shipyard in Holland

Client will attend on own cost.

Handover-instruction:

One service engineer will come to Germany to hand over and start up the vessel. He also give for 1 day instruction when vessel are at the port.

Documents:

Following documents (in English) are to be provided with the boat while delivery:

- Operation guide, performance data, user's manual, and maintenance manual of boat.
- Operation/ Instruction Manual of all equipment
- Maintenance/ repair manual of all equipment
- Necessary drawing and documents as mentioned by manufacturer. List of drawing and documents will be provided.

Warrantee after delivery from the yard:

- Warrantee: 2 years on aluminium structure.
- For accessories and equipment, we follow the warrantee regulations of our OEM suppliers.
- All above is based on normal use.
- Due to client being located abroad, all local warrantees support we will charge travelling-lodging-food costs per day per person ex works Vietnam.
- Cost for transporting goods under warrantee is for client account.
- For detailed information we refer to our terms and conditions, registered at the chamber of commerce in Brabant, The Netherlands.

Warrantee is only applicable when:

- The supplied equipment is operated by skilled / trained persons.
- So when damage of the product is caused because it is operated / used by non-trained operators then warranty will not be applicable
- Equipment is properly used / stored in compliance with the guidelines of the manufacturers. (properly rinsed with fresh water after use on open sea / rinse salt water out of the engines and boats)
- Storage of the boats / engines in a shelter protected from direct sunlight (UV), and protected against wind-sand !
- Equipment is properly maintained as per manufacturers guidelines.

Delivery:

- Delivery time ex works. Building time for this boat is 12 months after approval GA, technical specifications and receiving first payment.
- Delivery time will start after approval specifications, general arrangement and first payment.
- All Alunautic boats will be completed with a user manual.
- Worldwide delivery possible on request.

Alunautic Windmill 1200-twin inboard-waterjet - bow thruster/EO Workboats bv/28-7-2023

Financial conditions:

- Our prices are ex vat.
- Payment conditions: 10% at order for final engineering, 30% after approval Randor and specification, 20% before delivery main engines, 20% ready casco, 10% before testdrive, 10% after testing final acceptance
-

Price per unit: 490.000,00 Euro. Ex Works Shipyard Werkendam/Holland

Validity: till end September 2023

[H. Vroege.](#)

EO Workboats bv, The Netherlands, Steurgat 32, 4251NG Werkendam, The Netherlands

Gemeinde Haseldorf

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0593/2023/HaD/BV

Fachbereich: Finanzen	Datum: 09.10.2023
Bearbeiter: Tronnier	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Haseldorf	09.11.2023	öffentlich
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

Erlass einer 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Haseldorf für das Haushaltsjahr 2023

Sachverhalt:

Der Entwurf einer 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde ist der Vorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Jahresfehlbetrag in der Planung nimmt mit dem Nachtragshaushalt ab.

Größere Anstiege der Aufwendungen sind bei den Schulkostenbeiträgen zu verzeichnen. Kleinere Anpassungen wurden im Bereich Brandschutz vorgenommen. Die Aufwendungen und Erträge des Produktes 611 wurden aktualisiert.

Investitionen können im Haushaltsjahr nicht in dem bisher geplanten Umfang durchgeführt werden. Im Nachtragshaushalt wurde das Sport- und Vereinsgebäude berücksichtigt, weil erste Planungskosten anfallen. Durch den insgesamt geringeren Auszahlungsbedarf für Investitionen sinkt der Kreditbedarf.

Die Finanzplanung der Folgejahre ist derzeit nicht ausgereift. Für das Gewerbegebiet sind geschätzte Auszahlungen, aber noch keine Einzahlungen berücksichtigt.

Finanzierung:

Siehe Nachtragshaushaltssatzung.

Fördermittel durch Dritte:

Entfällt.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Haseldorf für das Haushaltsjahr 2023 entsprechend dem vorliegenden Entwurf – mit den im Ausschuss empfohlenen Änderungen – zu beschließen.

Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Haseldorf für das Haushaltsjahr 2023 gemäß Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Thomas Körner
(1. stellvertretender Bürgermeister)

Anlagen:

Entwurf einer 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023

1.
NACHTRAGSHAUSHALTSSATZUNG
MIT NACHTRAGSHAUSHALTSPLAN

der
Gemeinde Haseldorf
für das Haushaltsjahr
2023

Inhaltsverzeichnis zum Nachtragshaushaltsplan der Gemeinde Haseldorf für das Haushaltsjahr 2023

1. 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Haseldorf für das Haushaltsjahr 2023	3
2. Vorbericht.....	5
2.1 Allgemeines	5
2.2 Finanzlage der Gemeinde.....	5
2.3 Entwicklung der Verbindlichkeiten	6
2.4 Übersicht über die übernommenen Bürgschaften, Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie Rechtsgeschäften, die diesen wirtschaftlich gleichkommen	7
2.5 Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Sonderrücklagen, der Sonderposten und der Rückstellungen zu Beginn des Haushaltsjahres	8
2.6 Darstellung der Entwicklung der bereinigten Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit... 9	
2.7 Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände und Gesellschaften, Kommunalunternehmen nach § 106 a GO, gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ und die anderen Anstalten, die von der Gemeinde getragen werden, mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen	10
2.8 Haushaltswirtschaftliche Sperren.....	10
3. Anlagen zum Haushaltsplan	10
3.1 Überschrift über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen.....	11
3.2 Übersicht über die Budgets.....	12
3.3 Investitionen der Gemeinde.....	15
4. Erläuterungen	16
5. Gesamtpläne.....	20
5.1 Ergebnisplan.....	20
5.2 Finanzplan	21
6. Produkthaushalte	
6.1 Hauptproduktbereich 1 – Zentrale Verwaltung.....	24
6.2 Hauptproduktbereich 2 – Schule und Kultur	42
6.3 Hauptproduktbereich 3 – Soziales und Jugend	48
6.4 Hauptproduktbereich 4 – Gesundheit und Sport.....	54
6.5 Hauptproduktbereich 5 – Gestaltung und Umwelt	57
6.6 Hauptproduktbereich 6 – Zentrale Finanzleistungen	69

1. 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Haseldorf für das Haushaltsjahr 2023

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 30. November 2023 folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. Nachträge	
			gegenüber bisher	nunmehr festgesetzt auf
1. im Ergebnisplan der				
Gesamtbetrag der Erträge	324.300 EUR	58.300 EUR	3.498.200 EUR	3.764.200 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen	157.000 EUR	75.900 EUR	3.913.400 EUR	3.994.500 EUR
Jahresüberschuss	167.300 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Jahresfehlbetrag	0 EUR	17.600 EUR	415.200 EUR	230.300 EUR
2. im Finanzplan der				
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender	324.300 EUR	58.300 EUR	3.422.700 EUR	3.688.700 EUR
Verwaltungstätigkeit:				
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender	156.900 EUR	75.900 EUR	3.742.400 EUR	3.823.400 EUR
Verwaltungstätigkeit				
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions-tätigkeit und der	0 EUR	538.100 EUR	1.815.500 EUR	1.277.400 EUR
Finanzierungstätigkeit				
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions-tätigkeit und der	387.400 EUR	923.900 EUR	1.868.300 EUR	1.331.800 EUR
Finanzierungstätigkeit				

§ 2

Es werden neu festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen
und
Investitionsförderungsmaßnahmen	von bisher 1.815.500
EUR	auf 1.277.400 EUR
2. der Gesamtbetrag der
Verpflichtungsermächtigungen	von bisher 7.497.700
EUR	auf 9.428.300 EUR

§ 3

Die übrigen Bestimmungen der Haushaltssatzung bleiben unverändert.

Haseldorf, den 05. Dezember 2023

Gemeinde Haseldorf
Der Bürgermeister

(Daniel Kullig)
Bürgermeister

2. Vorbericht

2.1 Allgemeines

Der Jahresfehlbetrag in der Planung nimmt mit dem Nachtragshaushalt ab.

Größere Anstiege der Aufwendungen sind bei den Schulkostenbeiträgen zu verzeichnen. Kleinere Anpassungen wurden im Bereich Brandschutz vorgenommen. Die Aufwendungen und Erträge des Produktes 611 wurden aktualisiert.

Investitionen können im Haushaltsjahr nicht in dem bisher geplanten Umfang durchgeführt werden. Im Nachtragshaushalt wurde das Sport- und Vereinsgebäude berücksichtigt, weil erste Planungskosten anfallen. Durch den insgesamt geringeren Auszahlungsbedarf für Investitionen sinkt der Kreditbedarf.

Die Finanzplanung der Folgejahre ist derzeit nicht ausgereift. Für das Gewerbegebiet sind geschätzte Auszahlungen, aber noch keine Einzahlungen berücksichtigt.

2.2 Finanzlage der Gemeinde

Lfd.Nr.		in TEUR	
1.	bis Ende 2022 aufgelaufene Defizite	0	
2.	einen Jahresüberschuss 2023	0	
3.	einen Jahresfehlbetrag 2023	230	
4.	erwartete Überschüsse in den Jahren 2024 bis 2026	0	
5.	erwartete Defizite in den Jahren 2024 bis 2026	1.268	
6.	zu erwartende aufgelaufene Defizite bis Ende 2026 (Summe Lfd.Nr. 1 bis 5)	1.498	
7.	Eigenkapital Ende 2022	3.160	
8.	Eigenkapital Ende 2026	-1.498	
9.	Anstieg der liquiden Mittel in den Jahren 2023 bis 2026 um	0	
10.	Abnahme der liquiden Mittel in den Jahren 2023 bis 2026 um	3.210	
		in TEUR	EUR/Ew.
11.	eine Verschuldung Anfang 2023	1.265,1	681
12.	eine Verschuldung Ende 2026	8.359,1	4.497
13.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt I) Anfang 2023	1.265	681
14.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt I) Ende 2023	2.827	1.521
15.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt I) Ende 2026	11.364	6.113
16.	ein Bestand an Kassenkrediten Ende 2022	0	0
17.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt II) Anfang 2023	1.265	681
18.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt II) Ende 2023	2.827	1.521

2.3 Entwicklung der Verbindlichkeiten

Haushaltsjahre	Stand am 01.01.	+ Kreditaufnahmen	- Tilgung	Stand am 31.12		nachrichtlich: Restkreditermächtigung ¹
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR/Ew.	TEUR
1	2	3	4	5	6	7
Ist - 2019	1.004	0,0	44	960	0,53	0,0
Ist - 2020	960	0,0	45	915	0,5	0,0
Ist - 2021	915	0,0	40	875	0,47	0,0
Soll - 2022 ²	875	430,4	40,3	1.265,1	0,68	0,0
Soll - 2023 ³						
neuer Ansatz	1.265,1	1.277,4	54,4	2.488,1	1,34	-----
bisheriger Ansatz	1.265,1	1.815,5	52,8	3.027,8	1,63	-----
Soll - 2024	2.488,1	4.377,2	146,9	6.718,4	3,61	-----
Soll - 2025	6.718,4	2.192,6	252,1	8.658,9	4,66	-----
Soll - 2026	8.658,9	0,0	299,8	8.359,1	4,50	-----

2.4 Übersicht über die übernommenen Bürgschaften, Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie Rechtsgeschäften, die diesen wirtschaftlich gleichkommen

	Datum der Übernahme	Zweck	Ursprungshöhe in TEUR	voraussichtliche Höhe zu Beginn 2023 in TEUR	voraussichtliches Datum des Auslaufens der Bürgschaft
1	2	3	4	5	6
I. Bürgschaften ¹					
1) Kirchengemeinde	19.05.2015	Sanierung Friedhofs- kapelle	100	54	30.03.2030
2)			0,0	0,0	
3)			0,0	0,0	
Summe			0,0	0,0	
II. Verpflichtungen					
1)			0,0	0,0	
2)			0,0	0,0	
3)			0,0	0,0	
Summe			0,0	0,0	

¹ Bürgschaften unter 50.000 EUR im Einzelfall können in einer Summe zusammengefasst und ohne Angaben des Begünstigten aufgenommen werden.

2.5 Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Sonderrücklagen, der Sonderposten und der Rückstellungen zu Beginn des Haushaltsjahres

		Stand zu Beginn 2021 in TEUR	Stand zu Beginn 2022 in TEUR	Stand zu Beginn 2023 in TEUR	Zuführungen in TEUR	Entnahme in TEUR	Stand zum Ende 2023 in TEUR
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Sonderrücklage						
1.1	nicht aufzulösende Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.2	nicht aufzulösende Zuweisungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.3	Stellplatzrücklage	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.4	Zwischensumme zu 1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2	Sonderposten						
2.1	aufzulösende Zuschüsse	403,0	387,7	370,0	0,0	17,9	352,1
2.2	aufzulösende Zuweisungen	745,5	746,6	722,1	0,0	24,5	697,6
2.3	aufzulösende Beiträge	613,8	580,7	547,6	0,0	33,1	514,5
2.4	nicht aufzulösende Beiträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.5	Gebührenaussgleich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.6	Treuhandvermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.7	Dauergrabpflege	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.8	Sonstige Sonderposten	2,6	2,2	2,2	0,0	0,0	2,2
2.9	Zwischensumme zu 2	1.765,0	1.717,3	1.642,0	0,0	75,5	1.566,5
3	Rückstellungen nach § 24 GemHVO-Doppik						
3.1	Pensionsrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.2	Beihilferückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.3	Altersteilzeitrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.4	Rückstellungen für später entstehende Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.5	Altlastenrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.6	Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.7	Verfahrensrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.8	Finanzausgleichrückstellungen	0,0	61,0	61,0	0,0	0,0	61,0
3.9	Instandhaltungsrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.10	Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.11	Sonstige Rückstellungen Doppik	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.12	Zwischensumme zu 3	0,0	61,0	61,0	0,0	0,0	61,0

2.6 Darstellung der Entwicklung der bereinigten Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

		Bezeichnung	Haushaltsjahr					
			2021 ¹	2022 ²	2023 ³	2024 ⁴	2025 ⁴	2026 ⁴
			TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1 ⁵	2 ⁶	3	4	5	6	7	8	9
77	1	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.137,0	3.341,2	3.823,4	3.958,5	3.367,3	3.428,0
7341	2	Abzgl. Gewerbesteuerumlage	29,3	37,0	50,5	50,5	50,5	50,5
7371	3	Abzgl. Allgemeine Umlage an das Land - Finanzausgleichsumlage an das Land -	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7372	4	Abzgl. Allgemeine Umlage an Gemeinden und Gemeindeverbände – Kreisumlage, Amtsumlage, Zusatzumlage, Finanzausgleichsumlage an den Kreis-	1.388,1	1.450,6	1.615,0	1.647,2	1.680,2	1.713,7
7373	5	Abzgl. Allgemeine Umlagen an Zweckverbände	68,2	61,2	140,4	234,8	242,7	234,8
	6	bereinigte Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.651,3	1.792,4	2.017,5	2.026,0	1.393,9	1.429,0
	7	Veränderung Vorjahr (in %)		8,5	12,5	0,4	-31,1	2,5
	8	Empfehlung (in %)⁷	1,5	1,5	3,0	3,0	2,0	2,0

2.7 Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände und Gesellschaften, Kommunalunternehmen nach § 106 a GO, gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ und die anderen Anstalten, die von der Gemeinde getragen werden, mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen

Name	Stammkapital	Anteil der Gemeinde am Stammkapital		Gewinnabführung (+) Verlustabdeckung (-) Umlagen (-)		
	In TEUR	In TEUR	%	Vorvorjahr in TEUR	Vorjahr in TEUR	Haushaltsjahr in TEUR
1	2	3	4	5	6	7
I. Sondervermögen						
1) Kameradschaftskasse der Freiwilligen Feuerwehr				0	0	0
2)						
II. Zweckverbände						
1) Wegeunterhaltungsverband				-27	-40	-42
2) Schulverband Gemeinschaftsschule Am Himmelsberg				-65	-60	-139
3) Zweckverband Integrierte Station Untereibe				-2	-2	-2
4) Zweckverband BZV Südholstein	20			0	0	0
III. Gesellschaften						
1) Raiffeisenbank Elbmarsch		0	0			
2)						
IV. Kommunalunternehmen nach § 106 a GO						
1)						
2)						
V. gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ						
1)						
2)						
VI. andere Anstalten, die von der Gemeinde getragen werden, mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen						
1)						
2)						

Nachrichtlich:

Mitgliedschaften in Wasser- und Bodenverbänden

- 1) Wasserbeschaffungsverband Haseldorfer Marsch
- 2) Sielverband Haselau-Haseldorf
- 3) Sielverband Hetlingen

2.8 Haushaltswirtschaftliche Sperren

Fehlanzeige.

3. Anlagen zum Haushaltsplan

3.1 Überschrift über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan 2023	Voraussichtlich fällige Auszahlungen in TEUR				
	2024	2025	2026	2027	2028
1	2	3	4	5	6
2019	0,0	-	-	-	-
2020	0,0	0,0	-	-	-
2021	0,0	0,0	0,0	-	-
2022	0,0	0,0	0,0	0,0	-
2023					
bisheriger Ansatz	5.040,7	2.457,0	0,0	0,0	0,0
mehr (+) oder weniger (-)	1.410,4	-216,8	0,0	0,0	0,0
neuer Ansatz	6.451,1	2.240,2	0,0	0,0	0,0
Summe	6.451,1	2.240,2	0,0	0,0	0,0
Nachrichtlich					
In der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen (ohne Umschuldungskredite)					
bisheriger Ansatz	5.047,1	2.463,4	0,0	0,0	0,0
mehr (+) oder weniger (-)	-669,9	-270,8	0,0	0,0	0,0
neuer Ansatz	4.377,2	2.192,6	0,0	0,0	0,0

3.2 Übersicht über die Budgets

Deckungskreis: 0001	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Gemeindeorgane	
111100.52910000	3.500
111100.54210000	25.200
111100.54291000	1.700
111100.54310000	2.200
111100.54410000	600
Summe Aufwendungen	33.200
Deckungskreis: 0003	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Gebäudemanagement	
111300.52110000	53.000
111300.52310000	4.900
111300.52410000	63.000
111300.54410000	300
Summe Aufwendungen	121.200
Deckungskreis: 0005	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Statistik und Wahlen	
121000.54210000	1.000
121000.54310000	2.500
Summe Aufwendungen	3.500
Deckungskreis: 0007	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Brandschutz	
126000.50411000	2.000
126000.52110000	500
126000.52510000	6.000
126000.52610000	6.500
126000.52620000	2.000
126000.52710000	3.000
126000.52910000	1.200
126000.53180000	6.500
126000.54210000	8.100
126000.54290000	2.100
126000.54310000	1.500
126000.54410000	4.600
126000.54560000	1.500
Summe Aufwendungen	45.500
Deckungskreis: 0008	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Schulen	
211100.53180000	300

211100.53722100	241.800
211100.54521000	30.000
217000.54521000	80.000
218200.53730000	138.900
218200.54521000	205.000
221000.54521000	25.000
Summe Aufwendungen	721.000
<u>Deckungskreis: 0015</u>	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Büchereien	
272000.50120000	4.100
272000.50220000	0
272000.50320000	700
272000.52710000	100
272000.52910000	2.000
272000.54310000	400
Summe Aufwendungen	7.300
<u>Deckungskreis: 0016</u>	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Heimat- und sonstige Kulturpflege	
281000.52210000	4.500
281000.54291000	100
Summe Aufwendungen	4.600
<u>Deckungskreis: 0018</u>	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	
331000.53180000	2.100
331000.54410000	100
Summe Aufwendungen	2.200
<u>Deckungskreis: 0020</u>	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Tageseinrichtungen für Kinder	
365000.52310000	9.700
365000.52620000	500
365000.53184000	697.000
365000.53186000	40.000
365000.53187000	0
365000.54520000	353.000
365000.54523000	0
Summe Aufwendungen	1.100.200
<u>Deckungskreis: 0027</u>	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Gemeindestraßen	
541000.52210000	55.000
541000.52410000	22.000

541000.52710000	2.500
541000.53132000	41.800
Summe Aufwendungen	121.300
Deckungskreis: 0029	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Hafen	
552000.52110000	10.000
552000.52410000	100
552000.52710000	200
Summe Aufwendungen	10.300
Deckungskreis: 0034	
Typ: <i>echte gegenseitige Deckung</i>	
Umlagen	
611000.53410000	50.500
611000.53721000	852.300
611000.53722000	520.900
611000.55920000	1.000
Summe Aufwendungen	1.424.700

3.3 Investitionen der Gemeinde

	Nachtrag 2023	Ansatz 2023	Planwert 2024	Planwert 2025	Planwert 2026	Planwert 2027	Bisher ber.	Gesamt VE	Gesamt Invest.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
111302201	Anbau an das Feuerwehrgerätehaus								
Einzahlungen	0	0	750.000	54.000	0	0	0,00	0	804.000,00
Auszahlungen	175.000	800.000	1.537.000	0	0	0	80.000,00	1.537.000	1.792.000,00
11130078510000 Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen	175.000	800.000	1.537.000	0	0	0	80.000,00	1.537.000	1.792.000,00
11130068110000 Investitionszuwendungen vom Land	0	0	750.000	0	0	0	0,00	0	750.000,00
11130068100000 Investitionszuwendungen vom Bund	0	0	0	54.000	0	0	0,00	0	54.000,00
Saldo	-175.000	-800.000	-787.000	54.000	0	0	-80.000,00	-1.537.000	-988.000,00
111302202	Erweiterung der Kindertagesstätte								
Einzahlungen	0	0	547.300	0	0	0	0,00	0	547.300,00
Auszahlungen	503.300	802.200	700.700	0	0	0	90.000,00	700.700	1.294.000,00
11130078510000 Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen	503.300	802.200	700.700	0	0	0	90.000,00	700.700	1.294.000,00
11130068120000 Investitionszuwendungen von Gemeinden (GV)	0	0	547.300	0	0	0	0,00	0	547.300,00
Saldo	-503.300	-802.200	-153.400	0	0	0	-90.000,00	-700.700	-746.700,00
111302203	Sport- und Vereinsgebäude								
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0,00	0	0,00
Auszahlungen	360.000	0	3.360.300	2.240.200	0	0	0,00	5.600.500	5.996.500,00
42400078510000 Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen	360.000	0	3.360.300	2.240.200	0	0	0,00	5.600.500	5.996.500,00
Saldo	-360.000	0	-3.360.300	-2.240.200	0	0	0,00	-5.600.500	-5.996.500,00
424002201	Umbau Sportanlage								
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0,00	0	0,00
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0	2.100,00	0	4.200,00
42400078520000 Auszahlungen aus Tiefbaumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	2.100,00	0	4.200,00
Saldo	0	0	0	0	0	0	-2.100,00	0	-4.200,00
541002202	Erschließung Gewerbegebiet								
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0,00	0	0,00
Auszahlungen	0	0	853.100	0	0	0	5.200,00	853.100	858.300,00
11131078210000 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	853.100	0	0	0	5.200,00	853.100	858.300,00
Saldo	0	0	-853.100	0	0	0	-5.200,00	-853.100	-858.300,00
Einzahlungen	0	0	1.297.300	54.000	0	0	0,00	0	1.351.300,00
Auszahlungen	1.038.300	1.602.200	6.451.100	2.240.200	0	0	177.300,00	8.691.300	9.945.000,00
Zu-/Überschuss	-1.038.300	-1.602.200	-5.153.800	-2.186.200	0	0	-177.300,00	-8.691.300	-8.593.700,00

4. Erläuterungen

Doppik-Konto	Zust. Amt	Erläuterungen	Ansatz 2023	Nachtrag 2023
111100 50390000 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für sonstige Beschäftigte	11	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Änderung Sozialversicherungsbeitrag.	1.100	1.600
111200 52310000 Mieten und Pachten	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Keine kurzfristige Neubeschaffung Gemeindebus.	6.000	2.000
111300 44110000 Privat rechtlich: Mieten/Pachten/Erbpacht (steuerfrei)	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Pacht Messvorrichtung Hafengebäude, Erbbauzins Ärztelhaus Heist. Kontoänderung wegen USt.- Verpflichtung.	0	100
111300 44611000 Privat rechtlich: Sonstige steuerpflichtige Erträge 19%	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Am Aufwand für die gemeindlichen Sportanlagen beteiligt sich der TV Haseldorf neben den zahlreichen Eigenleistungen zusätzlich mit jährlich 1.000, -- €. Über die finanzielle Beteiligung wird in den Folgejahren neu verhandelt. Es sind Umbaumaßnahmen an den Sportanlagen vorgesehen. Strompauschalen für Schmutzwasserpumpwerke. Kontoänderung wegen USt.-Verpflichtung.	0	1.100
111300 44870000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: s. 111300.44611000.	1.000	0
111300 52110000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Die Maßnahmen am Gebäude der Feuerwehr wurden auf 2024 verschoben.	93.000	53.000
111310 44110000 Privat rechtlich: Mieten/Pachten/Erbpacht (steuerfrei)	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen, Verpachtung des Alten Haseldorfer Hafens.	200	300
111310 54310000 Geschäftsaufwendungen	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Grenzfeststellung gemeindliches Grundstück.	0	2.300
121000 54210000 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten- Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	2	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Minderaufwendungen Kommunalwahl.	1.400	1.000

121000 54310000 Geschäftsaufwendungen	2	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Mehraufwendungen Kommunalwahl.	1.600	2.500
126000 44821000 Erstattungen vom Kreis	2	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Erstattung Verdienstaufschlag und Reisekosten.	0	400
126000 52610000 Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	2	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Mehraufwendungen Dienst- und Schutzkleidung.	4.900	6.500
126000 52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	2	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Mehraufwendungen Nachrufe.	600	1.200
218200 54521000 Schulkostenbeiträge	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Die Schulkostenbeiträge der Stadt Wedel sind gestiegen. Gleichzeitig werden dort mehr Kinder beschult.	135.000	205.000
221000 44810000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Land	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Rückerstattung Schulkostenbeiträge aus 2022.	0	6.400
221000 54521000 Schulkostenbeiträge	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Höhere Schulkostenbeiträge der Stadt Wedel.	10.000	25.000
331000 53180000 Zuschüsse an Verbände und Vereine	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Zuschuss Vereinsgemeinschaft für Elektroausrüstung.	1.800	2.100
331000 78180000 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, an übrige Bereiche	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Zuschuss Defibrillator.	0	1.800
365000 41410000 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke Land	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Erhöhung Förderbeiträge.	627.000	697.000
365000 44820000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Gemeinden (GV)	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Abrechnung Verwaltungskosten 2021.	0	2.500
365000 52710000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Transponder.	0	400

365000 52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Erlebnisangebot "Die Biene".	0	100
365000 54520000 Erstattungen von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit Gemeinden (GV)	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Erhöhung der Förderbeiträge.	336.000	353.000
365000 78310000 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze i.H.v. 1.000 Euro	4	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anschaffung Waschmaschine.	0	1.600
541000 44610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Schadenersatz Unfallschaden Baum Altenfeldsdeich.	0	6.500
541000 53132000 Umlage an den Wegeunterhaltungsverband	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung aufgrund tatsächlicher Umlage.	39.800	41.800
541000 54310000 Geschäftsaufwendungen	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Gutachten Baumschaden. Grenzfeststellung Straßen und Wege Hauptstraße.	0	5.500
551200 52110000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Mehraufwand Bauhof, Abriss und Neubau Spielgeräte.	5.000	9.000
553000 53182000 Zuweisung an die Kirchengemeinde	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Jahresrechnung 2022.	34.500	17.100
611000 40130000 Gewerbsteuer	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung auf Grundlage des aktuellen Aufkommens.	401.500	547.800
611000 40210000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung auf Grundlage der Steuerschätzung vom Mai.	1.267.800	1.213.100
611000 40320000 Hundesteuer	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung auf Grundlage des aktuellen Aufkommens.	16.200	18.100
611000 40510000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung auf Grundlage der Festsetzung.	120.700	118.100
611000 41110000	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung auf Grundlage der Festsetzung.	546.500	621.900

Schlüsselzuweisungen				
611000 41310000 Allgemeine Zuweisungen Land	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Zuweisung Infrastrukturmaßnahmen.	0	13.600
611000 53410000 Gewerbsteuerumlage	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung an erhöhtes Gewerbesteueraufkommen.	37.000	50.500
611000 53721000 Kreisumlage	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung auf Grundlage der Festsetzung.	839.500	852.300
611000 53722000 Amtsumlage	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung auf Grundlage der Haushaltsplanung des Amtes. Zusätzlich ist ein Anteil für den Defizitausgleich des Amtsbauhofes berücksichtigt.	510.400	520.900
612000 55170000 Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Für die Kalkulation der Zinsen wird vereinfachend angenommen, dass die Hälfte der Kreditsumme als KIF-Darlehen mit einer Laufzeit von 18 Jahren und einem Zinssatz von 2,00 % aufgenommen wird. Für restlichen Beträge werden aktuell marktübliche Zinsen von 3,9 % mit einer Laufzeit von 30 Jahren angenommen.	62.400	48.300
612000 69272100 Kreditaufnahmen f. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Kreditinstitute Laufzeit (bis 1 -5 Jahre), Euro-Währung	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Die Kreditaufnahme wird auf die rechnerische Kreditobergrenze nach dem Krediterlass festgesetzt.	1.815.500	1.277.400
612000 79273100 Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Kreditinstitute Laufzeit (mehr als 5 Jahre) Euro-Währung	3	Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan: Anpassung an geänderte Kreditaufnahmen.	52.800	54.400

5. Gesamtpläne

5.1 Ergebnisplan

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	Mehr(+) oder weniger (-) gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR	Erläuterung ²
1 ³	2 ⁴	3	4	5	6	7
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	2.181.400	90.900	2.272.300	
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.219.900	159.000	1.378.900	
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0	
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	34.400	0	34.400	
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	10.200	7.800	18.000	
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.200	8.300	9.500	
45	7	+ sonstige Erträge	51.100	0	51.100	
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	3.498.200	266.000	3.764.200	
50	11	Personalaufwendungen	26.900	500	27.400	
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0	
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	347.900	-37.300	310.600	
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	171.000	0	171.000	
53	15	+ Transferaufwendungen	2.593.300	21.700	2.615.000	
54	16	+ sonstige Aufwendungen	710.900	110.300	821.200	
	17	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	3.850.000	95.200	3.945.200	
	18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 17)	-351.800	170.800	-181.000	
46000 0- 46199 8, 462- 469	19	+ Finanzerträge	0	0	0	
55000 0- 55199 8, 5562- 5599	20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	63.400	-14.100	49.300	
	21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-63.400	14.100	-49.300	
	22	= Jahresergebnis³ (= Zeilen 18 und 21)	-415.200	184.900	-230.300	

5.2 Finanzplan

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger (-) gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR	Erläuterung ²
1 ³	2 ⁴	3	4	5	6	7
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	2.181.400	90.900	2.272.300	
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.177.500	159.000	1.336.500	
62	3	+ sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.300	0	1.300	
641- 642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	10.200	7.800	18.000	
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.200	8.300	9.500	
65	7	+ sonstige Einzahlungen	50.600	0	50.600	
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	500	0	500	
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	3.422.700	266.000	3.688.700	
70	10	Personalauszahlungen	26.900	500	27.400	
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0	
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	347.900	-37.400	310.500	
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	63.400	-14.100	49.300	
73	14	+ Transferauszahlungen	2.593.300	21.700	2.615.000	
74	15	+ sonstige Auszahlungen	710.900	110.300	821.200	
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 10 bis 15)	3.742.400	81.000	3.823.400	
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-319.700	185.000	-134.700	
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	
	26	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	1.800	1.800	
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	49.500	18.900	68.400	
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.766.000	-558.800	1.207.200	
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	
	34	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 27 bis 33)	1.815.500	-538.100	1.277.400	
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	-1.815.500	538.100	-1.277.400	
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	
	36	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17, 35, 35c und 35f)	-2.135.200	723.100	-1.412.100	

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger (-) gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR	Erläuterung ²
1 ³	2 ⁴	3	4	5	6	7
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.815.500	-538.100	1.277.400	
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	52.800	1.600	54.400	
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	
	43	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.762.700	-539.700	1.223.000	
	44	= Finanzmittelsaldo (=Zeilen 36 + 43)	-372.500	183.400	-189.100	
	45	+ Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	0	0	0	
	46	- Anfangsbestand Kassenkredite aus Kontokorrent	0	0	0	
332	47	+ Endbestand Kassenkredite aus Kontokorrent	0	0	0	
	48	= Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres (=Zeilen 44 bis 47)	-372.500	183.400	-189.100	

6. Teilpläne

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111100	Gemeindeorgane

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	100	0	100
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	100	0	100
50	11	Personalaufwendungen	1.100	500	1.600
		50390000 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für sonstige Beschäftigte	1.100	500	1.600
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.500	0	3.500
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	100	0	100
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	30.200	0	30.200
54291	17	davon Verfügungsmittel	1.700	0	1.700
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	34.900	500	35.400
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-34.800	-500	-35.300
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-34.800	-500	-35.300
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-34.800	-500	-35.300

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111100	Gemeindeorgane

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵	
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
laufende Verwaltungstätigkeit								
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	100	0	100			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	100	0	100			
70	10	Personalauszahlungen	1.100	500	1.600			
		70390000 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für sonstige Beschäftigte	1.100	500	1.600			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.500	0	3.500			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	30.200	0	30.200			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	34.800	500	35.300			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-34.700	-500	-35.200			
Investitionstätigkeit								
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111100	Gemeindeorgane

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	0	0	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	0	0	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-34.700	-500	-35.200	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111200	Serviceleistungen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.000	-4.000	5.000
		52310000 Mieten und Pachten	6.000	-4.000	2.000
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	0	0	0
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	9.000	-4.000	5.000
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-9.000	4.000	-5.000
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-9.000	4.000	-5.000
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-9.000	4.000	-5.000

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111200	Serviceleistungen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.000	-4.000	5.000			
		72310000 Auszahlungen für Mieten und Pachten	6.000	-4.000	2.000			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	0	0	0			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	9.000	-4.000	5.000			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-9.000	4.000	-5.000			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111200	Serviceleistungen

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵ in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	0	0	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	0	0	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-9.000	4.000	-5.000	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111300	Gebäudemanagement

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.200	0	14.200
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	100
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	200	1.200	1.400
		44110000 Privat rechtlich: Mieten/Pachten/Erbpacht (steuerfrei)		100	100
		44611000 Privat rechtlich: Sonstige steuerpflichtige Erträge 19%		1.100	1.100
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	-1.000	0
		44870000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	1.000	-1.000	
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	15.500	200	15.700
50	11	Personalaufwendungen	19.000	0	19.000
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	160.900	-40.000	120.900
		52110000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	93.000	-40.000	53.000
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	30.500	0	30.500
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	300	0	300
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	210.700	-40.000	170.700
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-195.200	40.200	-155.000
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-195.200	40.200	-155.000
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	195.200	-39.600	155.600
		48118000 Erträge aus ILV - Kalkulatorische Miete	195.200	-39.600	155.600
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	0	600	600

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111300	Gebäudemanagement

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵	
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.000	0	3.000			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	100			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	200	1.200	1.400			
		64110000 Mieten und Pachten		100	100			
		64610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	200	1.100	1.300			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	-1.000	0			
		64870000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	1.000	-1.000				
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	4.300	200	4.500			
70	10	Personalauszahlungen	19.000	0	19.000			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	160.900	-40.000	120.900			
		72110000 Auszahlungen für Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	93.000	-40.000	53.000			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	300	0	300			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	180.200	-40.000	140.200			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-175.900	40.200	-135.700			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
		68100000 Investitionszuwendungen vom Bund						
		68110000 Investitionszuwendungen vom Land						
		68120000 Investitionszuwendungen von Gemeinden (GV)						
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111300	Gebäudemanagement

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.602.200	-923.900	678.300	1.114.600	1.860.100	2.974.700
		78510000 Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen	1.602.200	-923.900	678.300	1.114.600	1.860.100	2.974.700
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	1.602.200	-923.900	678.300	1.114.600	1.860.100	2.974.700
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	-1.602.200	923.900	-678.300	-1.114.600	-1.860.100	-2.974.700
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-1.778.100	964.100	-814.000	-1.114.600	-1.860.100	-2.974.700
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111310	Liegenschaftsverwaltung

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	200	0	200
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	200	100	300
		44110000 Privat rechtlich: Mieten/Pachten/Erbpacht (steuerfrei)	200	100	300
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	400	100	500
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	600	0	600
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	0	2.300	2.300
		54310000 Geschäftsaufwendungen		2.300	2.300
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	600	2.300	2.900
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-200	-2.200	-2.400
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-200	-2.200	-2.400
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-200	-2.200	-2.400

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111310	Liegenschaftsverwaltung

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte						
		64110000 Mieten und Pachten	200	100	300			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	200	100	300			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	600	0	600			
75	13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	0	2.300	2.300			
		74310000 Geschäftsauszahlungen		2.300	2.300			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	600	2.300	2.900			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-400	-2.200	-2.600			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	853.100	0	853.100
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produkt	111310	Liegenschaftsverwaltung

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	0	0	853.100	0	853.100
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	0	0	-853.100	0	-853.100
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-400	-2.200	-2.600	-853.100	0	-853.100
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produkt	121000	Statistik und Wahlen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	3.000	500	3.500
		54210000 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten- Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	1.400	-400	1.000
		54310000 Geschäftsaufwendungen	1.600	900	2.500
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	3.000	500	3.500
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-3.000	-500	-3.500
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-3.000	-500	-3.500
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-3.000	-500	-3.500

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produkt	121000	Statistik und Wahlen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵	
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	3.000	500	3.500			
		74210000 Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	1.400	-400	1.000			
		74310000 Geschäftsauszahlungen	1.600	900	2.500			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	3.000	500	3.500			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-3.000	-500	-3.500			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produkt	121000	Statistik und Wahlen

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	0	0	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	0	0	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-3.000	-500	-3.500	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produkt	126000	Brandschutz

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
1 ⁴	2 ⁵	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.600	0	4.600
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	100
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	400	500
		44821000 Erstattungen vom Kreis		400	400
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	4.800	400	5.200
50	11	Personalaufwendungen	2.000	0	2.000
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.000	2.200	19.200
		52610000 Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	4.900	1.600	6.500
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	600	600	1.200
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	26.900	0	26.900
53	15	+ Transferaufwendungen	6.500	0	6.500
54	16	+ sonstige Aufwendungen	17.800	0	17.800
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	70.200	2.200	72.400
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-65.400	-1.800	-67.200
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-65.400	-1.800	-67.200
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	60.700	-40.000	20.700
		58118000 Aufwendungen aus ILV - kalkulatorische Miete	60.700	-40.000	20.700
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-126.100	38.200	-87.900

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produkt	126000	Brandschutz

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	100			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	400	500			
		64820000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Gemeinden (GV)		400	400			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	200	400	600			
70	10	Personalauszahlungen	2.000	0	2.000			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	17.000	2.200	19.200			
		72610000 Dienst- und Schutzkleidung, pers. Ausrüstungsgegenstände	4.900	1.600	6.500			
		72910000 Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	600	600	1.200			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	6.500	0	6.500			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	17.800	0	17.800			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	43.300	2.200	45.500			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-43.100	-1.800	-44.900			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produkt	126000	Brandschutz

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	23.000	0	23.000	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
		34 = Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	23.000	0	23.000	0	0	0
		35 = Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	-23.000	0	-23.000	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
		35c Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
		36 = Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-66.100	-1.800	-67.900	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
		43 = Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur
Produktbereich	21	Allgemeine Schulen
Produkt	218200	Gemeinschaftsschule

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	138.900	0	138.900
54	16	+ sonstige Aufwendungen	135.000	70.000	205.000
		54521000 Schulkostenbeiträge	135.000	70.000	205.000
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	273.900	70.000	343.900
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-273.900	-70.000	-343.900
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-273.900	-70.000	-343.900
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-273.900	-70.000	-343.900

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur
Produktbereich	21	Allgemeine Schulen
Produkt	218200	Gemeinschaftsschule

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵	
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
laufende Verwaltungstätigkeit								
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	138.900	0	138.900			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	135.000	70.000	205.000			
		74520000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Gemeinden (GV)	135.000	70.000	205.000			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	273.900	70.000	343.900			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-273.900	-70.000	-343.900			
Investitionstätigkeit								
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur
Produktbereich	21	Allgemeine Schulen
Produkt	218200	Gemeinschaftsschule

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	0	0	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	0	0	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-273.900	-70.000	-343.900	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur
Produktbereich	22	Sonderschulen
Produkt	221000	Förderschule

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	6.400	6.400
		44810000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Land		6.400	6.400
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	0	6.400	6.400
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	10.000	15.000	25.000
		54521000 Schulkostenbeiträge	10.000	15.000	25.000
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	10.000	15.000	25.000
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-10.000	-8.600	-18.600
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-10.000	-8.600	-18.600
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-10.000	-8.600	-18.600

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur
Produktbereich	22	Sonderschulen
Produkt	221000	Förderschule

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	6.400	6.400			
		64810000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Land		6.400	6.400			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	0	6.400	6.400			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	10.000	15.000	25.000			
		74520000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Gemeinden (GV)	10.000	15.000	25.000			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	10.000	15.000	25.000			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-10.000	-8.600	-18.600			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur
Produktbereich	22	Sonderschulen
Produkt	221000	Förderschule

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	0	0	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	0	0	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-10.000	-8.600	-18.600	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend
Produktbereich	33	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Produkt	331000	Förderung der Wohlfahrtspflege

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	1.800	300	2.100
		53180000 Zuschüsse an Verbände und Vereine	1.800	300	2.100
54	16	+ sonstige Aufwendungen	100	0	100
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.900	300	2.200
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-1.900	-300	-2.200
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-1.900	-300	-2.200
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-1.900	-300	-2.200

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend
Produktbereich	33	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Produkt	331000	Förderung der Wohlfahrtspflege

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR	
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641- 642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	1.800	300	2.100			
		73180000 Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	1.800	300	2.100			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	100	0	100			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	1.900	300	2.200			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-1.900	-300	-2.200			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	1.800	1.800	0	0	0
		78180000 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahme n, an übrige Bereiche		1.800	1.800			
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend
Produktbereich	33	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Produkt	331000	Förderung der Wohlfahrtspflege

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR	
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	1.800	1.800	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	-1.800	-1.800	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-1.900	-2.100	-4.000	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	365000	Kindertagesstätten

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten		bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR	
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	627.600	70.000	697.600
		41410000 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke Land	627.000	70.000	697.000
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	2.500	2.500
		44820000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Gemeinden (GV)		2.500	2.500
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	627.600	72.500	700.100
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.200	500	10.700
		52710000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen		400	400
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen		100	100
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	3.400	0	3.400
53	15	+ Transferaufwendungen	737.000	0	737.000
54	16	+ sonstige Aufwendungen	336.000	17.000	353.000
		54520000 Erstattungen von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit Gemeinden (GV)	336.000	17.000	353.000
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.086.600	17.500	1.104.100
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-459.000	55.000	-404.000
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-459.000	55.000	-404.000
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.400	0	29.400
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-488.400	55.000	-433.400

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	365000	Kindertagesstätten

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	627.000	70.000	697.000			
		61410000 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	627.000	70.000	697.000			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	2.500	2.500			
		64820000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Gemeinden (GV)		2.500	2.500			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	627.000	72.500	699.500			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.200	400	10.600			
		72710000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen		400	400			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	737.000	0	737.000			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	336.000	17.000	353.000			
		74520000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Gemeinden (GV)	336.000	17.000	353.000			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	1.083.200	17.400	1.100.600			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-456.200	55.100	-401.100			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	365000	Kindertagesstätten

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR	
16	27	3	4	5	6	7	8	9
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	500	1.600	2.100	0	0	0
		78310000 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze i.H.v. 1.000 Euro		1.600	1.600			
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
		34 = Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	500	1.600	2.100	0	0	0
		35 = Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	-500	-1.600	-2.100	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
		35c Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
		36 = Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-456.700	53.500	-403.200	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
		43 = Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	4	Gesundheit und Sport
Produktbereich	42	Sportförderung
Produkt	424000	Sportanlagen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.000	0	25.000
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	8.200	0	8.200
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	1.500	0	1.500
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	34.700	0	34.700
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-34.700	0	-34.700
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-34.700	0	-34.700
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.300	0	34.300
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-69.000	0	-69.000

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	4	Gesundheit und Sport
Produktbereich	42	Sportförderung
Produkt	424000	Sportanlagen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵ in EUR	
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
laufende Verwaltungstätigkeit								
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	25.000	0	25.000			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	1.500	0	1.500			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	26.500	0	26.500			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-26.500	0	-26.500			
Investitionstätigkeit								
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	360.000	360.000	5.530.000	70.500	5.600.500
		78510000 Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen		360.000	360.000	5.530.000	70.500	5.600.500

Hauptproduktbereich	4	Gesundheit und Sport
Produktbereich	42	Sportförderung
Produkt	424000	Sportanlagen

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	360.000	360.000	5.530.000	70.500	5.600.500
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	-360.000	-360.000	-5.530.000	-70.500	-5.600.500
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-26.500	-360.000	-386.500	-5.530.000	-70.500	-5.600.500
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produkt	541000	Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	25.800	0	25.800
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33.100	0	33.100
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	6.500	6.500
		44610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte		6.500	6.500
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	0	100
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	59.000	6.500	65.500
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	79.500	0	79.500
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	98.900	0	98.900
53	15	+ Transferaufwendungen	39.800	2.000	41.800
		53132000 Umlage an den Wegeunterhaltungsverband	39.800	2.000	41.800
54	16	+ sonstige Aufwendungen	0	5.500	5.500
		54310000 Geschäftsaufwendungen		5.500	5.500
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	218.200	7.500	225.700
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-159.200	-1.000	-160.200
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-159.200	-1.000	-160.200
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-159.200	-1.000	-160.200

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produkt	541000	Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	6.500	6.500			
		64610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte		6.500	6.500			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	0	100			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	100	6.500	6.600			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	79.500	0	79.500			
75	13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	39.800	2.000	41.800			
		73130000 Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Zweckverbände	39.800	2.000	41.800			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	0	5.500	5.500			
		74310000 Geschäftsauszahlungen		5.500	5.500			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	119.300	7.500	126.800			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-119.200	-1.000	-120.200			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
		68170000 Investitionszuwendungen von privaten Unternehmen						
		68180000 Investitionszuwendungen von übrigen Bereichen						
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produkt	541000	Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	500	0	500	0	0	0
		78310000 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze i.H.v. 1.000 Euro						
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	163.800	0	163.800	0	0	0
		78520000 Auszahlungen aus Tiefbaumaßnahmen	163.800		163.800			
		78530000 Auszahlungen aus sonstigen Baumaßnahmen						
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	164.300	0	164.300	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	-164.300	0	-164.300	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-283.500	-1.000	-284.500	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produkt	551200	Kinderspielplätze

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.500	4.000	9.500
		52110000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.000	4.000	9.000
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	1.500	0	1.500
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	0	0	0
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	7.000	4.000	11.000
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-7.000	-4.000	-11.000
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-7.000	-4.000	-11.000
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-7.000	-4.000	-11.000

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produkt	551200	Kinderspielplätze

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵	
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
laufende Verwaltungstätigkeit								
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.500	4.000	9.500			
		72110000 Auszahlungen für Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.000	4.000	9.000			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	0	0	0			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	5.500	4.000	9.500			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-5.500	-4.000	-9.500			
Investitionstätigkeit								
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produkt	551200	Kinderspielplätze

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	5.100	5.100	0	0	0
		78520000 Auszahlungen aus Tiefbaumaßnahmen		5.100	5.100			
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	5.100	5.100	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	-5.100	-5.100	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-5.500	-9.100	-14.600	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produkt	552000	Hafenbetrieb

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
1 ⁴	2 ⁵	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	100
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	9.700	0	9.700
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	9.800	0	9.800
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.300	0	10.300
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	100	0	100
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	0	0	0
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	10.400	0	10.400
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-600	0	-600
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-600	0	-600
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.600	0	32.600
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-33.200	0	-33.200

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produkt	552000	Hafenbetrieb

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	100			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	9.700	0	9.700			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	9.800	0	9.800			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.300	0	10.300			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	0	0	0			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	10.300	0	10.300			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-500	0	-500			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	25.500	17.300	42.800	0	0	0
		78310000 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze i.H.v. 1.000 Euro	25.000	17.300	42.300			

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produkt	552000	Hafenbetrieb

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	25.500	17.300	42.800	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	-25.500	-17.300	-42.800	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-26.000	-17.300	-43.300	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produkt	553000	Gräberfürsorge

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	34.500	-17.400	17.100
		53182000 Zuweisung an die Kirchengemeinde	34.500	-17.400	17.100
54	16	+ sonstige Aufwendungen	0	0	0
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	34.500	-17.400	17.100
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	-34.500	17.400	-17.100
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	0	0	0
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-34.500	17.400	-17.100
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-34.500	17.400	-17.100

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produkt	553000	Gräberfürsorge

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵	
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
¹⁶	²⁷	3	4	5	6	7	8	9
laufende Verwaltungstätigkeit								
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0			
73	14	+ Transferauszahlungen	34.500	-17.400	17.100			
		73180000 Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	34.500	-17.400	17.100			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	0	0	0			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	34.500	-17.400	17.100			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-34.500	17.400	-17.100			
Investitionstätigkeit								
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung und Umwelt
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produkt	553000	Gräberfürsorge

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	0	0	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	0	0	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-34.500	17.400	-17.100	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	611000	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten		bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR	
14	25	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	2.181.400	90.900	2.272.300
		40130000 Gewerbesteuer	401.500	146.300	547.800
		40210000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.267.800	-54.700	1.213.100
		40320000 Hundesteuer	16.200	1.900	18.100
		40510000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	120.700	-2.600	118.100
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	546.500	89.000	635.500
		41110000 Schlüsselzuweisungen	546.500	75.400	621.900
		41310000 Allgemeine Zuweisungen Land		13.600	13.600
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	500	0	500
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	2.728.400	179.900	2.908.300
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	1.386.900	36.800	1.423.700
		53410000 Gewerbesteuerumlage	37.000	13.500	50.500
		53721000 Kreisumlage	839.500	12.800	852.300
		53722000 Amtsumlage	510.400	10.500	520.900
54	16	+ sonstige Aufwendungen	700	0	700
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.387.600	36.800	1.424.400
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	1.340.800	143.100	1.483.900
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.000	0	1.000
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	-1.000	0	-1.000
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	1.339.800	143.100	1.482.900
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	1.339.800	143.100	1.482.900

Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	611000	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	611000	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten		bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR	
16	27	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	2.181.400	90.900	2.272.300			
		60130000 Gewerbesteuer	401.500	146.300	547.800			
		60210000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.267.800	-54.700	1.213.100			
		60320000 Hundesteuer	16.200	1.900	18.100			
		60510000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	120.700	-2.600	118.100			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	546.500	89.000	635.500			
		61110000 Schlüsselzuweisungen	546.500	75.400	621.900			
		61310000 Sonstige allgemeine Zuweisungen Land		13.600	13.600			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641- 642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	500	0	500			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	2.728.400	179.900	2.908.300			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	1.000	0	1.000			
73	14	+ Transferauszahlungen	1.386.900	36.800	1.423.700			
		73410000 Gewerbesteuerumlage	37.000	13.500	50.500			
		73720000 Allgemeine Umlagen, Gemeinden (GV)	1.349.900	23.300	1.373.200			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	700	0	700			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	1.388.600	36.800	1.425.400			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	1.339.800	143.100	1.482.900			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	611000	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	0	0	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	0	0	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	1.339.800	143.100	1.482.900	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	612000	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan^{1,2}

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz in EUR	neuer Ansatz in EUR
¹⁴	²⁵	3	4	5	6
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
45	7	+ sonstige Erträge	0	0	0
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
	10	= Erträge (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0
50	11	Personalaufwendungen	0	0	0
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	0	0	0
54	16	+ sonstige Aufwendungen	0	0	0
54291	17	davon Verfügungsmittel	0	0	0
	18	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	0	0	0
	19	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)	0	0	0
46000 0- 46199 8, 462- 469	20	+ Finanzerträge	0	0	0
55000 0- 55199 8, 552- 559	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			
			62.400	-14.100	48.300
		55170000 Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	62.400	-14.100	48.300
	22	= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)	-62.400	14.100	-48.300
	23	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 19 und 22)	-62.400	14.100	-48.300
48	24	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
58	25	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
	26	= Ergebnis (= Zeilen 23, 24, 25)	-62.400	14.100	-48.300

¹ es sind nur Teilergebnispläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilergebnisplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilergebnisplan für die Folgejahre anzupassen.

² bei Einrichtungen, die sich in der Regel zu mehr als 10 % aus Entgelten finanzieren, sind kalkulatorische Zinsen nachrichtlich auszuweisen.

³ kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

⁴ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁵ laufende Nummerierung der Spalte

⁶ Zinsen sind regelmäßig nur im Teilergebnisplan für den Produktbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft" auszuweisen

Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	612000	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan^{1,2}

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁴	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigung ⁵
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1 ⁶	2 ⁷	3	4	5	6	7	8	9
		laufende Verwaltungstätigkeit						
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0			
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0			
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0			
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0			
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0			
65	7	+ sonstige Einzahlungen	0	0	0			
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0			
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 9)	0	0	0			
70	10	Personalauszahlungen	0	0	0			
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	0			
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0			
75	13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	62.400	-14.100	48.300			
		75170000 Zinsauszahlungen an Kreditinstitute	62.400	-14.100	48.300			
73	14	+ Transferauszahlungen	0	0	0			
74	15	+ sonstige Auszahlungen	0	0	0			
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	62.400	-14.100	48.300			
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	-62.400	14.100	-48.300			
		Investitionstätigkeit						
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerungen von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
	26	= Summe der investiven Einzahlungen (= Zeilen 18 bis 25)	0	0	0	0	0	0
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0

Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	612000	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz ³ in EUR	neuer Ansatz in EUR	bisheriger Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁴ in EUR	mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE in EUR	neuer Betrag an Verpflichtungs- ermächtigung ⁵ in EUR
16	27	3	4	5	6	7	8	9
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	0	0	0	0
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
	34	= Summe der investiven Auszahlungen (= Zeilen 27 bis 33)	0	0	0	0	0	0
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	0	0	0	0	0	0
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
	36	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	-62.400	14.100	-48.300	0	0	0
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.815.500	-538.100	1.277.400	0	0	0
		69272100 Kreditaufnahmen f. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen n Kreditinstitute Laufzeit (bis 1 -5 Jahre), Euro-Währung	1.815.500	-538.100	1.277.400			
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	52.800	1.600	54.400	0	0	0
		79273100 Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen n Kreditinstitute Laufzeit (mehr als 5 Jahre) Euro-Währung	52.800	1.600	54.400			
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	0	0	0	0
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	0	0	0	0	0	0
	43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	1.762.700	-539.700	1.223.000	0	0	0

¹ es sind nur Teilfinanzpläne aufzuführen, in denen Änderungen durch den Nachtragshaushalt eintreten. Sofern durch den Nachtragshaushalt erhebliche Änderungen im Teilfinanzplan der Folgejahre auftreten, ist zusätzlich der Teilfinanzplan für die Folgejahre anzupassen.

² Im Teilfinanzplan für die Produktgruppe "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" sind die Zeilen 37 bis 43 des Musters zum Finanzplan auszuweisen.

³ Veränderungen sind zu erläutern

⁴ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁵ Zu den Verpflichtungsermächtigungen in Spalte 7 ist anzugeben, wie sich die Belastung auf die folgenden Jahre verteilt.

⁶ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁷ laufende Nummerierung der Spalte

Gemeinde Haseldorf

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0605/2023/HaD/BV

Fachbereich: Finanzen	Datum: 13.11.2023
Bearbeiter: T. Lüchau	AZ: 957-01

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

2. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Haseldorf über die Erhebung von Hundesteuer (Hundesteuersatzung)

Erhöhung der Hundesteuer

Sachverhalt:

Die Satzung der Gemeinde Haseldorf über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung) war zum 01.01.2016 neu gefasst worden. Zum 01.01.2017 trat die 1. Nachtragssatzung zu §10 „Hundesteuer für gefährliche Hunde“ in Kraft.

Aufgrund einer defizitären Haushaltssituation ist die Gemeinde gehalten, Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen. Neben einer Beschränkung von Ausgaben ist auch eine Ausschöpfung von Einnahmequellen zu überprüfen. Das Land Schleswig-Holstein hat hierzu eine Liste von Hinweisen erlassen. Demnach sollte die Hundesteuer für den ersten Hund mindestens 120,00 € betragen.

Für die Anerkennung von Fehlbeträgen wird daraufhin gewiesen, dass gemäß § 17 Absatz 1 FAG ein Ausgleich nur für vermeidliche Jahresfehlbeträge erfolgen kann.

Eine geringere als die vom Land vorgeschlagene Hundesteuer führt zunächst nicht dazu, dass eine Gemeinde ggfs. Ansprüche auf Fehlbetrags- und Sonderbedarfsszuweisungen verliert. Es ist aber davon auszugehen, dass der Einnahmeverzicht nicht als bedarfsdeckungsfähiger Betrag anerkannt wird.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Zuge der Haushaltsberatungen im Finanzausschuss am 09.11.2023 wurde verwaltungsseitig auf die angespannte Haushaltssituation hingewiesen. Eine Erhöhung der Hundesteuer zum 01.01.2024 wird daher angestrebt. Es ist von einem Haushaltssoll in Höhe von 23.000 € auszugehen.

Finanzierung:

Auf der Basis der angestrebten Erhöhung ist eine Mehreinnahme von 4.900,00 € zu erwarten.

Fördermittel durch Dritte:

entfällt

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss der Gemeinde Haseldorf empfiehlt der Gemeindevertretung, die 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer gemäß Anlage zu beschließen.

Kullig
Bürgermeister

Anlagen:

2. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung

Entwurf

2. Nachtragssatzung
zur Satzung der Gemeinde Haseldorf
über die Erhebung einer Hundesteuer
(Hundesteuersatzung)

Aufgrund des § 4 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. Januar 2018 (GVOBl. Schl.-H., Seite 6) und der §§1,2 und 3 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) in der Fassung vom 10. Januar 2005 (GVOBl.Schl.-H., Seite 69) wird nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung vom 30.11.2023 folgende 2.Nachtragssatzung erlassen:

Artikel 1

§ 4 Abs. 1 und 2 erhalten folgende Fassung

(1) Die Steuer beträgt jährlich ab 2024

für den ersten Hund	120,00 €
für den zweiten Hund	144,00 €
für jeden weiteren Hund	168,00 €

(2) Hunde, die steuerfrei gehalten werden dürfen (§7), werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht angesetzt; Hunde, für die die Steuer ermäßigt wird (§5), gelten als erste Hunde.

Artikel 2

Diese 2. Nachtragssatzung tritt am 01. 01.2024 in Kraft.

Haseldorf, den 30.11.2023

Gemeinde Haseldorf
Der Bürgermeister

(Kullig)
Bürgermeister

Das Leitbild der Gemeinde Haseldorf

Haseldorf wurde das erste Mal 1190 urkundlich erwähnt. Als Kommune im stark wachsenden Hamburger Rand auf Höhe des Meeresspiegels stehen wir vor einer Vielzahl von Einflüssen, die wir zum Wohle aller Bürger umsetzen wollen.

Die Gemeinde stellt sich mit ihrem Leitbild den Herausforderungen des aktuellen Jahrzehnts. Im Folgenden haben wir die wichtigsten Einflusskreise der Kommune definiert und in den Kontext der aktuellen Ziele gesetzt.

Attraktive Kommune für Jung bis Alt

Stärkung des bürgerlichen Engagements und des dörflichen Zusammenlebens

- Zahlreiche Vereine und ehrenamtliches Engagement prägen das Gemeindeleben. Diese sind wichtige Säulen des sozialen Zusammenlebens und werden durch die Gemeinde gefördert und unterstützt.
- Für die Förderung des sozialen Miteinanders stellt die Gemeinde Räume als soziale Treffpunkte zur Verfügung (Gemeinschaftsraum im Sportzentrum, Erweiterung der Bibliothek etc.).
- Interessierten wird die Möglichkeit geboten, sich aktiv an der Entwicklung der Gemeinde zu beteiligen. Durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen und Beteiligungsprojekten wird eine aktive Mitbestimmung ermöglicht.

Wohnraumstrategie 2030plus

Haseldorf ermöglicht allen Einwohnern gleich welchen Alters ein selbstbestimmtes Wohnen. Dazu hat die Gemeinde eine Wohnraumstrategie 2030plus entwickelt.

Hierbei stehen im Fokus:

- Das Angebot an seniorenrechtlichen Wohnungen und kleineren / bezahlbaren (Miet-) Wohnungen ausbauen
- Nachhaltiges Leben und Wohnen ermöglichen

Bestandteile um diese Wohnraumentwicklung umzusetzen sind folgende Grundpfeiler:

Bestandsentwicklung (Generationswechsel im Bestand)

- Generationswechsel im Bestand fördern ggf. Klärung von Fördermitteln und Angeboten an (kleinen (Miet-) Wohnungen in bestehenden Häusern schaffen

Innenentwicklung vor Außenentwicklung (Schließen von Baulücken, Verdichtung von Baugrundstücken, Flächenverbrauch reduzieren)

- Angebote und Anreize bei privaten Eigentümern schaffen, ihr Grundstück zu bebauen bzw. für eine Bebauung zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde unterstützt u.a. mit Informationen über Möglichkeiten der Bebauung.

Entwicklung von Neubauf Flächen auf Gemeindeflächen

- Damit das Ziel erreicht wird, bezahlbaren Wohnraum für alle Altersschichten anzubieten, prüft die Gemeinde Neubauf Flächen auf gemeindeeigenen Flächen zu entwickeln und diese für die oben genannten Ziele zu verwenden.

Infrastruktur

Grundversorgung erhalten

Eine gute Grundversorgung ist das Ziel unserer Gemeinde. Neben den kommunalen Pflichtaufgaben (Schule, Kita, Feuerwehr, Straßen und Wege etc.) hat die Gemeinde Haseldorf 2018 ein Dorftwicklungskonzept 2030 als informelle Grundlage verabschiedet, das sich mit wichtigen Eckpfeilern des Zusammenlebens (Bauen + Wohnen; Alltag + Dorfleben und Freizeit + Tourismus) befasst.

Lokale Betriebe unterstützen

- Gewerbebetriebe sind ein wichtiger Bestandteil eines lebendigen Dorfes. Als Anreiz für die Weiterentwicklung und den Erhalt von gemeindeansässigen Unternehmen plant die Gemeinde ein Gewerbegebiet.
- Des Weiteren unterstützt die Gemeinde den Erhalt der ärztlichen Versorgung sowie der Einrichtungen für Pflege und Betreuung von Senioren.
- [Die landwirtschaftlichen Betriebe in Haseldorf, die das Ortsbild entscheidend prägen, werden von der Gemeinde bei der weiteren Entwicklung gefördert.](#)

Umwelt

Klimaneutrale Gemeinde

Die Gemeinde Haseldorf hat sich verpflichtet bis 2030 klimaneutral zu werden und strebt dazu u.a. folgende Maßnahmen an:

- Neubauten von kommunalen Gebäuden werden ohne Verbrennungsprozesse geplant.
- Auf möglichst allen kommunalen Gebäuden werden Solaranlagen installiert.
- Die Gemeinde optimiert alle eigenen Energieverbraucher (Straßenlampen, Gebäude, Sportplatz etc.).
- Die Gemeinde unterstützt Haseldorfer Bürger bei der Umsetzung eigener Projekte.
- Haseldorf strebt langfristig an, die kommunalen Liegenschaften autark zu betreiben.

Hochwasserschutz und Wasserversorgung

Der Klimawandel stellt die Gemeinde Haseldorf vor viele Herausforderungen. Als Gemeinde auf Höhe des Meeresspiegels hat der Hochwasserschutz für uns überragende Priorität.

- Alle Entwässerungsanlagen müssen nach dem Stand der Technik gepflegt und in Stand gehalten werden.
- In Zukunft muss auf die Rückhaltung von Wasser in der Trockenphasen geachtet werden.

Hierzu entwickelt die Gemeinde mit den verantwortlichen Partnern ein umfassendes Wassermanagement für die Marsch.

Naturschutzgebiet Haseldorfer Binnenelbe

- Die Gemeinde Haseldorf unterstützt die Bemühungen um das Naturschutzgebiet Haseldorfer Binnenelbe und das Elbmarschenhaus am Standort Haseldorf.
- Die Gemeinde setzt sich für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Naherholung und sanftem Tourismus ein und strebt eine enge Verbindung zwischen den Menschen in der Marsch und dem Naturschutzgebiet an.

Gemeinde Haseldorf

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0594/2023/HaD/BV/1

Fachbereich: Finanzen	Datum: 14.11.2023
Bearbeiter: Tronnier	AZ: 902.

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

Erlass der Haushaltssatzung der Gemeinde Haseldorf für das Haushaltsjahr 2024

Sachverhalt:

Inhaltlich wird auf die ursprüngliche Vorlage 0594/2023 verwiesen. Auf Grundlage der Beratungen des Finanzausschusses werden Änderungen in den Haushalt übernommen. Nach dem Finanzausschuss wurden der Verwaltung weitere haushaltsrelevante Informationen zur Verfügung gestellt. Es sind folgende Anpassungen vorzunehmen:

- Inv.-Nr. 541002202 „Erschließung Gewerbegebiet“: Aufnahme von 2 Mio. € Einzahlungen aus Grundstücksveräußerungen im Jahr 2026
- 53500.5431000: Aufnahme eines Ansatzes für gemeindliche Wärmeplanung in Höhe von 34.000 €
- 61100.4021000 und 61100.4051000: Anpassung der Ansätze beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei den Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich auf Grundlage der geschätzten neuen Schlüsselzahlen (Erhöhung des Defizits um 63.400 €)
- Aufnahme einer zusätzlichen Investitionsposition für die Kleinmaßnahmen mit 15.000 €. Als Einzahlung werden 12.000 € eingeplant.
- 12600.7818000: Investitionszuschuss in Höhe von 4.000 € an das DLRG
- 61100.5372100: Verminderung der Kreisumlage von 853.400 € auf 806.300 € (- 47.100 €)
- 57300.4321000: Änderung des Ertragskontos auf 4411000 (USt.)
- 61100.4032000: Erhöhung des Ansatzes für Hundesteuer von 18.100 auf 23.000 €

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus den Änderungen ergibt sich eine Erhöhung des Defizits um 45.400 € auf 550.300 €.

Finanzierung:

Entfällt.

Fördermittel durch Dritte:

Entfällt.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung der Gemeinde Haseldorf für das Haushaltsjahr 2024 mit den aufgeführten Änderungen.

Daniel Kullig
(Bürgermeister)

Gemeinde Haseldorf

Berichtswesen

Vorlage Nr.: 0602/2023/HaD/en

Fachbereich: Finanzen	Datum: 24.10.2023
Bearbeiter: Tronnier	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Haseldorf	09.11.2023	öffentlich
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

Aufnahme von Investitionskrediten

Sachverhalt:

Die Gemeinde setzt in den nächsten Jahren verschiedene Investitionsmaßnahmen um, die mit einem großen Fremdkapitalbedarf verbunden sind.

Im Haushalt werden Kreditaufnahmen mit dem maximal zulässigen Betrag eingeplant (Produkt 612). Die Liquidität der Gemeinde sollte für die Investitionen nicht weiter in Anspruch genommen werden, um angemessene Wirtschaftsmittel für das laufende Geschäft zu erhalten.

Für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses, die Erweiterung der Kindertagesstätte und die Gehwegsanierung Hauptstraße 1 – 17 wurden Kredite aus dem Kommunalen Investitionsfonds (KIF) beantragt und bewilligt.

Bis zum Ende des Jahres soll ein weiteres KIF-Darlehen für das Sport- und Vereinsgebäude beantragt werden.

Weiterhin sind Kredite am freien Markt aufzunehmen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit dem Abruf der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds soll Ende 2023 begonnen werden. Es sind folgende Kredite bewilligt:

Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses:	429.997,59 €
Erweiterung der Kindertagesstätte:	83.601,06 €
Gehwegsanierung Hauptstraße 1 – 17:	87.450,00 €

Eine Bewilligung für das Sport- und Vereinsgebäude bleibt abzuwarten.

Die Mittel sind nach zwei tilgungsfreien Jahren innerhalb von 18 Jahren zu tilgen. Der Zinssatz für Abrufe im Jahr 2023 beträgt 2 %.

Für die Mittel vom freien Markt ist zu entscheiden, mit welcher Laufzeit und welcher Zinsbindungsfrist diese ausgeschrieben werden. Anders als bei einem Verbraucherkredit hat die Gemeinde keine Möglichkeit, den Vertrag vor Ablauf der Zinsbindungsfrist kostenfrei zu kündigen. Je nach weiterer Zinsentwicklung kann sich eine lange Laufzeit positiv oder negativ für die Gemeinde auswirken. Aktuell sind folgende Konditionen üblich:

<u>Zinsbindung</u>	<u>Laufzeit</u>	<u>Zinssatz</u>
10 Jahre	30 Jahre	3,77
15 Jahre	30 Jahre	3,66
20 Jahre	30 Jahre	3,90
30 Jahre	30 Jahre	3,88

Nachdem zunächst die KIF-Mittel in Anspruch genommen wurden, wird sich in 2024 weiterer Kreditbedarf ergeben. Dabei wird voraussichtlich die Ausnutzung der Restkreditermächtigung 2023 und der Kreditermächtigung 2024 vorgeschlagen. Diese Vorlage dient zunächst der Information. Eine Beschlussvorlage für eine Entscheidung zur Kreditausschreibung auf dem freien Markt wird zu gegebener Zeit gefertigt.

Thomas Körner
(1. stellvertretender Bürgermeister)

Gemeinde Haseldorf

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0598/2023/HaD/BV

Fachbereich: Finanzen	Datum: 18.10.2023
Bearbeiter: Tronnier	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Haseldorf	09.11.2023	öffentlich
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

Einführung einer Ausgleichsrücklage

Sachverhalt:

Zum 01.01.2024 tritt eine Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung Schleswig-Holstein (GemHVO) in Kraft, die unter anderem die Einführung einer Ausgleichsrücklage regelt. Bisher gliederte sich das Eigenkapital einer Kommune in die allgemeine Rücklage, die Sonderrücklage und die Ergebnissrücklage. Die Ergebnissrücklage wird durch die Änderung mit der Ausgleichsrücklage ersetzt.

Sofern eine angemessene Eigenkapitalquote gewahrt bleibt, kann diese Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen werden, um in der Phase der Haushaltsplanung einen Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung auszugleichen. Bisher war eine Entnahme aus der Ergebnissrücklage nur im Rahmen des Jahresabschlusses möglich. Der sogenannte fiktive Haushaltsausgleich unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage wirkt sich auch auf das Genehmigungsverfahren durch die Kommunalaufsicht aus. Ein Haushaltsgenehmigungsverfahren ist beim fiktiven Haushaltsausgleich entbehrlich.

Beflügelt wurde die Diskussion um die Einführung der Ausgleichsrücklage durch die Situation der Kreise. Sie waren verpflichtet ausgeglichene Haushalte zu planen und haben auf Grundlage der Planung die Kreisumlagesätze festgelegt. Wegen unterschiedlicher Planungsgrundsätze fallen die Jahresabschlüsse in der Regel positiver aus als die Haushaltsplanung. Mit dem Jahresabschluss konnten die Kreise überwiegend Überschüsse feststellen, die der Ergebnissrücklage zugeführt wurden. Das Eigenkapital der Kreise ist stetig angewachsen. Den kreisangehörigen Gemeinden wurden die Finanzmittel in unnötigem Umfang entzogen.

Zur weiteren Information ist dieser Vorlage eine Präsentation (**Anlage**) beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gemeindevertretung beschließt über die Aufteilung des Eigenkapitals auf die

allgemeine Rücklage und Ausgleichsrücklage. Die allgemeine Rücklage soll einen Bestand von mindestens 20 % der Bilanzsumme ausweisen. Übersteigende Beträge sollen so angesetzt werden, dass die Ausgleichsrücklage mindestens 15 % der allgemeinen Rücklage ausweist.

Aufgrund der Investitionen wird die Bilanzsumme in den nächsten Jahren ungefähr um 10 Mio. € steigen. Um die Ausgleichsrücklage in Anspruch nehmen zu können, muss die allgemeine Rücklage weiterhin mindestens 20 % der Bilanzsumme betragen. Eine Veränderung der allgemeinen Rücklage ist nach der erstmaligen Festlegung mit diesem Beschluss nur über die Zuführung von Überschüssen aus der Jahresrechnung möglich. Deshalb sollte schon jetzt die deutliche Steigerung der Bilanzsumme berücksichtigt werden. Im Fall der Gemeinde Haseldorf bietet sich eine Erhöhung des Bestandes der allgemeinen Rücklage an. Geht man von einer späteren Bilanzsumme von etwa 16 Mio. € aus, müsste die allgemeine Rücklage einen Bestand von etwa 3,2 Mio. € aufweisen. Das übersteigt den Gesamtbestand des Eigenkapitals zum 31.12.2022. Die Ausgleichsrücklage sollte sich der Mindestanforderung von 15 % annähern. Aus Sicht der Verwaltung bietet sich ein Betrag von 500.000 € als Ausgleichsrücklage an.

Ein fiktiver Haushaltsausgleich ist nur zulässig, wenn im Rahmen der Haushaltsplanung ein positiver Finanzmittelbestand zum Ende des jeweiligen Haushaltsjahres ausgewiesen wird.

In Bezug auf die Vermeidung von weiteren Anstiegen des Eigenkapitals bei den Kreisen ist die Änderung zu begrüßen. Wesentlicher Grund für die Einführung der Doppik bei den Gemeinden war das Ziel generationengerecht zu wirtschaften. Um dieses Ziel nicht zu gefährden, sollte das Instrument des fiktiven Haushaltsausgleichs nur bei temporären Defiziten genutzt werden. In einer langfristigen Betrachtung sollte das Eigenkapital stabil bleiben oder unter Berücksichtigung von Teuerungsraten sogar leicht ansteigen. Für die Gemeinde handelt es sich bei der Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage um einen Vorgang von besonderer Bedeutung, der im Anhang der Bilanz und im Lagebericht des Jahresabschlusses zu erläutern ist.

Finanzierung:

Entfällt.

Fördermittel durch Dritte:

Entfällt.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt die Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024 mit einem Betrag in Höhe von 500.000 € auszustatten. Der Restbetrag wird als allgemeine Rücklage ausgewiesen.

Thomas Körner
(1. stellvertretender Bürgermeister)

Anlagen:
Präsentation zur Einführung einer Ausgleichsrücklage

Ausgleichsrücklage

Information für das Haushaltsjahr 2024

Amt Geest und Marsch Südholstein

Fachbereich Finanzen

Rechtlicher Rahmen

Änderung der GemHVO zum 01.01.2024 Schleswig-Holstein:

- Veränderung der Aufteilung der Rücklagen § 25 Abs. 1 GemHVO von „Allgemeine Rücklage, Sonderrücklage und Ergebn isrücklage“ in „**Allgemeine Rücklage, Sonderrücklage und Ausgleichsrücklage**“.
- Hierfür ist gem. § 60 Abs. 3 GemHVO im Rahmen des Haushaltes 2024 ein Beschluss über die Verteilung von Allgemeiner Rücklage zu Ausgleichsrücklage zu treffen
- Ein Haushalt ist gem. § 26 Abs. 1 GemHVO ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Dies wurde nun um den Zusatz „**Satz 1 gilt als erfüllt, wenn ein Jahresfehlbetrag durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann (fiktiver Haushaltsausgleich).**“ ergänzt.

Bilanzdarstellung Rücklagen im Vergleich

Bis 2023

PASSIVA

1. Eigenkapital
 - 1.1. Allgemeine Rücklage
 - 1.2. Sonderrücklage
 - 1.3. Ergebn isrücklage**
 - 1.4. vorgetragener Jahresfehlbetrag
 - 1.5. Jahresüberschuss /
Jahresfehlbetrag

Ab 2024

PASSIVA

1. Eigenkapital
 - 1.1. Allgemeine Rücklage
 - 1.2. Sonderrücklage
 - 1.3. Ausgleichsrücklage**
 - 1.4. vorgetragener Jahresfehlbetrag
 - 1.5. Jahresüberschuss /
Jahresfehlbetrag

HH-Ausgleich im Vergleich

Bis 2023

Gesamtbetrag der Erträge $\geq$
Gesamtbetrag der Aufwendungen

Ab 2024

ZIEL:

Gesamtbetrag der Erträge $\geq$
Gesamtbetrag der Aufwendungen

Möglich:

Gesamtbetrag der Erträge $<$
Gesamtbetrag der Aufwendungen

Dann:

Gesamtbetrag der Erträge +
Entnahme Ausgleichsrücklage =
Gesamtbetrag der Aufwendungen

Beispiel

ZIEL:

100 GE $\geq$ 95 GE

Möglich:

100 GE $<$ 110
GE

Dann:

100 GE + 10 GE
= 110 GE

GE = Geldeinheiten

Amt Geest und Marsch Südholstein

Fachbereich Finanzen

Bedingungen für die Inanspruchnahme

- Allgemeine Rücklage muss einen Bestand in **Höhe von mind. 20 Prozent der Bilanzsumme** des Jahresabschlusses des Mandanten aufweisen - § 25 Abs. 3 GemHVO (bei Einführung Übergangsregelung mind. 15 Prozent)
- Im Rahmen der HH-Planung wird ein **positiver Finanzmittelbestand** zum Ende des jeweiligen Haushaltsjahres ausgewiesen - § 26 Abs. 3 GemHVO
- Bilanziell ist **kein Bestand an Kassenkrediten** zum kassenmäßigen Jahresabschluss (Jahreswechsel) vorhanden bzw. dieser wird innerhalb von vier Wochen vollständig abgedeckt - § 26 Abs. 3 GemHVO; im Falle der Einheitskasse darf **keine Verbindlichkeit ggü. der Amtskasse** ausgewiesen sein

Rücklagen im Vergleich

Bis 2023

Ergebnisrücklage:

- Nutzung im Zuge des Jahresabschlusses

Allgemeine Rücklage:

- Keine Nutzung außer für 5 Jahre vorgetragene Fehlbeträge, wenn keine Ergebnisrücklage vorhanden

Ab 2024

Ausgleichsrücklage:

- Nutzung im Zuge des fiktiven HH-Ausgleiches in der HH-Planung
- Nutzung im Zuge des Jahresabschlusses

Allgemeine Rücklage:

- Keine Nutzung außer für 5 Jahre vorgetragene Fehlbeträge, wenn keine Ausgleichsrücklage vorhanden

Rücklagen im Vergleich

Bis 2023

§ 25 Abs. 3 GemHVO

Ergebnisrücklage mind. 10 % aber max. 33 % der Allgemeinen Rücklage

Unter weiteren Voraussetzungen auch höhere Ergebnisrücklage möglich.

Richtwert Allgemeine Rücklage bei 30 %

Ab 2024

§ 25 Abs. 3 GemHVO

Allgemeine Rücklage bei Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage grundsätzlich **mind. 20 %** der Bilanzsumme aufweisen

jährlich wiederkehrend muss die Allgemeine Rücklage mind. 20 % der Bilanzsumme des Jahresabschlusses aufweisen

Rücklagen im Vergleich - Zahlenbeispiel

Bis 2023

Passiva	Wert in €	%
[...]	[...]	
Allgemeine Rücklage	30	30%
Ergebnisrücklage	3	10%
[...]	[...]	
Bilanzsumme	100	

Ab 2024

Passiva	Wert in €	%
[...]	[...]	
Allgemeine Rücklage	20	20%
Ausgleichsrücklage	3	15%*
[...]	[...]	
Bilanzsumme	100	

- von der Bilanzsumme
- von der Allgemeinen Rücklage

* Dieser Prozentsatz einmalig zur Einführung, danach freie Verteilung nach Beschluss der Gremien möglich (Verhältniswert Ausgleichsrücklage zu Allgemeiner Rücklage in Folgejahren unerheblich)

Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage

Planwerte:

- Gesamtbetrag der Erträge = 100
- **Gesamtbetrag der Aufwendungen = 103**

Bedingungen erfüllt?

- Allgemeine Rücklage mind. 20 % Bilanzsumme ✓
- Positiver Finanzmittelbestand geplant ✓
- Kein Kassenkredit ✓

<i>Bilanz</i>		
Passiva	Wert in €	%
Allgemeine Rücklage	20	20 %
Ausgleichsrücklage	3	
Bilanzsumme	100	

Fiktiver Haushaltsausgleich

Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage

Planwerte:

- Gesamtbetrag der Erträge = 100
- **Gesamtbetrag der Aufwendungen = 103**

Bedingungen erfüllt?

- Allgemeine Rücklage mind. 20 % Bilanzsumme ✘
- Positiver Finanzmittelbestand geplant ✓
- Kein Kassenkredit ✓

Bilanz		
Passiva	Wert in €	%
Allgemeine Rücklage	19	19 %
Ausgleichsrücklage	3	
Bilanzsumme	100	

Fiktiver Haushaltsausgleich

Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage

Planwerte:

- Gesamtbetrag der Erträge = 100
- **Gesamtbetrag der Aufwendungen = 103**

Bedingungen erfüllt?

- Allgemeine Rücklage mind. 20 % Bilanzsumme ✓
- Positiver Finanzmittelbestand geplant ✗
- Kein Kassenkredit ?

<i>Bilanz</i>		
Passiva	Wert in €	%
Allgemeine Rücklage	20	20 %
Ausgleichsrücklage	3	
Bilanzsumme	100	

	<i>Finanzplan</i>		
	Ansatz Vorjahr	Ansatz HH-Jahr	Ansatz 1. Folgejahr
Finanzmittelbestand	15	- 25	- 15

Fiktiver Haushaltsausgleich

Was gibt es weiterhin zu beachten?

- Eine generationengerechte und dauernde Leistungsfähigkeit ist über die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu erwirken. Die Ergebnisplanung sollte hierbei stets ausgeglichen sein. **Daher sollte auf den fiktiven Haushaltsausgleich möglichst verzichtet werden um einen realen Haushaltsausgleich mit Konsolidierungsmaßnahmen zu erwirken.**
- Die Ausgleichsrücklage dient nur zur **kurzzeitigen Überbrückung von Defiziten**, um eine Genehmigungsfreiheit für notwendige Investitionskredite zu erwirken.

Gemeinde Haseldorf

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0608/2023/HaD/BV

Fachbereich: Bauen und Liegenschaften	Datum: 15.11.2023
Bearbeiter: Feber	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 und die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Haselau; hier: Beteiligung der Nachbarkommunen

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gemeinden Haseldorf und Haselau sind durch einen gemeinsamen Flächennutzungsplan verbunden.

Im rechtsgültigen Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Haselau ist der Geltungsbereich der 10. Änderung als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Der Plangeltungsbereich befindet sich im südwestlichen Teil der Gemeinde Haselau. Westlich und südöstlich des Plangeltungsbereiches befindet sich Wohnbebauung in Form von Einfamilienhäusern an der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Mühlenwuth in der Gemeinde Haseldorf. Westlich der Hohenhorster Chaussee sind sowohl Wohngebäude als auch landwirtschaftliche Betriebe vorhanden. Nördlich bzw. östlich des Plangeltungsbereiches grenzen landwirtschaftliche genutzte Flächen an. Die nähere Umgebung ist geprägt durch eine Wohnnutzung und Landwirtschaft. Damit entspricht die geplante Nutzung weitgehend der vorhandenen städtebaulichen Situation in der Umgebung.

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 beabsichtigt die Gemeinde Haselau die Festsetzung allgemeiner Wohngebiete sowie eines Mischgebietes zu entwickeln und damit die Voraussetzungen zur Errichtung von Wohngebäuden bzw. nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe zu schaffen. Es ist daher beabsichtigt, die bisher größtenteils landwirtschaftlich genutzte Fläche als Wohnbauland bzw. als Mischgebiet zu entwickeln.

Die vorhandenen Grundstücke im südöstlichen Teil des Plangeltungsbereiches sollen im Sinne einer städtebaulichen Entwicklung und Ordnung in den Bebauungsplan Nr. 11 aufgenommen werden.

Vorgesehen ist die Ausweisung allgemeiner Wohngebiete für Einfamilien- bzw. Doppelhäuser sowie eines Mischgebietes für Wohnen und nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe.

Ziele der Planaufstellung sind:

- die Schaffung attraktiven, zusätzlichen Wohnraumes innerhalb des Siedlungszusammenhanges,
- die Schaffung von Mischgebietsflächen für nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe,
- Eingliederung der geplanten und bestehenden Gebäude hinsichtlich Art und Maß in die umgebende Bebauung,
- Schaffung eines landschaftsgerechten Ortsrandes.

Nach § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Im rechtsgültigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Haselau ist der Plangeltungsbereich größtenteils als Fläche für Landwirtschaft sowie in einem Teilbereich als Dorfgebiet dargestellt. Damit entspricht die geplante Nutzung nicht den Zielen des Flächennutzungsplanes.

Die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes dient der planungsrechtlichen Vorbereitung für den Bebauungsplan Nr. 11. Die 10. Änderung des F-Planes erfolgt parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes.

Die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes befindet sich im Verfahrensstand der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB. Danach sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, entsprechend § 3 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 1 zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 aufzufordern. Die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden sind aufeinander abzustimmen (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Sofern ihre Aufgaben durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 sowie der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes berührt werden wurden die Nachbargemeinden gebeten, spätestens bis zum 08.12.2023 eine schriftliche Stellungnahme abzugeben.

Finanzierung:

entfällt

Fördermittel durch Dritte:

entfällt

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, eine Stellungnahme dahingehend abzugeben, dass

keine Bedenken gegen den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 11 sowie der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet "entlang der Hohenhorster Chaussee, westlich der Straße Großer Landweg" der Gemeinde Haselau bestehen./

eine Stellungnahme folgenden Inhaltes abzugeben:

Kullig
Bürgermeister

Anlagen:

- B-Plan 11 Vorentwurf
- B-Plan 11 Überschrift und Legende
- B-Plan 11 Teil B Text
- B-Plan 11 Begründung
- 10. Änderung F-Plan Gegenüberstellung
- 10. Änderung F-Plan Begründung

Grundlage:
Auszug aus dem Liegenschaftskataster - erhalten von der Gemeinde Haselau
© GeoBasis-DE/LVermGeo SH (www.LVermGeoSH.schleswig-holstein.de)
Vermessung - Vermessungsbüro Felshart, Haderslebener Straße 14a, 25421 Pinneberg

Für die Gemeinde Haselau:
MÖLLER - PLAN
Schlödelsweg 111 * 22880 Wedel * Tel. 04103-919226 * Internet: www.moeller-plan.de
Datum 19.10.2023

SATZUNG DER GEMEINDE HASELAU ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 11

FÜR DAS GEBIET: "ENTLANG DER HOHENHORSTER CHAUSSEE, WESTLICH DER STRASSE GROSSER LANDWEG", BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG (TEIL A) UND DEN TEXTFESTSETZUNGEN (TEIL B), ERLASSEN:

Gemeinde: Haselau
 Gemarkung: Haselau
 Flur: 7
 Flurstücke: teilweise 42/1, 43, 502, 503, 506, 507
 vollständig 39, 42/2, 42/3, 42/4, 42/5

Maßstab: 1 : 1.000

TEIL A PLANZEICHNUNG M. 1 : 1000

RECHTSGRUNDLAGE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BauNVO)

siehe Blatt 2

ZEICHENERKLÄRUNG

PLAN- ZEICHEN ERLÄUTERUNGEN

I. FESTSETZUNGEN (ANORDNUNGEN NORMATIVEN INHALTS)

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES NR. 11 (§ 9 Abs. 7 BauGB)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

ALLGEMEINE WOHNGEBIETE (§ 4 BauNVO)

MISCHGEBIETE (§ 6 BauNVO)

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

GRZ 0,3 GRUNDFLÄCHENZAHL (§ 16 Abs. 2 BauNVO)

| ZAHL DER VOLLGESCHOSSE (§ 16 Abs. 2 BauNVO)

FH 10,50m FIRSHÖHE BAULICHER ANLAGEN ALS HÖCHSTGRENZE BEZUGSPUNKT SCHACHTDECKEL AN DER HOHENHORSTER CHAUSSEE - 1,05m (DHHN2016) (§ 16 Abs. 2 BauNVO)

3. BAUWEISE, DIE ÜBERBAUBAREN UND NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

OFFENE BAUWEISE, NUR EINZEL- UND DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG (§ 22 Abs. 2 BauNVO)

BAUGRENZEN (§ 23 Abs. 1 BauNVO)

6. VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

PRIVATE VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

ÖFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

9. GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

PRIVATE GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

10. WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSERABFLUSSES (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

WASSERFLÄCHEN / ENTWÄSSERUNGSGRABEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

13. PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)

UMGRENZUNG VON FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN GEMÄSS ARTENLISTE. (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

15. SONSTIGE PLANZEICHEN

VORHANDENE FLURSTÜCKSGRENZEN MIT GRENZSTEINEN

II. DARSTELLUNG OHNE NORMCHARAKTER

FLURSTÜCKSBEZEICHNUNGEN - FLURSTÜCKE TEILWEISE INNERHALB DES GELTUNGSBEREICHES

FLURSTÜCKSBEZEICHNUNGEN - FLURSTÜCKE VOLLSTÄNDIG INNERHALB DES GELTUNGSBEREICHES

VORHANDENE BAULICHE ANLAGEN MIT HAUSNUMMERN

MASSZAHLEN IN METER

LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET 04 - PINNEBERGER ELBMARSCHEN

BEZUGSPUNKT SCHACHTDECKEL HÖHE 1,05m DHHN (2016)

MÖGLICHE GRUNDSTÜCKSEINTEILUNG - BEISPIELHAFT

18 GRUNDSTÜCKSNUMMER

ART DER BAULICHEN NUTZUNG	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
BAUWEISE	GRUNDFLÄCHENZAHL
FIRSHÖHE IN METERN	

VORENTWURF

SATZUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 11

GEMEINDE HASELAU

Bearbeitet:

MÖLLER-PLAN

Blatt 1

Stadtplaner + Landschaftsarchitekten
 Schlödelsweg 111, 22880 Wedel
 Tel.: 04103-919226
 Internet: www.moeller-plan.de
 Email: info@moeller-plan.de

Verfahrensstand:
 Frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) und frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Teil B – Textliche Festsetzungen **VORENTWURF im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) und frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) – noch nicht abschließend -**

In Ergänzung der Planzeichnung (Planteil A) wird folgendes festgesetzt:

1. Festsetzungen gemäß BauGB

1.1 Grundstücksgröße innerhalb der Teilflächen WA1, WA2 und MI (§9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB) - Die Grundstücksgröße innerhalb der Teilflächen WA1 WA2 und MI beträgt bei Einzelhäusern mindestens 600 m², bei Einzelhäusern mit zwei senkrecht teilbaren Hälften mindestens 700 m² bzw. bei Realteilung pro Doppelhaushälfte mindestens 350 m². Diese Festsetzung gilt nicht für die Teilfläche WA3.

1.2 Wohneinheiten (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB) - Die Anzahl der Wohneinheiten wird innerhalb der allgemeinen Wohngebiete und des Mischgebietes je Gebäude auf maximal 2 beschränkt. Für Doppelhäuser wird die Zahl der Wohneinheiten auf eine pro Haushälfte beschränkt. Dies gilt auch bei Realteilung des Grundeigentums. Dies gilt nicht für Nachnutzungen landwirtschaftlicher Gebäude im Sinne des § 35 Abs. 4 Nr. 1 f BauGB.

2. Höhenanlage baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 3 BauGB)

2.1 Die Firsthöhe der zulässigen baulichen Anlagen bemisst sich nach den Festsetzungen im Planteil A. Als Bezugspunkt für die Bemessung der zulässigen Höhe baulicher Anlagen ist der im Bebauungsplan dargestellte Höhenbezugspunkt (Schachtdeckel an der Hohenhorster Chaussee 1,05 m DHHN) festgesetzt.

2.2 Die maximal zulässige Höhe der baulichen Anlagen wird bis zum höchsten Punkt der Dachhaut (First) gemessen. Wenn kein First vorhanden ist, ist der Schnittpunkt von Dachhaut und Oberkante der Wand oder der obere Abschluss der Außenwand maßgebend.

3. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

3.1 Ausschluss von Steingärten und Kunstrasen (§ 1a Abs 5 BauGB) - Flächenhafte Gartengestaltungen, Kunstrasen oder Schüttungen aus Steinen, Kies, Split, Schotter oder vergleichbarem, unbelebtem Material, mit oder ohne Unterlagerung durch Vlies oder Folie, sind unzulässig. Als flächenhaft gelten derartige Gestaltungselemente oder Nutzungen ab einer Flächengröße von insgesamt 2 m². Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind mit offenem oder bewachsenem Boden als Grünflächen anzulegen, also anzusäen oder zu bepflanzen, und zu unterhalten. Davon ausgenommen ist ein bis zu 60 cm breiter befestigter Streifen im Traufbereich der Gebäude (Traufkante / Spritzschutz). Zuwegungen, Garagen, Stellplatzflächen und Terrassen sind davon ausgenommen.

3.2 Die Fläche mit Bindungen für die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern sind mit heimischen bzw. dem Klimawandel angepassten Laubgehölzen anzupflanzen und bei Ersatz nachzupflanzen.

4. Festsetzungen gemäß BauNVO

4.1 Unzulässige Nutzungen im allgemeinen Wohngebiet - Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO sind folgende, in § 4 Abs. 2 BauNVO innerhalb der allgemeinen Wohngebiete als allgemein zulässig vorgesehene Nutzungen unzulässig:

Anlagen für kirchliche Einrichtungen,
Anlagen für kulturelle Einrichtungen

4.2 Unzulässige Nutzungen im allgemeinen Wohngebiet - Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO sind folgende, in § 4 Abs. 3 BauNVO innerhalb der allgemeinen Wohngebiete als ausnahmsweise zulässig vorgesehene Nutzungen unzulässig:

Gartenbaubetriebe, Tankstellen

4.3 Unzulässige Nutzungen im Mischgebiet - Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO sind folgende, in § 6 Abs. 2 BauNVO innerhalb des Mischgebietes als allgemein zulässig vorgesehene Nutzungen unzulässig:

Anlagen für kirchliche Einrichtungen,
Anlagen für kulturelle Einrichtungen,
Gartenbaubetriebe,
Tankstellen,
Vergnügungsstätten.

5. Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 86 LBO Schleswig-Holstein

5.1 Innerhalb der allgemeinen Wohngebiete und des Mischgebietes sind mindestens 2 PKW-Stellplätze je Wohneinheit herzustellen und dauerhaft zu erhalten.

5.2 Für die Bemessung der Abstandsflächen von Gebäuden ist § 6 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein anzuwenden.

5.3 Zulässig ist in den allgemeinen Wohngebieten und des Mischgebietes die Errichtung des Erdgeschoss-Fertigfußbodens mit einer Endhöhe von 1,00 m über dem Bezugspunkt (Bezugspunkt - siehe textliche Festsetzung 2.1). Eine vollständige Auffüllung des jeweiligen Baugrundstückes ist unzulässig.

5.4 Die Errichtung von Kellergeschossen ist unzulässig.

Hinweise

Artenschutz:

Brutvögel: Nach § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG ist die Rodung von Gehölzen (Bäumen und Sträuchern) nur in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 28./29. Februar des Folgejahres zulässig.

Fledermäuse: Für Gehölzrodungen außerhalb des Zeitraumes vom 1. Dezember bis zum 28./29. Februar des jeweiligen Folgejahres ist eine fachkundige Einschätzung zur Eignung der Gehölze als Tagesversteck für Fledermäuse einzuholen.

Archäologie: Die überplante Fläche befindet sich zum Teil in einem archäologischen Interessensgebiet. Für den Teilbereich der überplanten Fläche handelt es sich daher gem. § 12 (2) 6 DSchG um Stellen, von denen bekannt ist oder den Umständen nach zu vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden. Erdarbeiten in diesen Bereichen bedürfen demnach der Genehmigung des Archäologischen Landesamtes.

Denkmale sind gem. § 8 (1) DSchG unabhängig davon, ob sie in der Denkmalliste erfasst sind, gesetzlich geschützt. Der Verursacher des Eingriffs in ein Denkmal hat gem. § 14 DSchG die Kosten, die für die Untersuchung, Erhaltung und fachgerechte Instandsetzung, Bergung, Dokumentation des Denkmals sowie die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse anfallen, im Rahmen des Zumutbaren zu tragen.

Es ist dabei zu berücksichtigen, dass archäologische Untersuchungen zeitintensiv sein können und eine Genehmigung möglichst frühzeitig eingeholt werden sollte, damit keine Verzögerungen im sich daran anschließenden Planungs- oder Bauablauf entstehen.

Darüber wird auf § 15 DSchG verwiesen: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung. Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Immissionen aus der Landwirtschaft: Die als allgemeines Wohngebiet (WA) bzw. als Mischgebiet (MI) festgesetzten Bereiche grenzen unmittelbar an eine landwirtschaftlich genutzte Fläche an. Von dieser landwirtschaftlich genutzten Fläche können gegebenenfalls Immissionen wie Lärm, Staub und Gerüche zeitlich begrenzt auf das Plangebiet einwirken.

Definition Doppelhaus: Ein Doppelhaus i.S.d. § 22 Abs. 2 BauNVO ist ein Einzelhaus mit zwei senkrecht teilbaren Hälften. Die Definition des Doppelhauses entspricht dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 24.02.2000 (vergl. auch Fickert / Fieseler, Kommentar zur BauNVO, 13. Auflage, Rdnr. 6.33 zu § 22).

Hochwasserschutz:

Das Plangebiet befindet sich teilweise in einem Bereich mit geringer Überflutungswahrscheinlichkeit (zweihundertjähriges Überschwemmungsereignis – HW200 in einem Extremszenario in ausreichend geschützten Bereichen). Es wird daher auf das Wasserhaushaltsgesetz (Stand 31.07.2009, zuletzt geändert am 04.01.2023) hingewiesen. In Überschwemmungsgebieten sowie in weiteren
Stand: 19. Oktober 2023

Risikogebieten sind danach in Neubaugebieten Ölheizungen generell unzulässig, sofern andere weniger wassergefährdende Energieträger zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten zur Verfügung stehen oder die Anlage nicht hochwassersicher errichtet werden kann (§ 78c Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz).

Ortsgestaltungssatzung: Für das Gemeindegebiet der Gemeinde Haselau gilt die Ortsgestaltungssatzung vom 29.09.2010 sowie die 1. Änderung der Ortsgestaltungssatzung vom 21.05.2021.

GEMEINDE HASELAU

SATZUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 11

VORLÄUFIGE BEGRÜNDUNG MIT UMWELTBERICHT

- frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)
und frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) -

für das Gebiet: "entlang der Hohenhorster Chaussee, westlich der Straße
Großer Landweg"

Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Haselau mit Darstellung der 8. Änderung

Bearbeitung:

Möller-Plan

Stadtplaner + Landschaftsarchitekten

Schlödelsweg 111, 22880 Wedel

Postfach 1136, 22870 Wedel

Tel. 04103-919226

Fax 04103-919227

Internet www.moeller-plan.de

eMail info@moeller-plan.de

Bearbeitungsstand: 19. Oktober 2023

**Verfahrensstand: Frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1. BauGB) und
frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB)**

INHALTSVERZEICHNIS

Teil 1 - **Vorläufige** Begründung

1. Allgemeines	3
1.1 Rechtsgrundlagen	3
1.2 Verfahrensstand	4
1.3 Lage und Umfang des Plangebietes	5
2. Planungserfordernisse und Zielvorstellungen	5
3. Übergeordnete Planungen und Bindungen	7
4. Städtebauliche Maßnahmen	18
5. Art und Maß der baulichen Nutzung	18
5.1 Art der baulichen Nutzung	18
5.1.1 Allgemeines Wohngebiet	18
5.1.2 Mischgebiet	19
5.1.3 Grünflächen (öffentlich / privat)	19
5.1.4 Verkehrsflächen (öffentlich / privat)	20
5.1.5 Entwässerungsgraben / Niederschlagsentwässerung	21
5.2 Maß der baulichen Nutzung	21
5.2.1 Grundflächenzahl	21
5.2.2 Baugrenzen	22
5.2.3 Vollgeschosse	22
5.2.4 Höhe der baulichen Anlagen - Firsthöhe	22
5.2.5 Bauweise	23
5.2.6 Mindestgrundstücksgößen	23
5.2.7 Anzahl der Wohneinheiten pro Gebäude	23
5.2.8 Bindungen für die Anpflanzung und den Erhalt von Bäumen und Sträuchern	24
6. Gestalterische Festsetzungen	24
6.1 Einleitung	24
6.2 PKW-Stellplätze	24
6.3 Höhe der Erdgeschossfertigfußböden / Ausschluss von Kellergeschossen	25
7. Erschließungsmaßnahmen - Verkehr	25

8. Ver- und Entsorgungsmaßnahmen	26
9. Natur- und Artenschutz.....	27
10. Klimaschutz und Klimaanpassung.....	27
11. Kosten und Finanzierung.....	29
12. Flächenbilanzierung	29
13. Eigentumsverhältnisse	30

Teil 2 - Vorläufiger Umweltbericht

14. Einleitung.....	31
14.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bebauungsplanes Nr. 11	31
14.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung	32
14.3 Methodik der Umweltprüfung	33
15. Beschreibung der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes (Bestand und Bewertung - Basisszenario)	33
15.1 Schutzgut Fläche	33
15.2 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit	34
15.3 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	34
15.4 Schutzgut Boden.....	35
15.5 Schutzgut Wasser.....	36
15.6 Schutzgüter Luft und Klima.....	36
15.7 Schutzgut Landschaft	37
15.8 Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter.....	37
15.9 Wechselwirkungen (Wechselbeziehungen)	37
16. Gliederung Umweltbericht	38

**TEIL 1 –BEBAUUNGSPLAN NR. 11 DER
GEMEINDE HASELAU**

VORLÄUFIGE BEGRÜNDUNG

**- für die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und
frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange § 4 Abs. 1. BauGB-**

**für das Gebiet: „entlang der Hohenhorster Chaussee, westlich der Straße
Großer Landweg“**

**Planzeichnung (Teil A) und Text (Teil B) werden beim Abschluss des Bauleit-
verfahrens zur rechtsverbindlichen Fassung.**

**Die Begründung zum Bebauungsplan erläutert das Planungserfordernis und
die Planungsabsicht und trifft nach dem Satzungsbeschluss Aussagen über
das Planungsergebnis. Die Begründung spiegelt dadurch vor allem die von der
Gemeinde vorgenommene Abwägung wider.**

1. Allgemeines

1.1 Rechtsgrundlagen

Der Bebauungsplan Nr. 11 wird gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB), § 9 Abs. 4 BauGB, in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz vom 04.01.2023 (BGBl. I Nr. 6) in Verbindung mit § 86 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein, in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.12.2021 (GVObI. Schl.-H. S. 1422) aufgestellt.

Die Art und das Maß der baulichen Nutzung der Grundstücke wird entsprechend den Bestimmungen der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04.01.2023 (BGBl. I Nr. 6) festgesetzt.

Als Plangrundlage dient eine Vermessung durch das Vermessungsbüro Felshart im Maßstab 1:1.000. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11 umfasst jeweils teilweise die Flurstücke 42/1, 43, 502, 503, 506 und 507 sowie jeweils vollständig die Flurstücke 39, 42/2, 42/3, 42/4 und 42/5 der Flur 7 der Gemarkung Haselau.

Nach § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Im rechtsgültigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Haselau ist der Plangeltungsbereich größtenteils als Fläche für Landwirtschaft sowie in einem Teilbereich als Dorfgebiet dargestellt.

Damit entspricht die geplante Nutzung nicht den Zielen des Flächennutzungsplanes. Parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 erfolgt die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Die Gemeindevertretung beschloss am 28.09.2021 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 nach § 2 Abs. 1 BauGB (Aufstellungsbeschluss).

1.2 Verfahrensstand

Der Bebauungsplan Nr. 11 befindet sich im **Verfahrensstand der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB**: "Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind entsprechend § 3 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 1 zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 aufzufordern."

Dieser Verfahrensschritt dient der Einholung von Informationen über das Plangebiet, die bei den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorliegen, sowie der Abfrage von möglicherweise zu dem Gebiet vorliegenden Unterlagen. Das gilt sowohl im Hinblick auf den Umweltbericht als auch auf die Planung insgesamt. Der vorliegende Vorentwurf der Begründung und des Umweltberichtes zum Bebauungsplanes Nr. 11 soll den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange die Informationen geben, die benötigt werden für die Feststellung, ob deren Belange berührt sind. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind dann aufgefordert, mitzuteilen ob und in welcher Weise ihre Belange berührt sind und die Informationen zu geben, die zu dieser Einschätzung führen. Wenn ihnen Unterlagen über das Plangebiet und/oder dessen Umgebung vorliegen, die für die Planung relevant sein können, sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aufgefordert, der Gemeinde Haselau diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

1.3 Lage und Umfang des Plangebietes

Der Plangeltungsbereich befindet sich im südwestlichen Teil der Gemeinde Haselau, entlang der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg.

Nordwestlich und westlich des Plangeltungsbereiches befindet sich Wohnbebauung in Form von Einfamilienhäusern an der Hohenhorster Chaussee sowie landwirtschaftliche Betriebe. Nördlich bzw. östlich des Plangeltungsbereiches grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen an. Im südöstlichen Teil des Plangeltungsbereiches sind bereits Wohngrundstücke vorhanden, die mit Einfamilienhäusern bebaut sind.

Die nähere Umgebung ist geprägt durch eine Wohnnutzung und Landwirtschaft. Damit entspricht die geplante Nutzung weitgehend der vorhandenen städtebaulichen Situation in der Umgebung.

Die Gesamtfläche des Plangeltungsbereiches umfasst ca. 24.541 m².

2. Planungserfordernisse und Zielvorstellungen

Die Gemeinde Haselau beabsichtigt, den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11 durch die Festsetzung allgemeiner Wohngebiete sowie eines Mischgebietes zu entwickeln und damit die Voraussetzungen zur Errichtung von Wohngebäuden bzw. nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe zu schaffen. Die Gemeinde beabsichtigt daher, die bisher größtenteils landwirtschaftlich genutzte Fläche als Wohnbauland bzw. als Mischgebiet zu entwickeln. Die vorhandenen Grundstücke im südöstlichen Teil des Plangeltungsbereiches sollen im Sinne einer städtebaulichen Entwicklung und Ordnung in den Bebauungsplan Nr. 11 aufgenommen werden.

Ziele der Planaufstellung sind:

- die Schaffung attraktiven, zusätzlichen Wohnraumes innerhalb des Siedlungszusammenhanges,
- die Schaffung von Mischgebietsflächen für nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe,
- Eingliederung der geplanten und bestehenden Gebäude hinsichtlich Art und Maß in die umgebende Bebauung,
- Schaffung eines landschaftsgerechten Ortsrandes.

Der überwiegende Teil des Plangeltungsbereiches (landwirtschaftliche Flächen sowie bestehende Wohngrundstücke) befindet sich in Privateigentum. Die Entwässerungsgräben entlang der Hohenhorster Chaussee sowie die Straße "Großer Landweg" befinden sich im Eigentum der Gemeinde Haselau.

3. Übergeordnete Planungen und Bindungen

Im **Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2021** befindet sich der Plangeltungsbereich im Ordnungsraum Hamburg. Aufgrund der bereits vorherrschenden hohen Verdichtung und der dynamischen Entwicklung in diesem Ordnungsraum besteht ein erheblicher Siedlungsdruck. Daher sollen unterschiedliche Flächennutzungsansprüche besonders sorgfältig aufeinander abgestimmt werden. Es ist daher darauf zu achten, dass landschaftliche Freiräume sowie attraktive und gesunde Lebensbedingungen erhalten bleiben. Darüber hinaus befindet sich der Plangeltungsbereich im Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung und grenzt an einem Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft an.

Das von der Gemeinde Haselau verfolgte Ziele ist:

- die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum innerhalb des Siedlungsbereiches,
- die Schaffung von Mischgebietsflächen für nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe,
- Schaffung eines landschaftsgerechten Ortsrandes.

Diese Ziele stehen den Darstellungen des Landesentwicklungsplanes nicht entgegen.

Abbildung 1 - Ausschnitt aus dem Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein

Nach dem **Regionalplan für den Planungsraum I – Schleswig-Holstein Süd (1998)** liegt das Plangebiet angrenzend an einem regionalen Grünzug. Westlich befindet sich ein Vorranggebiet für den Naturschutz sowie das FFH-Gebiet "Schleswig-Holsteinisches Elbästuar und angrenzende Flächen". Der Abstand zum Plangeltungsbereich beträgt etwa 600 m in Richtung Westen.

Die Planungsziele der Gemeinde Haselau stehen den Darstellungen des Regionalplanes nicht entgegen.

Abbildung 2 - Ausschnitt aus dem Regionalplan für den Planungsraum I

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 1 sieht keine Darstellungen für den Plangeltungsbereich vor.

Abbildung 3 - Ausschnitt aus dem Landschaftsrahmenplan - Planungsraum III – Karte 1

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 2 sieht für den Plangeltungsbereich die Darstellung eines Gebietes mit besonderer Erholungseignung vor. Darüber hinaus ist ein Landschaftsschutzgebiet dargestellt.

Dabei handelt es sich teilweise um die Darstellung des Landschaftsschutzgebietes aufgrund der 7. Änderungsverordnung, die sich in Teilbereichen mit dem Landschaftsschutzgebiet 04 – Pinneberger Elbmarschen (LSG) überlagert. Die Bereiche der Ortslagen sind vom LSG 04 ausgenommen.

Abbildung 4 - Ausschnitt aus dem Landschaftsrahmenplan - Planungsraum III – Karte 2

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11 wurde so gefasst, dass sich ein 6m breiter Streifen innerhalb des LSG 04 befindet. Im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 11 wird die geplante Wohnbebauung bzw. gemischte Bebauung außerhalb des LSG 04 festgesetzt. Der etwa 6m breiten Streifen innerhalb des LSG 04 wird als private Grünfläche festgesetzt und darf nicht bebaut werden. Er ist für die Ortsrandgestaltung vorgesehen.

Abbildung 5 - Ausschnitt aus der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet
"Pinneberger Elbmarschen (LSG 04)"

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 3 sieht für den Plangeltungsbereich die Darstellung eines Hochwasserrisikogebietes vor.

Abbildung 6 - Ausschnitt aus dem Landschaftsrahmenplan - Planungsraum III – Karte 3

Das Plangebiet befindet sich in einem Bereich mit **geringer Überflutungswahrscheinlichkeit** (zweihundertjähriges Überschwemmungsereignis – HW200 in einem Extremszenario in ausreichend geschützten Bereichen). Demnach sind Wassertiefen von 1 m bis 2 m, stellenweise von 2 m bis zu 4 m möglich. Es wird daher auf das Wasserhaushaltsgesetz (Stand 31.07.2009, zuletzt geändert am 04.01.2023) hingewiesen. In Überschwemmungsgebieten sowie in weiteren Risikogebieten sind danach in Neubaugebieten Ölheizungen generell unzulässig, sofern andere weniger wassergefährdende Energieträger zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten zur Verfügung stehen oder die Anlage nicht hochwassersicher errichtet werden kann (§ 78c Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz).

Abbildung 7 - Ausschnitt aus Umweltatlas Schleswig-Holstein – Darstellung HW200 in einem Extremszenario in ausreichend geschützten Bereichen

Der **Flächennutzungsplan** der Gemeinde Haselau stellt den Plangeltungsbereich als Fläche für Landwirtschaft bzw. in einem kleinen Teilbereich als Dorfgebiet dar. Darüber hinaus ist eine Elektrizitätsleitung dargestellt, die aber nicht mehr existiert.

Damit entspricht die geplante Nutzung nicht den Zielen des Flächennutzungsplanes. Parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 erfolgt die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Abbildung 8 - Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Haselau

Im Rahmen der **10. Änderung** wird der **Flächennutzungsplan** den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11 nach abschließendem Beschluss als Allgemeines Wohngebiet bzw. als Mischgebiet darstellen.

Abbildung 9 - Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Haselau mit Darstellung der 10. Änderung

Für das Gemeindegebiet der Gemeinde Haselau gilt die **Ortsgestaltungssatzung** vom 29.09.2010 sowie die 1. Änderung der Ortsgestaltungssatzung vom 21.05.2021. Demnach sind sowohl innerhalb des Plangeltungsbereiches als auch in der näheren Umgebung ortsbildprägende Gebäude landwirtschaftlichen Ursprungs vorhanden.

Für Neubauten, ausgenommen landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebsgebäude gilt Abschnitt II der Satzung. Für die Gestaltung ortsbildprägender Gebäude landwirtschaftlichen Ursprungs gilt Abschnitt IV.

Abbildung 11 – Ausschnitt aus der Anlage zur Ortsgestaltungssatzung vom 29.09.2010 (Ortsteil Hohenhorst)

4. Städtebauliche Maßnahmen

Es sind allgemeine Wohngebiete überwiegend für den Bau von Einfamilien- und Doppelhäusern im nordwestlichen Teil vorgesehen. Darüber hinaus ist im zentralen Bereich ein Mischgebiet für Wohngebäude bzw. nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe vorgesehen.

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Anbindung durch private Stichstraßen an die Hohenhorster Chaussee bzw. die Straße Großer Landweg. Die Lage der Stichstraßen wurde so gewählt, dass die Anzahl der Stichstraßen möglichst gering gehalten werden kann und gleichzeitig alle Grundstücke erschlossen werden können. Die vorhandenen Zuwegungen zur Hohenhorster Chaussee zu den Grundstücken der Hausnummern 51 bis 55a (südöstlicher, teilweise bebauter Teil des Plangeltungsbereiches) wurden nachrichtlich dargestellt.

5. Art und Maß der baulichen Nutzung

Der Bebauungsplan setzt die baulichen und sonstigen Nutzungen der Grundstücke nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) und der Baunutzungsverordnung (BauNVO) fest.

5.1 Art der baulichen Nutzung

5.1.1 Allgemeines Wohngebiet

Der nordwestliche und südöstliche Teil des Plangeltungsbereiches (Teilflächen WA1, WA2 und WA3) wird als allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Zulässig sind darin Wohngebäude (§ 4 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO), die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften, nicht störende Handwerksbetriebe (§ 4 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO) sowie Anlagen für soziale und sportliche Zwecke (§ 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO).

Die Gemeinde Haselau beabsichtigt eine gezielte Planung und Steuerung der Ansiedlung von kulturellen und kirchlichen Einrichtungen, insbesondere von Schulen zur Konzentration im Ortszentrum. Grund ist die verkehrliche Situation vor Schulen bzw. kirchlichen Einrichtungen und die Lage innerhalb der Gemeinde (Einzugsgebiete). Daher sind Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke zur Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklungen im Plangeltungsbereich ebenfalls unzulässig.

Die in § 4 Abs. 3 Nr. 4 und 5 BauNVO als ausnahmsweise zulässig aufgeführten Gartenbaubetriebe und Tankstellen werden aufgrund der verkehrlichen Anbindung sowie des zu erwartenden Verkehrsaufkommens ausgeschlossen.

Die Festsetzung als allgemeine Wohngebiete entspricht der umliegenden und der geplanten Nutzung. Der Plangeltungsbereich ist im westlichen Teil umgeben von Einfamilien- und bzw. Doppelhäusern.

Nördlich des Plangeltungsbereiches befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Von diesen landwirtschaftlich genutzten Flächen können gegebenenfalls Immissionen wie Lärm, Staub und Gerüche zeitlich begrenzt auf das Plangebiet einwirken.

5.1.2 Mischgebiet

Der zentrale Bereich wird als Mischgebiet nach § 6 BauNVO festgesetzt. Zulässig sind darin Wohngebäude (§ 6 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO), Geschäfts- und Bürogebäude (§ 6 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO), Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes (§ 6 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO), sonstige Gewerbebetriebe (§ 6 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) sowie Anlage für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 6 Abs. 2 Nr. 5 BauNVO).

Die Gemeinde Haselau beabsichtigt eine gezielte Planung und Steuerung der Ansiedlung von kulturellen und kirchlichen Einrichtungen, insbesondere von Schulen zur Konzentration im Ortszentrum. Grund ist die verkehrliche Situation vor Schulen bzw. kirchlichen Einrichtungen und die Lage innerhalb der Gemeinde (Einzugsgebiete). Daher sind Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke zur Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklungen im Mischgebiet ebenfalls unzulässig.

Die in § 6 Abs. 2 Nr. 6, 7 und 8 BauNVO aufgeführten Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten werden aufgrund der verkehrlichen Anbindung sowie des zu erwartenden Verkehrsaufkommens ausgeschlossen.

5.1.3 Grünflächen (öffentlich / privat)

An der nördlichen bzw. nordöstlichen Grenze des Plangeltungsbereiches wird ein ca. 6 m breiter Streifen als private Grünflächen festgesetzt. Dieser Streifen befindet sich innerhalb des LSG 04. Die Ausweisung als private Grünflächen dient sowohl der Abgrenzung gegenüber der freien Landschaft als auch als Fläche, die für Entwässerungsanlagen vorgehalten werden soll. Nähere Detailplanungen zu

möglichen Entwässerungseinrichtungen innerhalb dieser privaten Grünflächen erfolgen nach Ausarbeitung eines wasserwirtschaftlichen Konzeptes im Anschluss an die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange. Darüber hinaus ist innerhalb dieses Streifens die Festsetzung einer Fläche mit Bindungen zur Anpflanzung und zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern vorgesehen. Sie dient der Abgrenzung gegenüber der freien Landschaft und der Ortsrandgestaltung.

Im zentralen Teil des Plangeltungsbereiches wurde an dem vorhandenen Entwässerungsgraben eine öffentliche Grünfläche festgesetzt. Die Breite dieses öffentlichen Grünstreifens beträgt ca. 3,50 m. Die Fläche dient der Bewirtschaftung des Entwässerungsgrabens und soll nicht bebaut werden können.

5.1.4 Verkehrsflächen (öffentlich / privat)

Die Erschließung und Anbindung der allgemeinen Wohngebiete bzw. des Mischgebietes erfolgt überwiegend durch private Stichwege an die Hohenhorster Chaussee bzw. an die Straße Großer Landweg. Die Breite der geplanten Stichwege beträgt ca. 4,50 m. Darüber hinaus wurden die bestehenden Zuwegungen der vorhandenen Wohngrundstücke im südöstlichen Bereich ebenfalls als private Stichwege vorgesehen. Die Festsetzung erfolgt als private Verkehrsflächen.

Die Lage der Stichwege wurde so gewählt, dass die Anzahl der Zuwegungen auf die Hohenhorster Chaussee minimiert wurde. Gleichzeitig können alle Grundstücke verkehrlich erschlossen werden. Zusätzliche Ein- bzw. Ausfahrten auf die Hohenhorster Chaussee sollen verhindert werden.

An der südlichen Grenze des Plangeltungsbereiches verläuft die Straße "Großer Landweg" in Richtung Nordosten. Es handelt sich bei der Straße um die Grenze zwischen den Gemeinden Haselau und Haseldorf. Die Festsetzung der Straße Großer Landweg erfolgt als öffentliche Verkehrsflächen.

Des Weiteren befindet sich im zentralen Teil des Plangeltungsbereiches die Bushaltestelle an der Hohenhorster Chaussee. Die Fläche wird im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 11 als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt.

5.1.5 Entwässerungsgraben / Niederschlagsentwässerung

Im zentralen Teil des Bebauungsplanes sowie entlang der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg ist ein Entwässerungsgraben vorhanden, der Niederschlagswasser in Richtung Osten in die Grotwetter ableitet. Im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 11 erfolgt die Festsetzung als Wasserfläche, die der Regelung des Wasserabflusses dient.

Im Rahmen der Entwurfsausarbeitung wird durch das Ingenieurbüro Lenk + Rauchfuß GmbH ein siedlungswasserwirtschaftliches Konzept erarbeitet. Im Ergebnis werden anhand der Vorplanungen die Lage der Entwässerungsgräben und Entwässerungsflächen bestimmt sowie wassertechnische Berechnungen durchgeführt.

Ziel des siedlungswasserwirtschaftlichen Konzeptes ist der Nachweis, dass eine Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers im Plangeltungsbereich möglich ist, ohne dass das bestehende Entwässerungssystem beeinträchtigt wird.

Die vorgesehenen Entwässerungsgräben werden im Entwurf des Bebauungsplanes dargestellt. Detaillierte Angaben zur Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers werden im Entwurf des Bebauungsplanes berücksichtigt.

5.2 Maß der baulichen Nutzung

5.2.1 Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl (GRZ) innerhalb der allgemeinen Wohngebiete beträgt 0,3. Das entspricht der Ausnutzung der Grundstücke in der näheren Umgebung. Die Gemeinde Haselau will dadurch einen hohen Grünanteil und den ländlichen Charakter bewahren.

Die Grundflächenzahl (GRZ) innerhalb des Mischgebietes beträgt 0,4. Das entspricht der geplanten Ausnutzung der Grundstücke für eine gemischte Nutzung. Die Gemeinde Haselau will dadurch sowohl Wohnnutzung als auch gewerbliche Nutzung ermöglichen.

Die GRZ wird nach § 19 Abs. 1 BauNVO festgesetzt. Nach § 19 Abs. 4 BauNVO ist für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen eine Überschreitung der GRZ um bis zu 50 % zulässig. Dadurch können die benötigten Stellplätze und Zuwegungen auf den Grundstücken untergebracht werden.

5.2.2 Baugrenzen

Die Baugrenzen orientieren sich innerhalb der allgemeinen Wohngebiete bzw. des Mischgebietes überwiegend an einem Abstand von 3 m entlang der Grenze des Plangeltungs-bereiches, der privaten Verkehrsflächen bzw. der Entwässerungsgräben. Im nördlichen Bereich orientieren sich die Baugrenzen an der Grenze des Landschaftsschutzgebietes.

Innerhalb der Teilfläche WA3 wurde die Baugrenze aufgrund der örtlichen Lage in einem Abstand von 2 m zu den Flurstücksgrenzen festgesetzt. Darüber hinaus orientiert sich die Baugrenze an einem bestehenden Gebäudeteil sowie am Flurstück des Entwässerungsgrabens (Flurstück 502).

Bei dem Abstand von 3,00 m handelt es sich gemäß Landesbauordnung des Landes Schleswig-Holstein (LBO-SH) um einen Regelabstand von Gebäuden. Nach § 6 Abs. 5 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO-SH) können je nach Gebäudetyp und –höhe größere Abstandsflächen erforderlich sein.

5.2.3 Vollgeschosse

Innerhalb der allgemeinen Wohngebiete bzw. des Mischgebietes ist eine eingeschossige Bauweise festgesetzt. Dies entspricht der vorhandenen Bebauung in der näheren Umgebung. Die Zahl der Vollgeschosse wird dementsprechend auf 1 Vollgeschoss festgesetzt.

5.2.4 Höhe der baulichen Anlagen - Firsthöhe

Die zulässige Höhe der baulichen Anlagen ist im Planteil A festgesetzt.

Die Firsthöhe wird in den allgemeinen Wohngebieten bzw. im Mischgebiet auf 10,50 m beschränkt. In Anbindung an die vorhandene Bebauung in der näheren Umgebung des Plangeltungsbereiches entspricht das im Wesentlichen den dort vorhandenen Gebäudehöhen. Durch die Festsetzung von maximal 10,50 m bleibt der städtebauliche Charakter erhalten. Gleichzeitig können die Grundstücke gut ausgenutzt und bebaut werden.

Der Bezugspunkt für die Bemessung der zulässigen Höhe baulicher Anlagen ist ein Schachtdeckel am südlichen Rand des Plangeltungsbereiches (siehe Planteil A). Die Höhe des Bezugspunktes beträgt 1,05 m DHHN2016¹.

¹ Deutsches Haupthöhennetz 2016 – einheitliches Höhenbezugssystem in Deutschland

Die maximal zulässige Höhe der baulichen Anlagen wird bis zum höchsten Punkt der Dachhaut (First) gemessen. Wenn kein First vorhanden ist, ist der Schnittpunkt von Dachhaut und Oberkante der Wand oder der obere Abschluss der Außenwand maßgebend.

5.2.5 Bauweise

Die Bauweise wird entsprechend der umliegenden Bebauung innerhalb der allgemeinen Wohngebiete bzw. des Mischgebietes als offene Bauweise - nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig (§ 22 Abs. 2 BauNVO) - festgesetzt.

5.2.6 Mindestgrundstücksgrößen

Innerhalb der allgemeinen Wohngebiete WA1 und WA2 bzw. des Mischgebietes MI beträgt die Mindestgrundstücksgröße für Einzelhäuser 600 m² und für Doppelhäuser mit zwei senkrecht teilbaren Hälften mindestens 700 m². Bei Realteilung der Grundstücke mit Doppelhäusern beträgt die Mindestgrundstücksgröße 350 m² pro Haushälfte.

Durch diese Festsetzung wird gesichert, dass trotz des Gebots, sparsam mit dem Grund und Boden umzugehen keine der örtlichen Situation unangemessene bauliche Dichte entsteht.

Für die Teilfläche WA3 erfolgt keine Festsetzung der Mindestgrundstücksgröße, da es sich um ein bestehendes Wohngrundstück mit ca. 487 m² handelt.

5.2.7 Anzahl der Wohneinheiten pro Gebäude

Die Anzahl der Wohneinheiten wird innerhalb der allgemeinen Wohngebiete bzw. des Mischgebietes auf 2 pro Gebäude beschränkt. Dies ist dem Erscheinungsbild der umgebenden Bebauung geschuldet, das nicht gravierend verändert werden soll.

Für Doppelhäuser wird die Zahl der Wohneinheiten auf eine pro Haushälfte beschränkt. Dies gilt auch bei Realteilung des Grundeigentums. Damit soll verhindert werden, dass in einem zusammenhängenden Haus mehr als 2 Wohneinheiten entstehen.

Zur Definition des Doppelhauses siehe vor, Kap. 5.2.6.

Innerhalb der Teilfläche WA2 befinden sich ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude, die im Rahmen der Nachnutzung zu Wohnzwecken umgebaut werden sollen. Die Gemeinde will das im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 nicht unterbinden. Für Nachnutzungen im Sinne des § 35 Abs. 4 Nr. 1 f BauGB gilt daher die Beschränkung auf 2 Wohneinheiten je Gebäude nicht.

5.2.8 Bindungen für die Anpflanzung und den Erhalt von Bäumen und Sträuchern

Nördlich angrenzend befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen, die dem Außenbereich zuzuordnen sind. Als optische Abgrenzung der geplanten Bebauung gegenüber der freien Landschaft wird die Herstellung einer Fläche mit Bindungen für die Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen und Sträuchern vorgesehen.

Die Fläche mit Bindungen für die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern sind mit heimischen bzw. dem Klimawandel angepassten Laubgehölzen anzupflanzen und bei Ersatz nachzupflanzen:

6. Gestalterische Festsetzungen

6.1 Einleitung

Für das Gemeindegebiet der Gemeinde Haselau gilt die Ortsgestaltungssatzung vom 29.09.2010 sowie die 1. Änderung der Ortsgestaltungssatzung vom 21.05.2021. Für gestalterische Vorgaben wird daher auf die Ortsgestaltungssatzung verwiesen.

Im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 11 soll lediglich die verbindliche Herstellung von PKW-Stellplätzen geregelt werden. Darüber hinaus werden Festsetzungen zur Höhe der Erdgeschossfußböden getroffen.

6.2 PKW-Stellplätze

Die Zufahrten innerhalb der allgemeinen Wohngebiete bzw. des Mischgebietes sind als private Verkehrsflächen konzipiert. Das Ortsbild und die Verkehrssicherheit soll nicht durch eine große Anzahl ungeordnet am Straßenrand der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg parkender Fahrzeuge beeinträchtigt werden.

Aus dem Grund wird festgesetzt, dass innerhalb der allgemeinen Wohngebiete und des Mischgebietes mindestens 2 PKW-Stellplätze je Wohneinheit auf den privaten Grundstücken herzustellen und dauerhaft zu erhalten sind.

6.3 Höhe der Erdgeschossfußböden / Ausschluss von Kellergeschossen

Seit einigen Jahren sind immer häufiger Wetterextreme zu beobachten. Dazu gehören Starkregenereignisse, bei denen die Wassermengen nicht schnell genug versickern oder von der Kanalisation aufgenommen werden. Darüber hinaus befindet sich der Plangeltungsbereich in einem Bereich mit geringer Überflutungswahrscheinlichkeit (zweihundertjähriges Überschwemmungsereignis – HW200 in einem Extremszenario in ausreichend geschützten Bereichen). Gemäß Hochwassergefahrenkarte sind Überflutungen mit Wassertiefen von 1 m bis 2 m, stellenweise von 2 m bis zu 4 m möglich.

Um die geplanten Gebäude vor dem Wassereintritt von außen weitgehend zu schützen, ist der Erdgeschossfußboden in den allgemeinen Wohngebieten bzw. des Mischgebietes 1,00 m über dem jeweiligen Bezugspunkt der einzelnen Grundstücke zu errichten. Die Festsetzung bezieht sich nur auf den konkreten Standort des Hauses. Eine vollständige Auffüllung des jeweiligen Baugrundstückes soll nicht erfolgen.

Darüber hinaus wird aufgrund der anstehenden Boden- und Grundwasserhältnisse die Errichtung von Kellergeschossen ausgeschlossen.

7. Erschließungsmaßnahmen - Verkehr

Die allgemeinen Wohngebiete bzw. das Mischgebiet werden durch private Verkehrsflächen in Anbindung an die Hohenhorster Chaussee erschlossen.

In fußläufiger Entfernung befindet sich eine Bushaltestelle. Dort verkehren die Buslinien 589 und 6675 in Richtung Uetersen und Wedel. Die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr ist damit gegeben.

8. Ver- und Entsorgungsmaßnahmen

Die **Ver- und Entsorgung** erfolgt über das kommunale Leitungssystem.

Die **Strom-, Wasser- und Gasversorgung** erfolgt durch Nutzung und ggf. Erweiterung der vorhandenen Zuleitungen innerhalb der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg. Die Versorgung mit **Strom und Gas** unterliegt dem freien Markt. Ein konkreter Versorger kann deshalb nicht benannt werden. Die Nutzung erneuerbarer Energien wird nicht verbindlich vorgeschrieben. Die Festsetzungen in diesem Bebauungsplan engen die Möglichkeit dieser Nutzung auch nicht ein. **Gasleitungen** sind vorhanden, so dass bei Bedarf daran angeschlossen werden kann. Hinweis: Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) befindet sich derzeit im parlamentarischen Änderungsverfahren. Der vom Bundestag verabschiedete Entwurf sieht vor, dass ab 01.01.2024 jede neu eingebaute Heizung zu mindestens 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden muss.

Trinkwasser wird durch den Wasserbeschaffungsverband Haseldorfer Marsch geliefert. Es liegen bereits Leitungen in der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg, an die angeschlossen werden kann. Das gleiche gilt für das **Telekommunikationsnetz**, hier Deutsche Telekom AG.

Die **Abfallentsorgung** erfolgt entsprechend der Satzung des Kreises Pinneberg über die Abfallbeseitigung. Standorte für die Müllbehälter sind an geeigneter Stelle auf dem Baugrundstück vorzusehen. Die Müllbehälter sind zur Abholung an der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg zu platzieren.

Die **Schmutzwasserentsorgung** erfolgt über Anbindung an das vorhandene Leitungsnetz innerhalb der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg.

Im Rahmen der Entwurfsausarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 11 wird durch das Ingenieurbüro Lenk + Rauchfuß GmbH ein siedlungswasserwirtschaftliches Konzept erstellt. Im Rahmen dieses Konzeptes wird die Ableitung des anfallenden **Oberflächenwassers** festgelegt. Im Ergebnis werden anhand der Vorplanungen die Lage der Entwässerungsgräben bestimmt sowie wassertechnische Berechnungen durchgeführt. Ziel des siedlungswasserwirtschaftlichen Konzeptes ist der Nachweis, dass eine Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers im Plangeltungsbereich möglich ist, ohne dass das bestehende Entwässerungssystem beeinträchtigt wird. Die Ausarbeitung erfolgt im Rahmen der Entwurfsbearbeitung des Bebauungsplanes. Detaillierte Angaben zur Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers werden im Entwurf des Bebauungsplanes berücksichtigt.

Die **Löschwasserversorgung** erfolgt durch vorhandene Löschwasserhydranten in der Hohenhorster Chaussee. Gemäß DVGW Arbeitsblatt W405 wird für ein durch Wohnnutzung geprägtes Gebiet mit 1-geschossiger Bebauung eine Löschwassermenge von 48 m³/h über einen Zeitraum von 2 Stunden benötigt. Im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aufgefordert, Angaben zur Löschwasserversorgung bereitzustellen.

9. Natur- und Artenschutz

Im Rahmen der Entwurfsausarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 11 wird eine faunistische Artenschutzprüfung auf der Basis einer Potenzialanalyse und eine Biotoptypenkartierung erstellt. In dieser wird untersucht, ob gefährdete Arten oder besonders bzw. streng geschützte Arten im Untersuchungsbereich vorkommen. Berücksichtigt werden dabei besonders oder streng geschützte Arten, wie Vögel und Fledermäuse sowie weitere Arten des Anhangs IV der Flora-Fauna-Habitatrichtlinie.

Darüber hinaus wird anhand einer Biotoptypenkartierung die Ausstattung und Struktur des Lebensraums für Tierarten festgestellt. Die Darstellung erfolgt kartografisch gemäß dem aktuellen Biotoptypenschlüssel für das Land Schleswig-Holstein.

Die Ergebnisse der Artenschutzprüfung und der Biotoptypenkartierung werden in den Entwurf des Bebauungsplanes eingearbeitet.

10. Klimaschutz und Klimaanpassung

Die Bauleitpläne sollen nach § 1 Abs. 5 BauGB u.a. den Klimaschutz und die Klimaanpassung fördern, insbesondere in der Gemeindeentwicklung. Die Erfordernisse des Klimaschutzes sollen durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, und durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, berücksichtigt werden (§ 1a Abs. 5 BauGB). Dem wird der Bebauungsplan Nr. 11 im Bereich der allgemeinen Wohngebiete bzw. des Mischgebietes in nachfolgend dargestellter Weise gerecht:

- Art und Maß der baulichen Nutzung sind der örtlichen Lage angepasst und lassen Raum für unbebaute Flächen, die gärtnerisch angelegt und genutzt werden können.
- Es gibt keine Gestaltungsvorgaben, die umweltfreundliche Bauweisen und innovative Techniken der Energiegewinnung und –nutzung einschränken könnten. Damit ist eine unter Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten optimale Gestaltung der Gebäude möglich.
- Die Ausrichtung der Gebäude kann in Richtung Süden bzw. Südwesten erfolgen und ist damit aus energetischer Sicht besonders vorteilhaft.

Gartengestaltungen mit Kunstrasen, Stein- oder Schotterschüttungen, aus natürlichen oder nicht natürlichen Materialien, sind in den vergangenen Jahren immer häufiger entstanden. Diese Art der Gartengestaltung birgt den entscheidenden Nachteil, dass sie wildlebenden Tieren keinen Lebensraum und keine Futtergrundlage bietet und zum Teil die Versickerung von Niederschlagswasser behindert. Ferner erwärmen sich derart gestaltete Flächen schneller und intensiver als bewachsene Flächen. Die Erwärmung der Luft über versiegelten Flächen ist ohnehin ein klimatisch wirksames Phänomen in besiedelten Bereichen. § 1 Abs. 5 BauGB verpflichtet die Kommunen, zu einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung beizutragen, in dem unter anderem die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt werden.

Flächenhafte Gartengestaltungen, Kunstrasen oder Schüttungen aus Steinen, Kies, Split, Schotter oder vergleichbarem, unbelebtem Material, mit oder ohne Unterlagerung durch Vlies oder Folie, sind unzulässig. Als flächenhaft gelten derartige Gestaltungselemente oder Nutzungen ab einer Flächengröße von insgesamt 2 m². Davon ausgenommen ist ein bis zu 60 cm breiter befestigter Streifen im Traufbereich der Gebäude (Traufkante / Spritzschutz). Zuwegungen, Garagen, Stellplatzflächen und Terrassen fallen nicht unter dieses Verbot, da es sich dabei um Nebenanlagen handelt, für die die Überschreitungsmöglichkeit der GRZ nach § 19 Abs. 4 BauNVO gilt. Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind mit offenem oder bewachsenem Boden als Grünflächen anzulegen, also anzusäen oder zu bepflanzen, und zu unterhalten.

11. Kosten und Finanzierung

Der Plangeltungsbereich befindet sich größtenteils in Privateigentum. Der Planbegünstigte trägt die Kosten für die Aufstellung des Bebauungsplanes und die Kosten für die zusätzlichen Erschließungsflächen.

Es entstehen der Gemeinde Haselau Infrastrukturfolgekosten, die in soziale und technische Folgekosten zu unterscheiden sind.

Durch die Festsetzung allgemeiner Wohngebiete ist mit einer Erhöhung der Einwohnerzahl zu rechnen. Daher können soziale Einrichtungen der Gemeinde zusätzlich in Anspruch genommen werden.

In den Bereich der technischen Folgekosten fallen die Unterhaltung der Straßen und der Anlagen des ruhenden Verkehrs, sowie der Ver- und Entsorgungsanlagen (Energieversorgung, Trinkwasserversorgung, Telekommunikation, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung). Die Abfallentsorgung fällt in den Aufgabenbereich des Kreises Pinneberg und wird hier deshalb nicht berücksichtigt. Die Versorgungsleitungen werden durch die Versorgungsträger unterhalten, der Gemeinde Haselau entstehen dadurch keine Kosten. Technische Folgekosten entstehen für die Gemeinde nur insoweit, wie die Unterhaltung der Anlagen kommunale Aufgabe ist. Dazu gehört auch die Unterhaltung der Entwässerungsgräben Die Erschließungsanlagen auf den einzelnen Grundstücken gehören nicht dazu.

12. Flächenbilanzierung

Flächennutzungen im Plangeltungsbereich	
Festsetzung	Fläche in m ²
Allgemeine Wohngebiete	15.882
Mischgebiet	2.070
Wasserflächen / Entwässerungsgraben	2.471
Private Grünflächen	2.349
Private Verkehrsflächen	1.012
Öffentliche Grünflächen	419
Öffentliche Verkehrsflächen	338
Summe = Gesamtgröße des Plangeltungsbereiches	24.541

13. Eigentumsverhältnisse

Der Plangeltungsbereich befindet sich größtenteils im Privateigentum. Das Flurstück der Hohenhorster Chaussee, der Entwässerungsgräben sowie der Straße Großer Landweg befindet sich im Eigentum der Gemeinde Haselau.

**TEIL 2 –BEBAUUNGSPLAN NR. 11
DER GEMEINDE HASELAU**

VORLÄUFIGER UMWELTBERICHT

- für die frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) und frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) –

Die endgültige Ausarbeitung des Umweltberichtes erfolgt im Rahmen der Erstellung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 11 mit den berücksichtigten Hinweisen aus dem TöB-Verfahren.

14. Einleitung

14.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bebauungsplanes Nr. 11

Der Plangeltungsbereich befindet sich im südwestlichen Teil der Gemeinde Haselau, entlang der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg.

Nordwestlich und westlich des Plangeltungsbereiches befindet sich Wohnbebauung in Form von Einfamilienhäusern an der Hohenhorster Chaussee sowie landwirtschaftliche Betriebe. Nördlich bzw. östlich des Plangeltungsbereiches grenzen landwirtschaftliche genutzte Flächen an. Im südöstlichen Teil des Plangeltungsbereiches sind bereits Wohngrundstücke vorhanden, die mit Einfamilienhäusern bebaut sind.

Die nähere Umgebung ist geprägt durch eine Wohnnutzung. Damit entspricht die geplante Nutzung der vorhandenen städtebaulichen Situation in der Umgebung.

Die Gemeinde Haselau beabsichtigt, den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11 durch Festsetzung allgemeiner Wohngebiete bzw. eines Mischgebietes zu entwickeln und damit die Voraussetzungen zur Errichtung von Wohngebäuden und nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe zu schaffen. Die Gemeinde beabsichtigt daher, die bisher größtenteils landwirtschaftlich genutzte Fläche als Wohnbauland bzw. als Mischgebiet zu entwickeln. Die vorhandenen Grundstücke im südöstlichen Teil des Plangeltungsbereiches sollen im Sinne einer städtebaulichen Entwicklung und Ordnung in den Bebauungsplan Nr. 11 aufgenommen werden.

Die Gesamtfläche des Plangeltungsbereiches umfasst ca. 24.541 m².

14.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung

Die Ziele des Umweltschutzes, die sich aus den für die einzelnen Schutzgüter wirksamen Bundes- und Landesgesetzen ergeben, sollen hier nicht zitiert werden.

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 1 sieht keine Darstellungen für den Plangeltungsbereich vor.

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 2 sieht für den Plangeltungsbereich die Darstellung eines Gebietes mit besonderer Erholungseignung vor. Darüber hinaus ist ein Landschaftsschutzgebiet dargestellt. Dabei handelt es sich teilweise um die Darstellung des Landschaftsschutzgebietes aufgrund der 7. Änderungsverordnung, die sich in Teilbereichen mit dem Landschaftsschutzgebiet 04 – Pinneberger Elbmarschen (LSG) überlagert. Die Bereiche der Ortslagen sind vom LSG 04 ausgenommen.

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 3 sieht für den Plangeltungsbereich die Darstellung eines Hochwasserrisikogebietes vor.

FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete, Nationalparks, Biosphärenreservate, Naturparks und Landschaftsschutzgebiete sind in der näheren Umgebung **nicht** vorhanden. Das nächstgelegene FFH-Gebiet befindet sich in ca. 600 m Entfernung in westlicher Richtung. Es handelt sich dabei um das FFH-Gebiet "Schleswig-Holsteinisches Elbästuar und angrenzende Flächen". Der Bereich ist ebenfalls als EU-Vogelschutzgebiet "Untereibe bis Wedel" sowie als Naturschutzgebiet "Haseldorfer Binnenelbe mit Elbvorland" im Umweltportal des Landes Schleswig-Holstein dargestellt. Aufgrund der Entfernung von ca. 600 m sind Auswirkungen aufgrund der geplanten Wohnbebauung nicht zu erwarten.

Der **Flächennutzungsplan** der Gemeinde Haselau stellt den Plangeltungsbereich als Fläche für Landwirtschaft bzw. als Dorfgebiet dar. Darüber hinaus ist eine Elektrizitätsleitung dargestellt, die aber nicht mehr existiert. Damit entspricht die geplante Nutzung nicht den Zielen des Flächennutzungsplanes. Parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 erfolgt die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Weitere umweltrelevante Planvorgaben sind bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

14.3 Methodik der Umweltprüfung

Für jedes Schutzgut wird das Basisszenario anhand allgemein zugänglicher und speziell erhobener Daten dargestellt. Die Bewertung erfolgt nach Kriterien, die für die einzelnen Schutzgüter relevant sind. Die Bewertung des Bestandes, der Umweltauswirkungen, sowie der Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen erfolgt verbal-argumentativ. Für die Bemessung der Ausgleichsmaßnahmen wird der gemeinsame Runderlass "Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht" des Innenministeriums und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein vom 9.12.2013 herangezogen.

Die in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten (Alternativenprüfung) werden umweltbezogen überprüft. Dabei einbezogen werden die Ergebnisse der Bestandsuntersuchungen und Auswirkungsprognosen für die relevanten Schutzgüter. Es wird dargestellt, welche umsetzbare Variante unter dem Aspekt möglichst geringer Beeinträchtigung der Schutzgüter die am wenigsten belastende ist.

15. Beschreibung der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes (Bestand und Bewertung - Basisszenario)

15.1 Schutzgut Fläche

Im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie des Bundesrepublik Deutschland soll der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha pro Tag verringert werden (z. Zt. sind es ca. 66 ha pro Tag). Gefordert ist eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, die dem Prinzip "Innen vor Außen" folgt. Die Außenbereiche sollen geschont werden, in dem auf verträgliche Art und Weise die vorhandenen Möglichkeiten der Innenentwicklung genutzt werden. Dazu gehört die Nutzung von Brachflächen im Siedlungsbereich, die Nutzung von Baulücken und die Behebung von Leerständen, sowie die Um- bzw. Nachnutzung bereits bebauter Bereiche, soweit vorhanden.

Der Plangeltungsbereich wurde bisher größtenteils landwirtschaftlich genutzt und soll als Wohngebiet entwickelt werden. Die Gemeinde Haselau besitzt aufgrund der

umliegenden Landschaftsschutzgebiete nur über ein begrenztes Entwicklungspotenzial. Der Plangeltungsbereich befindet sich direkt an einer innerörtlichen Straße. Der Bereich ist somit einer der wenigen Fläche, die für eine bauliche Entwicklung im Gemeindegebiet überhaupt in Frage kommen und rundet das Ortsbild entlang einer vorhandenen Erschließungsstraße sinnvoll ab.

Darüber hinaus wird im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 11 eine zusätzliche Bebauung im hinteren Grundstücksbereich bereits vorhandener Wohngrundstücke ermöglicht. Der o.g. Nachhaltigkeitsstrategie wird dadurch Rechnung getragen.

15.2 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit

Auf den Menschen und seine Gesundheit wirkt seine Umwelt in ihrer Gesamtheit ein. Das Leben, die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen hängen von dem Erhalt seiner Lebensgrundlagen ab. Beeinträchtigungen von Fläche, Boden, Wasser, Tieren, Pflanzen, biologischer Vielfalt, Klima, Luft, und der ihn umgebenden Landschaft können auch auf den Menschen, seine Gesundheit und sein Wohlbefinden nachteilige Auswirkungen haben. Diese Beurteilung fließt jedoch bei den genannten Schutzgütern und den Wechselwirkungen ein, soweit Beeinträchtigungen zu erwarten sind.

Um Wiederholungen zu vermeiden, werden in diesem Zusammenhang die Wohnung und das Wohnumfeld des Menschen und die Erholungsfunktion der Landschaft untersucht, da alle anderen Wirkfaktoren bei den Untersuchungen für die anderen Schutzgüter thematisiert werden. Zusätzlich werden, soweit erforderlich, die ortsübergreifenden Auswirkungen ermittelt.

Das Wohnumfeld für den Menschen sowie die Erholungsfunktion der Landschaft werden im Rahmen von Ortsbegehungen analysiert und bewertet.

15.3 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Dieses Schutzgut umfasst die wildlebenden Tierarten und ihre Lebensgemeinschaften sowie die wildwachsenden Pflanzen und deren Vorkommen in Biotopen. Die biologische Vielfalt umfasst die Vielfalt an Arten und Lebensräumen.

Im Rahmen der Entwurfsausarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 11 eine faunistische Artenschutzprüfung auf der Basis einer Potenzialanalyse und eine Biotoptypenkartierung erstellt. In dieser wird untersucht, ob gefährdete Arten oder besonders bzw. streng geschützte Arten im Untersuchungsbereich vorkommen.

Berücksichtigt werden dabei besonders oder streng geschützte Arten, wie Vögel und Fledermäuse sowie weitere Arten des Anhangs IV der Flora-Fauna-Habitatrichtlinie.

Darüber hinaus wird anhand einer Biotoptypenkartierung die Ausstattung und Struktur des Lebensraums für Tierarten festgestellt. Die Darstellung erfolgt kartografisch gemäß dem aktuellen Biotoptypenschlüssel für das Land Schleswig-Holstein.

Die Ergebnisse der Artenschutzprüfung und der Biotoptypenkartierung werden in den Entwurf des Bebauungsplanes eingearbeitet.

15.4 Schutzgut Boden

Boden im Sinne des § 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) "ist die obere Schicht der Erdkruste, soweit sie Träger der in Absatz 2 genannten Bodenfunktionen ist, einschließlich der flüssigen Bestandteile (Bodenlösung) und der gasförmigen Bestandteile (Bodenluft), ohne Grundwasser und Gewässerbetten."

Zu bewerten sind die Bodenverhältnisse anhand der in § 2 Abs. 2 BBodSchG aufgeführten Kriterien:

1. natürliche Funktion als:
 - Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen,
 - Bestandteil des Naturhaushaltes, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen,
 - Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen auf Grund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers,
2. Archivfunktion der Natur- und Kulturgeschichte,
3. Nutzungsfunktion als
 - als Rohstofflagerstätte,
 - Fläche für Siedlung und Erholung,
 - Standort für land- und forstwirtschaftliche Nutzung
 - und Standort für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung.

Die anstehenden Bodenverhältnisse werden anhand des Landwirtschafts- und Umweltatlas´ Schleswig-Holstein ermittelt. Des Weiteren wird eine Baugrundvorerkundung und allgemeine Beurteilung der Baugrundverhältnisse und Versickerungsfähigkeit durch das Geologische Büro Thomas Voß durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Baugrundvorerkundung werden in den Entwurf des Bebauungsplanes eingearbeitet.

Da es sich größtenteils um landwirtschaftliche Flächen sowie um Grundstücke handelt, die bereits bebaut sind, wird nach derzeitigem Erkenntnisstand davon ausgegangen, dass keine Altlasten vorhanden sind. Informationen über eine altlastenverdächtige Fläche oder über eine Fläche mit schädlichen Bodenveränderungen bzw. eine Verdachtsfläche liegen nicht vor.

Die Funktion als Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen wird anhand der Bodentypen bewertet.

Die Archivfunktion der Natur- und Kulturgeschichte wird durch Beteiligung des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein ermittelt.

15.5 Schutzgut Wasser

Das Schutzgut Wasser wird aufgeteilt in die Teilaspekte oberirdische Gewässer und Grundwasser (§ 2 Abs. 1 WHG). Zu den oberirdischen Gewässern gehören die Stillgewässer (Seen, Teiche, Tümpel, Weiher) und die Fließgewässer (Flüsse, Bäche, Gräben). Zum Grundwasser gehören zusammenhängende Grundwasserleiter und lokale Vorkommen.

Die nötigen Untersuchungen werden durch Auswertung aktueller Luftbilder und anhand des Landwirtschafts- und Umweltatlas´ Schleswig-Holstein ermittelt.

15.6 Schutzgüter Luft und Klima

Die Schutzgüter Luft und Klima sind gesondert zu betrachten. Luft ist ein die Erde umgebendes Gasgemisch. Ihre Qualität wird anhand natürlicher Gegebenheiten und vorhandener Verschmutzungen festgestellt. Als Klima wird der Zustand der bodennahen Atmosphäre und Witterung bezeichnet, der Boden, Tiere, Pflanzen und den Menschen beeinflusst. Für den Umweltbericht relevant ist nicht das Weltklima, sondern die örtlich und ggf. regional wirksamen Aspekte.

Diese Schutzgüter werden im Rahmen eigener Auswertungen aktueller Luftbilder ermittelt. Des Weiteren werden aktuelle Luftqualitätsmessungen durch das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ausgewertet.

15.7 Schutzgut Landschaft

Der Begriff der Landschaft umfasst die Landschaftsfunktionen, das Landschaftsbild und die Erlebbarkeit der Landschaft. Da die Landschaftsfunktionen im Rahmen der Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt behandelt wurden, und die Erlebbarkeit der Landschaft beim Schutzgut Mensch, werden die Untersuchungen für das Schutzgut Landschaft auf das Landschaftsbild beschränkt.

Die Bestandsdarstellung und Bewertung des Landschaftsbildes erfolgt durch Geländebegehung.

15.8 Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Der Begriff kulturelles Erbe bezeichnet Baudenkmäler und archäologische Denkmäler, sowie historische Gärten und historische Kulturlandschaft. Im Rahmen des Umweltberichts zu betrachtende Sachgüter sind Gebäude und Infrastruktureinrichtungen unterschiedlicher Nutzungsbestimmung, sowie landschaftliche Besonderheiten.

Archäologische Denkmäler werden ggf. nach Mitteilung des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein sowie aus dem archäologischen Atlas (siehe Kap. 3) aufgenommen. Baudenkmäler werden ggf. nach dem Flächennutzungsplan oder nach Auskunft der Gemeinde Haselau auf Grundlage der Ortgestaltungssatzung dargestellt. Die Erhebung schützenswerter Sachgüter erfolgt durch Geländebegehung.

15.9 Wechselwirkungen (Wechselbeziehungen)

Die gängigen, allgemein bekannten Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Schutzgütern werden nicht beschrieben. Maßgeblich sind die Wechselwirkungen, die für die Bewertung des Vorhabens relevant sind. Diese werden beschrieben.

16. Gliederung Umweltbericht

1. Einleitung
 - 1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bebauungsplanes Nr. 11
 - 1.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung
 - 1.3 Methodik der Umweltprüfung

2. Beschreibung der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes (Bestand und Bewertung – Basisszenario)
 - 2.1 Schutzgut Fläche
 - 2.1.1 Bestand und Bewertung
 - 2.1.2 Vorbelastungen
 - 2.2 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit
 - 2.2.1 Bestand und Bewertung
 - 2.2.2 Vorbelastungen
 - 2.3 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt
 - 2.3.1 Bestand und Bewertung
 - 2.3.2 Vorbelastungen
 - 2.4 Schutzgut Boden
 - 2.4.1 Bestand und Bewertung
 - 2.4.2 Vorbelastungen
 - 2.5 Schutzgut Wasser
 - 2.5.1 Bestand und Bewertung
 - 2.5.2 Vorbelastungen
 - 2.6 Schutzgüter Luft und Klima
 - 2.6.1 Bestand und Bewertung
 - 2.6.2 Vorbelastungen
 - 2.7 Schutzgut Landschaft
 - 2.7.1 Bestand und Bewertung
 - 2.7.2 Vorbelastungen
 - 2.8 Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter
 - 2.8.1 Bestand und Bewertung
 - 2.8.2 Vorbelastungen
 - 2.9 Wechselwirkungen (Wechselbeziehungen)

3. Beschreibung der erheblichen Umweltauswirkungen durch die Realisierung des Bebauungsplanes Nr. 11
 - 3.1 Schutzgut Fläche
 - 3.1.1 Bauphase

- 3.1.2 Bestandsphase
- 3.2 Schutzgut Mensch
 - 3.2.1 Bauphase
 - 3.2.2 Bestandsphase
- 3.3 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt
 - 3.3.1 Bauphase
 - 3.3.2 Bestandsphase
- 3.4 Schutzgüter Boden und Wasser
 - 3.4.1 Bauphase
 - 3.4.2 Bestandsphase
- 3.5 Schutzgüter Luft und Klima
 - 3.5.1 Bauphase
 - 3.5.2 Bestandsphase
- 3.6 Schutzgut Landschaft
 - 3.6.1 Bauphase
 - 3.6.2 Bestandsphase
- 3.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter
 - 3.7.1 Bauphase
 - 3.7.2 Bestandsphase
- 3.8 Wechselwirkungen

- 4. In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten und Innenentwicklungspotenziale

- 5. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes
 - 5.1 Prognose ohne die Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 11
 - 5.2 Prognose mit der Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 11 infolge
 - 5.2.1 Art und Menge der Emissionen
 - 5.2.2 Art und Menge der erzeugten Abfälle
 - 5.2.3 Risiken für menschliche Gesundheit, kulturelle Erbe oder Umwelt
 - 5.2.4 kumulierende Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete
 - 5.2.5 Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf Klima sowie Anfälligkeit gegenüber Folgen des Klimawandels
 - 5.2.6 der eingesetzten Techniken und Stoffe

- 6. Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung der nachteiligen Umweltauswirkungen
- 7. Geplante Maßnahmen zum Ausgleich der erheblich nachteiligen Auswirkungen (Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung)
- 8. Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen

- Verfahren bei der Umweltprüfung
9. Hinweise auf Schwierigkeiten, technische Lücken oder fehlende Kenntnisse
 10. Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt
 11. Allgemein verständliche Zusammenfassung der erforderlichen Angaben
- § 2a Abs. 3 BauGB
 12. Abkürzungsverzeichnis
 13. Referenzliste der Quellen, die für die im Bericht enthaltenen Beschreibungen und Bewertungen herangezogen wurden

Diese Begründung mit Umweltbericht wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom gebilligt.

Gemeinde Haselau, den

Der Bürgermeister

Grundlage:
Flächennutzungsplan Gemeinde Haselau

ZEICHENERKLÄRUNG

PLAN-ZEICHEN	ERLÄUTERUNGEN
I. FESTSETZUNGEN (ANORDNUNGEN NORMATIVEN INHALTS)	
	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DER 10. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES
	FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT
	DORFGEBIETE

Grundlage:
Flächennutzungsplan Gemeinde Haselau

ZEICHENERKLÄRUNG

PLAN-ZEICHEN	ERLÄUTERUNGEN
I. FESTSETZUNGEN (ANORDNUNGEN NORMATIVEN INHALTS)	
	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DER 10. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES
	ALLGEMEINE WOHNGBIETE
	MISCHGEBIET

Übersichtsplan mit Geltungsbereich M ca. 1:20.000

10. ÄNDERUNG FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

GEMEINDE HASELAU

Für die Gemeinde Haselau:

Datum 19.10.2023

MÖLLER - PLAN

Schlödelsweg 111 * 22880 Wedel * Tel. 04103-919226 * Internet: www.moeller-plan.de

10. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES

für das Gebiet: „nördlich der Hohenhorster Chaussee und westlich der Straße
Großer Landweg“

VORLÄUFIGE BEGRÜNDUNG MIT UMWELTBERICHT

- frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)
und frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) –

Ausschnitt aus der digitalen Topografischen Karte (DTK5)

Bearbeitet für die Gemeinde Haselau:

Möller-Plan

Stadtplaner + Landschaftsarchitekten

Schlödelsweg 111, 22880 Wedel

Postfach 1136, 22870 Wedel

Tel. 04103-919226

Fax 04103-919227

Internet www.moeller-plan.de

eMail info@moeller-plan.de

Bearbeitungsstand: 19. Oktober 2023

Verfahrensstand: Frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) und frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB)

INHALTSVERZEICHNIS

Teil 1 – **Vorläufige** Begründung

1. Anlass, Planungsrechtliche Voraussetzungen, Geltungsbereich	1
2. Verfahrensstand	2
3. Ziel und Zweck der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes	3
4. Übergeordnete Planungen und Bindungen	4
5. Flächenausweisung.....	12
5.1 Allgemeines Wohngebiet	12
5.2 Mischgebiet.....	12
6. Erschließung / Ver- und Entsorgung.....	12

Teil 2 - **Vorläufiger** Umweltbericht

7. Einleitung.....	14
7.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes	14
7.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung	15
7.3 Methodik der Umweltprüfung	15
8. Beschreibung der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes (Bestand und Bewertung - Basisszenario)	16
8.1 Schutzgut Fläche	16
8.2 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit	16
8.3 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	17
8.4 Schutzgut Boden.....	18
8.5 Schutzgut Wasser.....	19
8.6 Schutzgüter Luft und Klima.....	19
8.7 Schutzgut Landschaft	19
8.8 Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter.....	20
8.9 Wechselwirkungen (Wechselbeziehungen)	20
9. Gliederung Umweltbericht	20

TEIL 1 – 10. ÄNDERUNG FLÄCHENNUTZUNGSPLAN DER GEMEINDE HASELAU

**für das Gebiet: „nördlich der Hohenhorster Chaussee und westlich der Straße
Großer Landweg“**

VORLÄUFIGE BEGRÜNDUNG

**- für die frühzeitige Unterrichtung nach § 4 Abs. 1 BauGB und frühzeitige
Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) -**

**Die Begründung zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes erläutert das
Planungserfordernis und die Planungsabsicht und trifft nach dem
abschließenden Beschluss Aussagen über das Planungsergebnis. Die
Begründung spiegelt dadurch vor allem die von der Gemeinde Haselau
vorgenommene Abwägung wider.**

1. Anlass, Planungsrechtliche Voraussetzungen, Geltungsbereich

Im rechtsgültigen Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Haselau ist der
Geltungsbereich der 10. Änderung als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt.

Die Gemeinde Haselau hat am 28.09.2021 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.
11 beschlossen. Parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt die Änderung
des Flächennutzungsplanes zur Änderung der landwirtschaftlichen Flächen in ein
allgemeines Wohngebiet bzw. in ein Mischgebiet. Der Aufstellungsbeschluss zur 10.
Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgte am 02.03.2023

Der Plangeltungsbereich befindet sich im südwestlichen Teil der Gemeinde Haselau.

Westlich und südöstlich des Plangeltungsbereiches befindet sich Wohnbebauung in
Form von Einfamilienhäusern an der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße
Mühlenwuth in der Gemeinde Haseldorf. Westlich der Hohenhorster Chaussee sind
sowohl Wohngebäude als auch landwirtschaftliche Betriebe vorhanden. Nördlich
bzw. östlich des Plangeltungsbereiches grenzen landwirtschaftliche genutzte Flächen
an. Die nähere Umgebung ist geprägt durch eine Wohnnutzung und Landwirtschaft.
Damit entspricht die geplante Nutzung weitgehend der vorhandenen städtebaulichen
Situation in der Umgebung.

Die Gesamtfläche des Plangeltungsbereiches umfasst ca. 20.181 m².

2. Verfahrensstand

Die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes befindet sich im **Verfahrensstand der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB**: "Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind entsprechend § 3 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 1 zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 aufzufordern."

Dieser Verfahrensschritt dient der Einholung von Informationen über das Plangebiet, die bei den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorliegen, sowie der Abfrage von möglicherweise zu dem Gebiet vorliegenden Unterlagen. Das gilt sowohl im Hinblick auf den Umweltbericht als auch auf die Planung insgesamt. Der vorliegende Vorentwurf der Begründung und des Umweltberichtes zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes soll den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange die Informationen geben, die benötigt werden für die Feststellung, ob deren Belange berührt sind. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind dann aufgefordert, mitzuteilen dass und in welcher Weise ihre Belange berührt sind und die Informationen zu geben, die zu dieser Einschätzung führen. Wenn ihnen Unterlagen über das Plangebiet und/oder dessen Umgebung vorliegen, die für die Planung relevant sein können, sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aufgefordert, der Gemeinde Haselau diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

3. Ziel und Zweck der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes

Der Geltungsbereich der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst eine landwirtschaftlich genutzte Fläche im westlichen Bereich der Gemeinde Haselau.

Die Gemeinde Haselau beabsichtigt, im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 die Festsetzung allgemeiner Wohngebiete bzw. Mischgebiete zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums und Bereitstellung von Flächen für nicht störendes Gewerbe. Die Gemeinde beabsichtigt daher, die bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche als Wohnbauland bzw. als Mischgebiet zu entwickeln.

Vorgesehen ist die Ausweisung allgemeiner Wohngebiete für Einfamilien- bzw. Doppelhäuser sowie eines Mischgebietes für Wohnen und nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe.

Die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes dient der planungsrechtlichen Vorbereitung für den Bebauungsplan Nr. 11. Die 10. Änderung des F-Planes erfolgt parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes.

Ziele der Planaufstellung sind:

- die Schaffung attraktiven, zusätzlichen Wohnraumes innerhalb des Siedlungszusammenhanges,
- die Schaffung gemischter Flächen für Wohnen und nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe.

4. Übergeordnete Planungen und Bindungen

Im **Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2021** befindet sich der Plangeltungsbereich im Ordnungsraum Hamburg. Aufgrund der bereits vorherrschenden hohen Verdichtung und der dynamischen Entwicklung in diesem Ordnungsraum besteht ein erheblicher Siedlungsdruck. Daher sollen unterschiedliche Flächennutzungsansprüche besonders sorgfältig aufeinander abgestimmt werden. Es ist daher darauf zu achten, dass landschaftliche Freiräume sowie attraktive und gesunde Lebensbedingungen erhalten bleiben. Darüber hinaus befindet sich der Plangeltungsbereich im Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung und grenzt an einem Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft an.

Das von der Gemeinde Haselau verfolgte Ziele ist:

- die Schaffung attraktiven, zusätzlichen Wohnraumes innerhalb des Siedlungszusammenhanges,
- die Schaffung gemischter Flächen für Wohnen und nicht wesentlich störendes Gewerbe.

Diese Ziele stehen den Darstellungen des Landesentwicklungsplanes nicht entgegen.

Abbildung 1 - Ausschnitt aus dem Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein

Nach dem **Regionalplan für den Planungsraum I – Schleswig-Holstein Süd (1998)** liegt das Plangebiet angrenzend an einem regionalen Grünzug. Westlich befindet sich ein Vorranggebiet für den Naturschutz sowie das FFH-Gebiet "Schleswig-Holsteinisches Elbästuar und angrenzende Flächen". Der Abstand zum Plangeltungsbereich beträgt etwa 600 m in Richtung Westen.

Die Planungsziele der Gemeinde Haselau stehen den Darstellungen des Regionalplanes nicht entgegen.

Abbildung 2 - Ausschnitt aus dem Regionalplan für den Planungsraum I

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 1 sieht keine Darstellungen für den Plangeltungsbereich vor.

Abbildung 3 - Ausschnitt aus dem Landschaftsrahmenplan - Planungsraum III – Karte 1

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 2 sieht für den Plangeltungsbereich die Darstellung eines Gebietes mit besonderer Erholungseignung vor. Darüber hinaus ist ein Landschaftsschutzgebiet dargestellt.

Dabei handelt es sich teilweise um die Darstellung des Landschaftsschutzgebietes aufgrund der 7. Änderungsverordnung, die sich in Teilbereichen mit dem Landschaftsschutzgebiet 04 – Pinneberger Elbmarschen (LSG) überlagert. Die Bereiche der Ortslagen sind vom LSG 04 ausgenommen.

Abbildung 4 - Ausschnitt aus dem Landschaftsrahmenplan - Planungsraum III – Karte 2

Der Geltungsbereich der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde so gefasst, dass das LSG 04 nicht betroffen ist. Im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 11 wird die geplante Wohnbebauung bzw. gemischte Bebauung außerhalb des LSG 04 festgesetzt. Der etwa 6m breiten Streifen innerhalb des LSG 04 wird als private Grünfläche festgesetzt und darf nicht bebaut werden. Er ist für die Ortsrandgestaltung vorgesehen.

Abbildung 5 - Ausschnitt aus der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet
"Pinneberger Elbmarschen (LSG 04)"

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 3 sieht für den Plangeltungsbereich die Darstellung eines Hochwasserrisikogebietes vor.

Abbildung 6 - Ausschnitt aus dem Landschaftsrahmenplan - Planungsraum III – Karte 3

Das Plangebiet befindet sich in einem Bereich mit **geringer Überflutungswahrscheinlichkeit** (zweihundertjähriges Überschwemmungsereignis – HW200 in einem Extremszenario in ausreichend geschützten Bereichen). Demnach sind Wassertiefen von 1 m bis 2 m, stellenweise von 2 m bis zu 4 m möglich. Es wird daher auf das Wasserhaushaltsgesetz (Stand 31.07.2009, zuletzt geändert am 04.01.2023) hingewiesen. In Überschwemmungsgebieten sowie in weiteren Risikogebieten sind danach in Neubaugebieten Ölheizungen generell unzulässig, sofern andere weniger wassergefährdende Energieträger zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten zur Verfügung stehen oder die Anlage nicht hochwassersicher errichtet werden kann (§ 78c Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz).

Abbildung 7 - Ausschnitt aus Umweltatlas Schleswig-Holstein – Darstellung HW200 in einem Extremszenario in ausreichend geschützten Bereichen

Der Plangeltungsbereich befindet sich teilweise innerhalb eines **archäologischen Interessengebietes**.

Es wird daher auf § 15 DSchG verwiesen: "Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung. Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit."

Aufgrund der Lage des Plangeltungsbereiches innerhalb eines archäologischen Interessengebietes wird dieser Hinweis in den Planteil B des Bebauungsplanes Nr. 11 aufgenommen.

Abbildung 8 – Ausschnitt aus dem Archäologisch-Atlas des Landes Schleswig-Holstein

5. Flächenausweisung

5.1 Allgemeines Wohngebiet

Der überwiegende Teil des Plangeltungsbereiches wird als allgemeines Wohngebiet dargestellt.

Die Gemeinde Haselau will durch die Änderung der Flächendarstellung die Voraussetzungen für die Errichtung von Einfamilien- bzw. Doppelhäusern ermöglichen.

5.2 Mischgebiet

Der zentrale Teil des Plangeltungsbereiches wird als Mischgebiet dargestellt.

Die Gemeinde Haselau will durch die Änderung der Flächendarstellung die Voraussetzungen für die Errichtung von Wohnhäusern bzw. nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe ermöglichen.

6. Erschließung / Ver- und Entsorgung

Die allgemeinen Wohngebiete bzw. das Mischgebiet werden durch Anbindung an die Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg erschlossen.

In fußläufiger Entfernung befindet sich eine Bushaltestelle. Dort verkehren die Buslinien 589 und 6675 in Richtung Uetersen und Wedel. Die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr ist damit gegeben.

Die **Ver- und Entsorgung** erfolgt über das kommunale Leitungssystem.

Die **Strom-, Wasser- und Gasversorgung** erfolgt durch Nutzung und ggf. Erweiterung der vorhandenen Zuleitungen innerhalb der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg. Die Versorgung mit **Strom und Gas** unterliegt dem freien Markt. Ein konkreter Versorger kann deshalb nicht benannt werden. **Gasleitungen** sind vorhanden, so dass bei Bedarf daran angeschlossen werden kann. Hinweis: Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) befindet sich derzeit im parlamentarischen Änderungsverfahren. Der vom Bundestag verabschiedete Entwurf sieht vor, dass ab 01.01.2024 jede neu eingebaute Heizung zu mindestens 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden muss.

Trinkwasser wird durch den Wasserbeschaffungsverband Haseldorfer Marsch geliefert. Es liegen bereits Leitungen in der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg, an die angeschlossen werden kann. Das gleiche gilt für das **Telekommunikationsnetz**, hier Deutsche Telekom AG.

Die **Abfallentsorgung** erfolgt entsprechend der Satzung des Kreises Pinneberg über die Abfallbeseitigung. Standorte für die Müllbehälter sind an geeigneter Stelle auf dem Baugrundstück vorzusehen. Die Müllbehälter sind zur Abholung an der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg zu platzieren.

Die **Schmutzwasserentsorgung** erfolgt über Anbindung an das vorhandene Leitungsnetz innerhalb der Hohenhorster Chaussee bzw. der Straße Großer Landweg.

Im Rahmen der Entwurfsausarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 11 wird durch das Ingenieurbüro Lenk + Rauchfuß GmbH ein siedlungswasserwirtschaftliches Konzept erstellt. Im Rahmen dieses Konzeptes wird die Ableitung des anfallenden **Oberflächenwassers** festgelegt. Im Ergebnis werden anhand der Vorplanungen die Lage der Entwässerungsgräben bestimmt sowie wassertechnische Berechnungen durchgeführt. Ziel des siedlungswasserwirtschaftlichen Konzeptes ist der Nachweis, dass eine Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers im Plangeltungsbereich möglich ist, ohne dass das bestehende Entwässerungssystem beeinträchtigt wird. Die Ausarbeitung erfolgt im Rahmen der Entwurfsbearbeitung des Bebauungsplanes. Detaillierte Angaben zur Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers werden im Entwurf des Bebauungsplanes berücksichtigt.

Die **Löschwasserversorgung** erfolgt durch vorhandene Löschwasserhydranten in der Hohenhorster Chaussee. Gemäß DVGW Arbeitsblatt W405 wird für ein durch Wohnnutzung geprägtes Gebiet mit 1-geschossiger Bebauung eine Löschwassermenge von 48 m³/h über einen Zeitraum von 2 Stunden benötigt. Im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aufgefordert, Angaben zur Löschwasserversorgung bereitzustellen.

TEIL 2 – 10. ÄNDERUNG FLÄCHENNUTZUNGSPLAN DER GEMEINDE HASELAU

VORLÄUFIGER UMWELTBERICHT

- für die frühzeitige Unterrichtung nach § 4 Abs. 1 BauGB und frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) -

Die endgültige Ausarbeitung des Umweltberichtes erfolgt im Rahmen der Erstellung des Entwurfes der 10. Flächennutzungsplanänderung mit den berücksichtigten Hinweisen aus dem TöB-Verfahren.

7. Einleitung

7.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes

Der Geltungsbereich der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst größtenteils eine landwirtschaftlich genutzte Fläche im westlichen Teil der Gemeinde Haselau. Der südöstliche Teil des Plangeltungsbereiches ist bereits teilweise mit Wohnhäusern bebaut

Die Gemeinde Haselau beabsichtigt, im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 und der parallel durchgeführten 10. Änderung des Flächennutzungsplanes die Voraussetzungen zur Errichtung von Wohngebäuden bzw. gewerbliche Gebäude zu schaffen. Die Gemeinde beabsichtigt daher, die bisher größtenteils landwirtschaftlich genutzte Fläche als Wohnbauland sowie als Mischgebiet zu entwickeln.

Die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes dient der planungsrechtlichen Vorbereitung für den Bebauungsplan Nr. 11. Die 10. Änderung des F-Planes erfolgt parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes.

Ziele der Planaufstellung sind:

- die Schaffung attraktiven, zusätzlichen Wohnraumes innerhalb des Siedlungszusammenhanges,
- die Schaffung gemischter Flächen für Wohnen und nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe.

Die Gesamtfläche des Plangeltungsbereiches umfasst ca. 20.181 m².

7.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung

Die Ziele des Umweltschutzes, die sich aus den für die einzelnen Schutzgüter wirksamen Bundes- und Landesgesetzen ergeben, sollen hier nicht zitiert werden.

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 1 sieht keine Darstellungen für den Plangeltungsbereich vor.

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 2 sieht für den Plangeltungsbereich die Darstellung eines Gebietes mit besonderer Erholungseignung vor. Darüber hinaus ist ein Landschaftsschutzgebiet dargestellt. Dabei handelt es sich teilweise um die Darstellung des Landschaftsschutzgebietes aufgrund der 7. Änderungsverordnung, die sich in Teilbereichen mit dem Landschaftsschutzgebiet 04 – Pinneberger Elbmarschen (LSG) überlagert. Die Bereiche der Ortslagen sind vom LSG 04 ausgenommen.

Der **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum III (Neuaufstellung 2020) – Karte 3 sieht für den Plangeltungsbereich die Darstellung eines Hochwasserrisikogebietes vor.

FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete, Nationalparks, Biosphärenreservate, Naturparks und Landschaftsschutzgebiete sind in der näheren Umgebung **nicht** vorhanden. Das nächstgelegene FFH-Gebiet befindet sich in ca. 600 m Entfernung in westlicher Richtung. Es handelt sich dabei um das FFH-Gebiet "Schleswig-Holsteinisches Elbästuar und angrenzende Flächen". Der Bereich ist ebenfalls als EU-Vogelschutzgebiet "Untere Elbe bis Wedel" sowie als Naturschutzgebiet "Haseldorfer Binnenelbe mit Elbvorland" im Umweltportal des Landes Schleswig-Holstein dargestellt. Aufgrund der Entfernung von ca. 600 m sind Auswirkungen aufgrund der geplanten Wohnbebauung nicht zu erwarten.

Weitere umweltrelevante Planvorgaben sind bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

7.3 Methodik der Umweltprüfung

Für jedes Schutzgut wird das Basisszenario anhand allgemein zugänglicher und speziell erhobener Daten dargestellt. Die Bewertung erfolgt nach Kriterien, die für die einzelnen Schutzgüter relevant sind. Die Bewertung des Bestandes, der Umweltauswirkungen, sowie der Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen erfolgt verbal-argumentativ. Für die Bemessung der Ausgleichsmaß-

nahmen wird der gemeinsame Runderlass "Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht" des Innenministeriums und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein vom 9.12.2013 herangezogen.

Die in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten (Alternativenprüfung) werden umweltbezogen überprüft. Dabei einbezogen werden die Ergebnisse der Bestandsuntersuchungen und Auswirkungsprognosen für die relevanten Schutzgüter. Es wird dargestellt, welche umsetzbare Variante unter dem Aspekt möglichst geringer Beeinträchtigung der Schutzgüter die am wenigsten belastende ist.

8. Beschreibung der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes (Bestand und Bewertung - Basisszenario)

8.1 Schutzgut Fläche

Im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland soll der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha pro Tag verringert werden (z. Zt. sind es ca. 66 ha pro Tag). Gefordert ist eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, die dem Prinzip "Innen vor Außen" folgt. Die Außenbereiche sollen geschont werden, in dem auf verträgliche Art und Weise die vorhandenen Möglichkeiten der Innenentwicklung genutzt werden. Dazu gehört die Nutzung von Brachflächen im Siedlungsbereich, die Nutzung von Baulücken und die Behebung von Leerständen, sowie die Um- bzw. Nachnutzung bereits bebauter Bereiche, soweit vorhanden.

Der Plangeltungsbereich wurde bisher größtenteils landwirtschaftlich genutzt und soll als Wohngebiet entwickelt werden. Die Gemeinde Haselau besitzt aufgrund der umliegenden Landschaftsschutzgebiete nur über ein begrenztes Entwicklungspotenzial. Der Plangeltungsbereich befindet sich direkt an einer innerörtlichen Straße. Der Bereich ist somit einer der wenigen Fläche, die für eine bauliche Entwicklung im Gemeindegebiet überhaupt in Frage kommen und rundet das Ortsbild entlang einer vorhandenen Erschließungsstraße sinnvoll ab. Der o.g. Nachhaltigkeitsstrategie wird dadurch Rechnung getragen.

8.2 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit

Auf den Menschen und seine Gesundheit wirkt seine Umwelt in ihrer Gesamtheit ein. Das Leben, die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen hängen von dem

Erhalt seiner Lebensgrundlagen ab. Beeinträchtigungen von Fläche, Boden, Wasser, Tieren, Pflanzen, biologischer Vielfalt, Klima, Luft, und der ihn umgebenden Landschaft können auch auf den Menschen, seine Gesundheit und sein Wohlbefinden nachteilige Auswirkungen haben. Diese Beurteilung fließt jedoch bei den genannten Schutzgütern und den Wechselwirkungen ein, soweit Beeinträchtigungen zu erwarten sind.

Um Wiederholungen zu vermeiden, werden in diesem Zusammenhang die Wohnung und das Wohnumfeld des Menschen und die Erholungsfunktion der Landschaft untersucht, da alle anderen Wirkfaktoren bei den Untersuchungen für die anderen Schutzgüter thematisiert werden. Zusätzlich werden, soweit erforderlich, die ortsübergreifenden Auswirkungen ermittelt.

Das Wohnumfeld für den Menschen sowie die Erholungsfunktion der Landschaft werden im Rahmen von Ortsbegehungen analysiert und bewertet.

8.3 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Dieses Schutzgut umfasst die wildlebenden Tierarten und ihre Lebensgemeinschaften sowie die wildwachsenden Pflanzen und deren Vorkommen in Biotopen. Die biologische Vielfalt umfasst die Vielfalt an Arten und Lebensräumen.

Im Rahmen der Entwurfsausarbeitung wird eine faunistische Artenschutzprüfung auf der Basis einer Potenzialanalyse und eine Biotoptypenkartierung erstellt. In dieser wird untersucht, ob gefährdete Arten oder besonders bzw. streng geschützte Arten im Untersuchungsbereich vorkommen. Berücksichtigt werden dabei besonders oder streng geschützte Arten, wie Vögel und Fledermäuse sowie weitere Arten des Anhangs IV der Flora-Fauna-Habitatrichtlinie.

Darüber hinaus wird anhand einer Biotoptypenkartierung die Ausstattung und Struktur des Lebensraums für Tierarten festgestellt. Die Darstellung erfolgt kartografisch gemäß dem aktuellen Biotoptypenschlüssel für das Land Schleswig-Holstein.

Die Ergebnisse der Artenschutzprüfung und der Biotoptypenkartierung werden in den Entwurf des Bebauungsplanes bzw. im Entwurf der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes eingearbeitet.

8.4 Schutzgut Boden

Boden im Sinne des § 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) "ist die obere Schicht der Erdkruste, soweit sie Träger der in Absatz 2 genannten Bodenfunktionen ist, einschließlich der flüssigen Bestandteile (Bodenlösung) und der gasförmigen Bestandteile (Bodenluft), ohne Grundwasser und Gewässerbetten."

Zu bewerten sind die Bodenverhältnisse anhand der in § 2 Abs. 2 BBodSchG aufgeführten Kriterien:

1. natürliche Funktion als:
 - Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen,
 - Bestandteil des Naturhaushaltes, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen,
 - Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen auf Grund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers,
2. Archivfunktion der Natur- und Kulturgeschichte,
3. Nutzungsfunktion als
 - als Rohstofflagerstätte,
 - Fläche für Siedlung und Erholung,
 - Standort für land- und forstwirtschaftliche Nutzung
 - und Standort für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung.

Die anstehenden Bodenverhältnisse werden anhand des Landwirtschafts- und Umweltatlas´ Schleswig-Holstein ermittelt. Des Weiteren wird eine Baugrundvorerkundung und allgemeine Beurteilung der Baugrundverhältnisse und Versickerungsfähigkeit durch das Geologische Büro Thomas Voß durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Baugrundvorerkundung werden in den Entwurf der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes eingearbeitet.

Da es sich größtenteils um eine landwirtschaftliche Fläche handelt, wird nach derzeitigem Erkenntnisstand davon ausgegangen, dass keine Altlasten vorhanden sind. Informationen über eine altlastenverdächtige Fläche oder über eine Fläche mit schädlichen Bodenveränderungen bzw. eine Verdachtsfläche liegen nicht vor.

Die Funktion als Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen wird anhand der Bodentypen bewertet.

Die Archivfunktion der Natur- und Kulturgeschichte wird durch Beteiligung des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein ermittelt.

8.5 Schutzgut Wasser

Das Schutzgut Wasser wird aufgeteilt in die Teilaspekte oberirdische Gewässer und Grundwasser (§ 2 Abs. 1 WHG). Zu den oberirdischen Gewässern gehören die Stillgewässer (Seen, Teiche, Tümpel, Weiher) und die Fließgewässer (Flüsse, Bäche, Gräben). Zum Grundwasser gehören zusammenhängende Grundwasserleiter und lokale Vorkommen.

Die nötigen Untersuchungen werden durch Auswertung aktueller Luftbilder und anhand des Landwirtschafts- und Umweltatlas´ Schleswig-Holstein ermittelt.

8.6 Schutzgüter Luft und Klima

Die Schutzgüter Luft und Klima sind gesondert zu betrachten. Luft ist ein die Erde umgebendes Gasgemisch. Ihre Qualität wird anhand natürlicher Gegebenheiten und vorhandener Verschmutzungen festgestellt. Als Klima wird der Zustand der bodennahen Atmosphäre und Witterung bezeichnet, der Boden, Tiere, Pflanzen und den Menschen beeinflusst. Für den Umweltbericht relevant ist nicht das Weltklima, sondern die örtlich und ggf. regional wirksamen Aspekte.

Diese Schutzgüter werden im Rahmen eigener Auswertungen aktueller Luftbilder ermittelt. Des Weiteren werden aktuelle Luftqualitätsmessungen durch das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ausgewertet.

8.7 Schutzgut Landschaft

Der Begriff der Landschaft umfasst die Landschaftsfunktionen, das Landschaftsbild und die Erlebbarkeit der Landschaft. Da die Landschaftsfunktionen im Rahmen der Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt behandelt wurden, und die Erlebbarkeit der Landschaft beim Schutzgut Mensch, werden die Untersuchungen für das Schutzgut Landschaft auf das Landschaftsbild beschränkt.

Die Bestandsdarstellung und Bewertung des Landschaftsbildes erfolgt durch Geländebegehung.

8.8 Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Der Begriff kulturelles Erbe bezeichnet Baudenkmäler und archäologische Denkmäler, sowie historische Gärten und historische Kulturlandschaft. Im Rahmen des Umweltberichts zu betrachtende Sachgüter sind Gebäude und Infrastruktureinrichtungen unterschiedlicher Nutzungsbestimmung, sowie landschaftliche Besonderheiten.

Archäologische Denkmäler werden ggf. nach Mitteilung des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein sowie aus dem archäologischen Atlas (siehe Kap. 4) aufgenommen. Baudenkmäler werden ggf. nach dem Flächennutzungsplan oder nach Auskunft der Gemeinde Haselau auf Grundlage der Ortgestaltungssatzung dargestellt. Die Erhebung schützenswerter Sachgüter erfolgt durch Geländebegehung.

8.9 Wechselwirkungen (Wechselbeziehungen)

Die gängigen, allgemein bekannten Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Schutzgütern werden nicht beschrieben. Maßgeblich sind die Wechselwirkungen, die für die Bewertung des Vorhabens relevant sind. Diese werden beschrieben.

9. Gliederung Umweltbericht

1. Einleitung
 - 1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele der 10. Flächennutzungsplanänderung
 - 1.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung
 - 1.3 Methodik der Umweltprüfung

2. Beschreibung der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes (Bestand und Bewertung – Basisszenario)
 - 2.1 Schutzgut Fläche
 - 2.1.1 Bestand und Bewertung
 - 2.1.2 Vorbelastungen
 - 2.2 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit
 - 2.2.1 Bestand und Bewertung
 - 2.2.2 Vorbelastungen
 - 2.3 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt
 - 2.3.1 Bestand und Bewertung

- 2.3.2 Vorbelastungen
- 2.4 Schutzgut Boden
 - 2.4.1 Bestand und Bewertung
 - 2.4.2 Vorbelastungen
- 2.5 Schutzgut Wasser
 - 2.5.1 Bestand und Bewertung
 - 2.5.2 Vorbelastungen
- 2.6 Schutzgüter Luft und Klima
 - 2.6.1 Bestand und Bewertung
 - 2.6.2 Vorbelastungen
- 2.7 Schutzgut Landschaft
 - 2.7.1 Bestand und Bewertung
 - 2.7.2 Vorbelastungen
- 2.8 Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter
 - 2.8.1 Bestand und Bewertung
 - 2.8.2 Vorbelastungen
- 2.9 Wechselwirkungen (Wechselbeziehungen)

- 3. Beschreibung der erheblichen Umweltauswirkungen durch die Umsetzung der 10. Flächennutzungsplanänderung
 - 3.1 Schutzgut Fläche
 - 3.1.1 Bauphase
 - 3.1.2 Bestandsphase
 - 3.2 Schutzgut Mensch
 - 3.2.1 Bauphase
 - 3.2.2 Bestandsphase
 - 3.3 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt
 - 3.3.1 Bauphase
 - 3.3.2 Bestandsphase
 - 3.4 Schutzgüter Boden und Wasser
 - 3.4.1 Bauphase
 - 3.4.2 Bestandsphase
 - 3.5 Schutzgüter Luft und Klima
 - 3.5.1 Bauphase
 - 3.5.2 Bestandsphase
 - 3.6 Schutzgut Landschaft
 - 3.6.1 Bauphase
 - 3.6.2 Bestandsphase
 - 3.7 Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter
 - 3.7.1 Bauphase
 - 3.7.2 Bestandsphase

- 3.8 Wechselwirkungen
4. In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten und Innenentwicklungspotenziale
5. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes
 - 5.1 Prognose ohne die Umsetzung der 10. Flächennutzungsplanänderung
 - 5.2 Prognose mit der Umsetzung der 10. Flächennutzungsplanänderung infolge
 - 5.2.1 Art und Menge der Emissionen
 - 5.2.2 Art und Menge der erzeugten Abfälle
 - 5.2.3 Risiken für menschliche Gesundheit, kulturelle Erbe oder Umwelt
 - 5.2.4 kumulierende Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete
 - 5.2.5 Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf Klima sowie Anfälligkeit gegenüber Folgen des Klimawandels
 - 5.2.6 der eingesetzten Techniken und Stoffe
6. Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung der nachteiligen Umweltauswirkungen
7. Geplante Maßnahmen zum Ausgleich der erheblich nachteiligen Auswirkungen (Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung)
8. Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung
9. Hinweise auf Schwierigkeiten, technische Lücken oder fehlende Kenntnisse
10. Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt
11. Allgemein verständliche Zusammenfassung der erforderlichen Angaben
- § 2a Abs. 3 BauGB
12. Abkürzungsverzeichnis
13. Referenzliste der Quellen, die für die im Bericht enthaltenen Beschreibungen und Bewertungen herangezogen wurden

Diese Begründung mit Umweltbericht wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom gebilligt.

Gemeinde Haselau, den

Der Bürgermeister

Thomsen

Betreff: WG: [EXTERN] WG: [EXTERN] Beschwerde / Laub / Haseldorf**Von:****Gesendet:** Freitag, 10. November 2023 09:44**An:** PF-Info <info@amt-gums.de>**Betreff:** [EXTERN] Beschwerde / Laub / Haseldorf**Priorität:** Hoch

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Laub Situation in Haseldorf im Brüttenland nimmt Ausmaße an, die ich nicht gewillt bin, länger auf meine Kosten zu tragen!

Ich habe dieses Jahr schon diverse Male meine Bio Tonne nicht für meine Zwecke nutzen können, da die zwei Gemeinde Bäume, die an mein Grundstück grenzen, so viel Ahornflügel und Ahornblätter verlieren.

Im Sommer war die Dachrinne durch diese Flügel der Ahorn Bäume mehrfach verstopft und nun ist die Dachrinne durch die Blätter ein weiteres Mal verstopft, so das das Regenwasser nicht abfließen konnte.

Ich selber habe meine Bio Tonne jetzt aktuell schon wieder mit dem Ihrem Laub randvoll und wie Sie sicherlich wissen, wird dieser Müll nur alle 14 Tage abgeholt.

Weitere fünf Säcke mit Laub habe ich schon neuerlich zusammen geharkt und diese vorerst auf dem Gemeindebeet an meiner Hecke platziert.

Es sind aber immer noch Blätter an den Bäumen und ich gehe davon aus, dass noch weitere Säcke dazukommen werden.

Somit können Sie sich ja hinrechnen, wie lange ich meine Biotonne, nur für Sie nutzen und bezahlen kann!

Das kann und sollte so in Zukunft nicht bleiben!

Die Gemeinde bzw. der Bürgermeister sollte dringend an einer Lösung dieses Problems arbeiten, denn andere Gemeinden schaffen das doch auch!

Zudem sei gesagt, dass ein Baumrückschnitt in den letzten 20 Jahren nur 1x wirklich stattfand und dieses ist meiner Meinung nach, viel zu wenig.

Ich selber bestelle mir rechtzeitig den für mich kostenpflichtigen Gärtner, damit er sich um meine Bäume im Rückschnitt und die Abfuhr der Blätter etc. kümmert.

Bitte sorgen Sie für die kostenfreie Abfuhr der schon bereitgestellten Säcke an diesem Beet.

Mit freundlichen Grüßen

Gemeinde Haseldorf

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0604/2023/HaD/BV

Fachbereich: Bauen und Liegenschaften	Datum: 13.11.2023
Bearbeiter: Dreßler	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

Photovoltaikanlage auf der Feuerwache Haseldorf

Sachverhalt:

Nachdem der 1. Beschluss vom 06.04.2023 (PV-Anlage mit Vollbelegung) aufgrund der angenommenen Förderbedingungen aufgehoben und am 19.06.2023 neu gefasst wurde, haben sich die Förderkriterien anders dargestellt als zu dem Zeitpunkt angenommen. Grundsätzlich werden durch die Aktivregion keine PV-Anlagen im Rahmen eines Neubaus gefördert.

Deshalb soll die Ausführung der PV-Anlage erneut beraten und abschließend beschlossen werden.

Die geschätzten Kosten für eine PV Anlage mit 30 kWp betragen ca. 50-60 T€. Für einen Speicher sind zusätzlich ca. 1.000,- € pro kW Speichervolumen zu berücksichtigen.

Finanzierung:

Die Kosten werden über den Neubau der Feuerwehr dargestellt und ist über dieses Projekt mit zu finanzieren.

Fördermittel durch Dritte:

Eine konkrete Förderung ist je nach beschlossener Variante zu prüfen und zu beantragen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, folgende Anlage auszuschreiben und zu beauftragen:

1. Eine PV-Anlage kleiner 30 kWp mit Vollbelegung der Dachfläche zum Eigenverbrauch und Teileinspeisung.

A) mit Speicher, Größe _____ kW

B) ohne Speicher

2. Eine PV-Anlage kleiner 30 kWp mit Vollbelegung der Dachfläche zur Volleinspeisung.

Daniel Kullig
Bürgermeister

Anlagen:

Modellvarianten im Vergleich

Gemeinde Haseldorf

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0604/2023/HaD/BV

Fachbereich: Bauen und Liegenschaften	Datum: 13.11.2023
Bearbeiter: Dreßler	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

Photovoltaikanlage auf der Feuerwache Haseldorf

Sachverhalt:

Nachdem der 1. Beschluss vom 06.04.2023 (PV-Anlage mit Vollbelegung) aufgrund der angenommenen Förderbedingungen aufgehoben und am 19.06.2023 neu gefasst wurde, haben sich die Förderkriterien anders dargestellt als zu dem Zeitpunkt angenommen. Grundsätzlich werden durch die Aktivregion keine PV-Anlagen im Rahmen eines Neubaus gefördert.

Deshalb soll die Ausführung der PV-Anlage erneut beraten und abschließend beschlossen werden.

Die geschätzten Kosten für eine PV Anlage mit 30 kWp betragen ca. 50-60 T€. Für einen Speicher sind zusätzlich ca. 1.000,- € pro kW Speichervolumen zu berücksichtigen.

Finanzierung:

Die Kosten werden über den Neubau der Feuerwehr dargestellt und ist über dieses Projekt mit zu finanzieren.

Fördermittel durch Dritte:

Eine konkrete Förderung ist je nach beschlossener Variante zu prüfen und zu beantragen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, folgende Anlage auszuschreiben und zu beauftragen:

1. Eine PV-Anlage kleiner 30 kWp mit Vollbelegung der Dachfläche zum Eigenverbrauch und Teileinspeisung.

A) mit Speicher, Größe _____ kW

B) ohne Speicher

2. Eine PV-Anlage kleiner 30 kWp mit Vollbelegung der Dachfläche zur Volleinspeisung.

Daniel Kullig
Bürgermeister

Anlagen:

Modellvarianten im Vergleich

Gemeinde Haseldorf

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0607/2023/HaD/BV

Fachbereich: Bauen und Liegenschaften	Datum: 15.11.2023
Bearbeiter: Pagelkopf	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Haseldorf	30.11.2023	öffentlich

Umgestaltung Schloßparkstadion

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund der Umgestaltung und Neubaus der Grundschule sowie der Sporthalle wird auch eine Überplanung des Schloßparkstadions notwendig.

Die aktuell vorhandenen Tennisplätze können an dem jetzigen Standort nicht weiterhin in Betrieb bleiben, da an dieser Stelle der Neubau der Sporthalle erfolgen wird.

Die Tennisplätze sollten dennoch weiterhin an den Sportplatz angegliedert sein.

Das Ingenieurbüro Lenk + Rauchfuß wurde im Jahr 2022 mit der Erstellung einer Planung für den Sportplatz beauftragt. Aus betrieblichen Gründen konnte das Ingenieurbüro den Auftrag nicht ausführen. Man ist übereingekommen den Auftrag an ein anderes Ingenieurbüro zu vergeben, welche eine erste Planung erstellt.

Das Amt wurde gebeten kurzfristig eine neue Ausschreibung zu starten und ein neues Ingenieurbüro zu beauftragen, welches die Leistungsphasen 1-2 vorrangig bis Ende Februar 2024 ausführen kann.

Das Ingenieurbüro Munder und Erzepky hat den Zuschlag erhalten.

Zwischenzeitlich hat bereits ein Vorgespräch mit dem Ingenieurbüro, dem Bürgermeister, dem Bauausschussvorsitzenden und der Amtsverwaltung stattgefunden.

Hierbei stellte sich heraus, dass der TV Haseldorf die Förderanträge stellen sollte. Dies bedarf allerdings der vorherigen Absprache und einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem TV Haseldorf und der Gemeinde.

Nachdem der TV Haseldorf eine Vereinbarung über die Antragstellung mit der Gemeinde Haseldorf geschlossen hat und die Leistungsphasen 1-2 abgeschlossen wurden, können die Fördermittel beantragt werden.

Über den Umfang der Baumaßnahme kann nach vorliegender Vorplanung und gestellten Förderanträgen beraten und beschlossen werden.

Finanzierung:

Die finanziellen Mittel für die Leistungsphasen 1-2 sind im Nachtragshaushalt 2023 sowie im Haushalt 2024 bereitzustellen.

Die Honorarermittlung des Ingenieurbüros wurde auf Grundlage der nach ersten vorsichtigen Schätzung ermittelten Baukosten in Höhe von 800.000,00€ vorgenommen.

Für den Haushalt 2024 sollten, sofern die Baumaßnahme im Jahr 2024 umgesetzt werden soll, bereits Haushaltsmittel in Höhe von 950.000,00€ bereitgestellt werden. Diese Summe setzt sich aus geschätzten Baukosten in Höhe von 800.000,00 € sowie den Honorarkosten für die Ingenieurleistung zusammen. Die Baukosten können mit einem Sperrvermerk versehen werden, so dass erst nach erfolgter Beschlussfassung über den Umfang der Maßnahme, diese beauftragt werden darf.

Wenn die benötigten finanziellen Mittel für die Umsetzung der Baumaßnahme über den Nachtragshaushalt bereitgestellt werden sollen, kann die Umsetzung sowie Auftragserteilung erst nach Freigabe des Nachtragshaushaltes zum 4.Quartal 2024 erfolgen.

Fördermittel durch Dritte:

Fördermöglichkeiten und Voraussetzungen:

Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt über den Verein, hierzu muss ein Pachtvertrag o.ä. vorliegen, Eigentümer der Fläche ist die Gemeinde.

Es können 3 Anträge über unterschiedliche Förderprogramme gestellt werden.

Eine baufachliche Prüfung über den Kreis Pinneberg ist bei Gesamtkosten der Maßnahme in Höhe von 25.000 EUR erforderlich. Eine Bauvorbesprechung ist hier rechtzeitig zu terminieren.

Sportförderungsrichtlinie des Kreises

Antragsteller:

Verein

Förderfähige Kosten:

Nach DIN 276 (KGr 300-700)

Antragsfrist:

bis 01.04. jeden Jahres (Bauvorgespräch bis 31.12. des lfd. Jahres)

Höchstförderung:

700.000 € (max. 15% der förderfähigen Kosten + Zusatzförderung anteilig jugendlicher Mitglieder)

Förderung des Landesportverbandes Schleswig-Holstein e.V

Antragsteller:

Verein (gemeinnützig oder Mitglied des LSV)

Förderfähige Kosten:

Sanierung, Neubau, Umbau und die Erweiterung von Sportstätten

Antragsfrist:

Laufend; (vorzeitiger Maßnahmebeginn möglich)

Höchstförderung:

90.000 € (max. 20 % der förderfähigen Kosten)

Sportstättenförderrichtlinie des Landesministeriums

- Angabe, dass die Mittel dem Verein weitergeleitet werden

Antragsteller:

Gemeinde

Förderfähige Kosten:

Erhaltung der Sportinfrastruktur nichtüberdachter Spielfelder und Laufbahnen, Leichtathletikinfrastruktur

Nicht förderfähig sind Spezialsportanlagen z.B. Tennis

Antragsfrist:

bis 31.12.2023 (vorzeitiger Maßnahmebeginn möglich)

Höchstförderung:

500.000 € (max. 50 % der förderfähigen Kosten)

Beachte:

- Vor Beauftragung der Leistungsphase 1-2 muss der Antrag beim Landesministerium gestellt werden, sonst können die Kosten nicht geltend gemacht werden (vorz. Maßnahmebeginn kurzfristig zu beantragen), hierzu müssen Kosten und erste Planung eingereicht werden (Finanzierungsplan kann später angepasst werden) – setzt natürlich nicht die Bewilligung voraus!
- Siehe nichtförderfähige Kosten bei der Sportstättenförderrichtlinie (müsste aus der Maßnahme rausgenommen werden).
- Der Eigenanteil bzw. die Eigenleistung muss mindestens 20% der Kosten betragen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Bürgermeister zu ermächtigen eine Vereinbarung zur Durchführung sowie Antragstellung von Fördermitteln mit dem TV Haseldorf zu führen und unter Einbindung der Amtsverwaltung diese abzuschließen. Des Weiteren werden die benötigten finanziellen Mittel im Haushalt bereitgestellt.

Kullig
(Der Bürgermeister)

Anlagen:

SPD
Ortsverein Haseldorf-Haselau

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Haseldorf-Haselau

Haseldorf, den 15.10.23

Antrag auf offizielle Beantragung zur Gebäudenutzung

Antrag: Der Bauausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt eine offizielle Anfrage an die Gemeinde Haselau in Q4 2023 zur erweiterten Nutzung gemeinsamer Gebäude für Energieerzeugungsanlagen.

Für den Fall einer Nutzung der Gebäude für Energieerzeugungsanlagen der Gemeinde Haseldorf ist darüber hinaus die Frage der Nutzeridentität und ggf. vorhandener Beschränkungen/Auflagen zu klären.

Begründung: Die Gemeinden Haselau und Haseldorf betreiben bzw. planen den Bau gemeinsamer Gebäude:

- Kindertagesstätte
- Turnhalle
- Schule (indirekt über das Amt GUMS)

Die Gebäude werden bereits mit Wärmepumpen und Solaranlagen geplant. Da die für den Betrieb notwendigen Solaranlagen voraussichtlich die Dachflächen nicht voll belegen, bietet sich eine weitere Belegung mit Solarmodulen und anderweitige Nutzung an (z.B. Beleuchtung Sportplatz bzw. Gemeinde Haseldorf).

Um ausreichend frühzeitig die Planung weiter gestalten zu können, sollte die Gemeinde Haseldorf bei der Gemeinde Haselau offiziell die weitere Nutzung der restlichen Dach- bzw. Gebäudeflächen beantragen. Sollte die Gemeinde Haselau ggf. eine Vollbelegung anstreben, um Einnahmen zu generieren, ist dies ebenfalls im Vorhinein zu klären.

Darüber hinaus sollte für die Planung geklärt werden, wie mit der notwendigen Nutzer-/Besitzeridentität im Fall der Stromerzeugungsanlagen zu verfahren ist.

Damit kommt die Gemeinde der eigenen Verpflichtung zur Klimaneutralität und

SPD
Ortsverein Haseldorf-Haselau

den Forderungen nach mehr Anstrengungen durch die Bevölkerung nach.

Michael Bauer, Boris Steuer
SPD Haseldorf-Haselau

SPD
Ortsverein Haseldorf-Haselau

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Haseldorf-Haselau

Haseldorf, den 15.10.23

Antrag auf Planung Batteriespeicher Turnhalle

Antrag: Der Bauausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt für die Planung der Turnhalle einen Raum für Batteriespeicher zu berücksichtigen

Begründung: Die Gemeinden Haselau und Haseldorf betreiben bzw. planen den Bau einer gemeinsamen Turnhalle.

Da das Gebäude aufgrund der geplanten Dachflächen ein hohes Potential für die Installation von Solarmodulen bietet, sollte der Energiekreis/die Gemeinde Haseldorf ein Konzept für die weitere Nutzung des überschüssigen Stroms entwickeln.

Es bietet sich an den erzeugten Strom – neben der Eigenversorgung der Turnhalle – für benachbarte kommunale Liegenschaften zu nutzen, z.B. die Flutlichtbeleuchtung des Sportplatzes.

Dazu sind Speicher zur Stromspeicherung notwendig. Dafür sollte in der Turnhalle in der Planung ausreichend Platz (~ 10 m²) berücksichtigt werden. Dabei ist auch der Brandschutz aufgrund der hohen Energieströme zu beachten.

Damit kommt die Gemeinde der eigenen Verpflichtung zur Klimaneutralität und den Forderungen nach mehr Anstrengungen durch die Bevölkerung nach.

Michael Bauer, Boris Steuer
SPD Haseldorf-Haselau

SPD
Ortsverein Haseldorf-Haselau

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Haseldorf-Haselau

Haseldorf, den 15.10.23

Antrag auf Planung Batteriespeicher Turnhalle

Antrag: Der Bauausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt für die Planung der Turnhalle einen Raum für Batteriespeicher zu berücksichtigen

Begründung: Die Gemeinden Haselau und Haseldorf betreiben bzw. planen den Bau einer gemeinsamen Turnhalle.

Da das Gebäude aufgrund der geplanten Dachflächen ein hohes Potential für die Installation von Solarmodulen bietet, sollte der Energiekreis/die Gemeinde Haseldorf ein Konzept für die weitere Nutzung des überschüssigen Stroms entwickeln.

Es bietet sich an den erzeugten Strom – neben der Eigenversorgung der Turnhalle – für benachbarte kommunale Liegenschaften zu nutzen, z.B. die Flutlichtbeleuchtung des Sportplatzes.

Dazu sind Speicher zur Stromspeicherung notwendig. Dafür sollte in der Turnhalle in der Planung ausreichend Platz (~ 10 m²) berücksichtigt werden. Dabei ist auch der Brandschutz aufgrund der hohen Energieströme zu beachten.

Damit kommt die Gemeinde der eigenen Verpflichtung zur Klimaneutralität und den Forderungen nach mehr Anstrengungen durch die Bevölkerung nach.

Michael Bauer, Boris Steuer
SPD Haseldorf-Haselau

SPD
Ortsverein Haseldorf-Haselau

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Haseldorf-Haselau

Haseldorf, den 15.10.23

Antrag auf Ermittlung der Gebäudeheizungsstruktur

Antrag: Der Bauausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt die Anfrage an den/die Bezirksschornsteinfeger durch die Gemeinde Haseldorf, eine straßenbezogene Übersicht über die vorhandenen Wärmeerzeugungsanlagen zur Verfügung zu stellen.

Begründung: Es wurde bereits Anfang des Jahres 2023 die Erstellung eines Kälte- und Wärmeplans für die Gemeinde Haseldorf beschlossen.

Dazu sollen im weiteren Verlauf die Bezirksschornsteinfeger eine Übersicht der vorhandenen Wärmeerzeugungsanlagen bereitstellen.

Da sich die Beantragung der Fördermittel für den Wärmeplan durch die Verwaltung verzögert hat und nicht mit Erstellung des Plans vor dem Jahr 2025 zu rechnen ist, sollte sich die Gemeinde Haseldorf bereits im Vorhinein mit der vorhandenen Heizinfrastruktur beschäftigen.

Damit kommt die Gemeinde der eigenen Verpflichtung zur Klimaneutralität und den Forderungen nach mehr Anstrengungen durch die Bevölkerung nach.

Michael Bauer, Boris Steuer
SPD Haseldorf-Haselau

Antrag

der Fraktion Bürger für Haseldorf (BfH)

Die Fraktion beantragt zur Sitzung des SKSU Haseldorf am 07.11.2023

Der SKSU empfiehlt der Gemeindevertretung Haseldorf folgenden Beschluss zu fassen:

Für das Jahr 2024 wird beim Förderprogramm für Klein(st)projekte der Aktivregion der Haseldorfer Marsch und Geest folgendes Projekt zur Förderung angemeldet:

Der Spielplatz Opn Kamp in Haseldorf soll eine überdachte Sitzplatz-/Rückzugsmöglichkeit erhalten. Hierfür kann ein Carportbausatz (ca. 3,5 x 5 Meter) verwendet werden. Dieser sollte dann an zwei Seiten geschlossen werden und über eine Sitzmöglichkeit (Sitzbank) verfügen. Sofern möglich sollte das Dach begrünt werden. Die Aufstellung sollte möglichst durch ein ortsansässiges Unternehmen erfolgen.

Die Verwaltung des Amt Gums wird beauftragt, Angebote für die Verwirklichung des Projektes einzuholen und fristgemäß einen Förderantrag bei der Aktivregion zu stellen. Nach erfolgter Förderzusage soll das Projekt umgesetzt werden.

Sofern nicht bereits vorhanden, sollen die nicht durch die Förderung abgedeckten Kosten für die Umsetzung im Haushalt bereitgestellt werden (schätzungsweise max 1000,-- €)

Begründung

Die Aktivregion der Haseldorfer Marsch und Geest fördert sogenannte Klein(st)projekte bei denen die Gesamtkosten 20.000,-- € nicht übersteigen mit

einer Quote von 80%. Dadurch entstehen der Gemeinde bei der Umsetzung eines solchen Projektes Kosten in Höhe von maximal 4.000,-- €.

Der Spielplatz Opn Kamp wird gerne von Familien aus dem gesamten Dorf besucht. In der zurückliegenden Zeit wurden auch Spielgeräte erneuert oder repariert, um dieses Angebot aufrecht erhalten zu können.

Die Nutzung des Spielplatzes erfolgt nicht nur bei Sonnenschein. Auch bei wechselhaftem oder leicht regnerischem Wetter wird dort gespielt. Für die Kinder und deren Eltern befindet sich dort jedoch keine Möglichkeit, sich vor übermäßigen Wettereinflüssen zu schützen. Sowohl bei (ggf. auch extremer) Sonneneinstrahlung als auch bei regnerischen oder wechselhaften Wetterverhältnissen müssen alle Personen im Freien stehen. Eine ggf. auch für kurzfristige Anlässe dienende Unterstellmöglichkeit ist nicht vorhanden.

Dieser Zustand kann durch die Aufstellung des vorgeschlagenen Carports deutlich verbessert und dadurch auch die Attraktivität des Spielplatzes gesteigert werden. Nach vorläufiger Schätzung werden sich die Kosten für das Projekt deutlich unterhalb der Grenze von 20.000,-- € bewegen. Materialkosten zwischen 1000,-- und 2.500,-- € sind realistisch. Hinzu kämen die Kosten für die Aufstellung.

Haseldorf, 23.10.2023

Andreas Langbehn
Fraktionsvorsitzender

Bürger für Haseldorf (BfH) – Freie Wählergemeinschaft

Antrag

der Fraktion Bürger für Haseldorf (BfH)

Die Fraktion beantragt zur Sitzung des SKSU Haseldorf am 07.11.2023

Der SKSU empfiehlt der Gemeindevertretung Haseldorf folgenden Beschluss zu fassen:

Für das Jahr 2024 wird beim Förderprogramm für Klein(st)projekte der Aktivregion der Haseldorfer Marsch und Geest folgendes Projekt zur Förderung angemeldet:

Das Gemeindegrundstück (58 Flur 2) am Deichfuß (siehe anliegenden Lageplan) soll als Wanderweg zwischen dem alten Hafen und der Deichstöpe zum neuen Hafen entwickelt werden. Dazu ist es notwendig einen Weidezaun (aus Eichepfählen) auf einer Strecke von ca. 450 Metern als Begrenzung zum Landschaftsschutzgebiet aufzustellen. Je nach Zustand bereits vorhandener Einzäunung ist dies ggf. auch auf der anderen Seite am Deich erforderlich.

Die Errichtung des Zaunes soll mit Hilfe ortsansässiger Landwirte erfolgen. Die entsprechenden Details müssen noch abgestimmt werden. Weiterhin müssen mit angrenzenden Grundstückseigentümern, welche im Verlauf des geplanten Weges teilweise Zäune und Tore errichtet haben, diesbezügliche Gespräche geführt werden.

Die Verwaltung des Amt Gums wird beauftragt, Angebote für die Materialkosten der Zäune einzuholen und fristgemäß einen Förderantrag bei der Aktivregion zu stellen. Nach erfolgter Förderzusage soll das Projekt umgesetzt werden.

Sofern nicht bereits vorhanden, sollen die nicht durch die Förderung abgedeckten Kosten für die Umsetzung im Haushalt bereitgestellt werden (maximal mögliches Volumen 4.000,-- €)

Begründung

Die Aktivregion der Haseldorfer Marsch und Geest fördert sogenannte Klein(st)projekte bei denen die Gesamtkosten 20.000,-- € nicht übersteigen mit einer Quote von 80%. Dadurch entstehen der Gemeinde bei der Umsetzung eines solchen Projektes Kosten in Höhe von maximal 4.000,-- €.

Der alte Hafen in Haseldorf mit seinem Parkplatz wird gerne angefahren und entsprechend genutzt. Derzeit besteht jenseits der Straße keine offiziell ersichtliche fußläufige Verbindung zwischen dem alten und dem neuen Hafen. Derzeit kann lediglich der Weg über die Deichkrone gewählt werden. Hierbei ist jedoch auf ggf. vorhandene Schafe zu achten. Ggf. sind auch Tore oder Zäune im Weg.

Dieser Zustand kann durch die Entwicklung eines Wanderweges im Sinne einer attraktiven Naherholung deutlich verbessert werden. Das erforderliche Grundstück befindet sich bereits im Eigentum der Gemeinde Haseldorf. Die Kosten für die Errichtung notwendiger Zäune sollen durch Hilfrstellung aus dem Dorf möglichst gering gehalten werden. Nach vorläufiger Schätzung werden sich die Materialkosten deutlich unterhalb der Grenze von 20.000,-- € bewegen.

Haseldorf, 23.10.2023

Andreas Langbehn
Fraktionsvorsitzender

Bürger für Haseldorf (BfH) – Freie Wählergemeinschaft

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Haseldorf-Haselau

Haseldorf, den 01.11.2022

SPD Haseldorf-Haselau stellt den Antrag auf Aufstellung von Fahrradreparaturstationen.

Antrag: Der Haseldorfer Bauausschuß prüft die Aufstellung von Fahrradreparaturstationen an mehreren Orten der Gemeinde. Der Haseldorfer Finanzausschuß prüft die Finanzierbarkeit für mindestens 2 Fahrradreparaturstationen. Beide Ausschüsse empfehlen dem Gemeinderat die Umsetzung der Maßnahmen.

Haseldorf ist und bleibt ein beliebtes Ziel für Tagestouristen. Nicht wenige davon sind mit dem Fahrrad in der Haseldorfer Marsch unterwegs. Damit noch mehr Besucher dazu angeregt werden das Auto stehen zu lassen und stattdessen mit dem Rad den Ausflug planen, sollten entsprechende Anreize geschaffen werden. Eine einfache, wie auch sinnvolle Maßnahme ist die Aufstellung von Fahrradreparaturstationen (Beispielbilder nächste Seite).

Als Aufstellungsorte eignen sich sowohl der Alte- als auch Neue-Hafen, sowie der Parkplatz vor der Kita.

Für die Finanzierbarkeit sollte in Erwägung gezogen werden Mittel der Aktivregion abzufragen. Zusätzlich bieten diese Stationen Flächen für Werbezwecke, sodass eine zusätzliche Finanzierung über Sponsoring möglich sein könnte.

Beispiele

Michael Bauer
SPD-Haseldorf

SPD
Ortsverein Haseldorf-Haselau

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Haseldorf-Haselau

Haseldorf, den 01.11.2022

SPD Haseldorf-Haselau stellt den Antrag zur Errichtung von eBike Ladestationen.

Antrag: Der Haseldorfer Bauausschuß prüft die Aufstellung von eBike Ladestationen an mehreren Orten der Gemeinde. Der Haseldorfer Finanzausschuß prüft die Finanzierbarkeit für mindestens 2 eBike Ladestationen. Beide Ausschüsse empfehlen dem Gemeinderat die Umsetzung der Maßnahmen.

Sie sind nicht länger nur ein Trend, sie sind mittlerweile weit verbreitet. Die Rede ist von eBikes als Freizeitsportgerät aber auch als gute Alternative für weitere und längere Tagesausflüge für jung und alt. Diese müssen aber zwischendurch nachgeladen werden. Dieses ist durchaus eine Herausforderung, wenn man längere Touren plant. Damit die touristische Attraktivität in diesem Bereich auch weiter steigt, braucht es genügend Ladeinfrastruktur (Beispiele unten).

Als Aufstellungsorte eignen sich möglicherweise der Alte- als auch Neue-Hafen, sowie der Parkplatz vor der Kita.

Für die Finanzierbarkeit sollte in Erwägung gezogen werden Mittel der Aktivregion abzufragen. Zusätzlich bieten diese Stationen Flächen für Werbezwecke, sodass eine zusätzliche Finanzierung über Sponsoring möglich sein könnte. Weiterhin sollte über das Amt geprüft werden, ob entsprechende Fördermöglichkeiten bestehen.

SPD
Ortsverein Haseldorf-Haselau

Beispiele

Michael Bauer
SPD-Haseldorf

SPD
Ortsverein Haseldorf-Haselau

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Haseldorf-Haselau

Haseldorf, den 01.11.2022

SPD Haseldorf-Haselau stellt den Antrag zur Errichtung eines öffentlichen Grillplatzes am Alten Hafen.

Antrag: Der Haseldorfer Bauausschuß prüft die Errichtung eines öffentlichen Grillplatzes am Alten Hafen. Der Haseldorfer Finanzausschuß prüft die Finanzierbarkeit der Errichtung. Beide Ausschüsse empfehlen dem Gemeinderat die Umsetzung der Maßnahmen.

Der Alte Hafen wurde gerade erst mit neuen Sitzbänken ausgestattet. Um die Attraktivität dort weiter zu steigern und EinwohnerInnen sowie Tagesgäste dazu zu animieren dort länger zu verweilen, ist die Errichtung eines öffentlichen Grillplatzes ein guter nächster Schritt. Zusätzlich könnte es dazu führen, das Fahrzeuge dort abgestellt werden und der Weg entlang des Deiches zum Neuen Hafen attraktiver wird.

Für die Finanzierbarkeit sollte in Erwägung gezogen werden Mittel der Aktivregion abzufragen. Zusätzlich bieten sich hier die Errichtung als Gemeinschaftsaktion mit Unterstützung von Vereinen an.

Michael Bauer
SPD-Haseldorf

Big Foot + Big Foot 2.0
 Umbau auf Wärmeinjektion

Blatt 1

Längsschnitt Schwimmkörper (Motor, Pumpe)

Blatt 2

Big Foot 2.0

Abstand Fluss-pumpe, Motor + Pumpe 1652
zur Vorlaufst. V

1920

5 nachsicht

Motor

7100

7045

Rahmen für Motor + Pumpe

U 100

Abstand ca 670

zur Verbindung

der beide Schwimmkörper

Lage Rohr

Abganges zum

Spülkasten

Leerst. 00

2000

2000

2 Schwimmkörper l. s. h. = 4000 · 900 · 1000

200

500

760

1000

M 1:15

Komponenten
Gummis

Komponenten
200 x 300
Gummis

DN150
PN10

DN150
PN10

DN300

300

DN300

Rückseite
Klopp

Einlauf trommel
beton
10 mm

Einlauf trommel
mit Gitter

200
200

Anmerkungen zur Anordnung
der Pumpe

Höhe in Bezug auf den
Rahmen - Welle Motor + Welle Pumpe
Motor muss wahrscheinlich etwas
höher gesetzt werden

Abstand in Längsrichtung

Motor und Pumpe hängt
von der Wellenverbindung ab,
ist aber wichtig für die Schwerpunkts-
berechnung - diese muß mit den
endgültigen Abmessungen wiederholt
werden

Also, endgültige Festlegung der Position
in Längsrichtung erst möglich, wenn
die Art des Zusammenbaus von Motor
und Pumpe bekannt bzw. gebaut
ist.

Verbindungs Pumpe → Rohrleitungen
über Kompensatoren / Gummi

Saugseite DN 300 → DN 200 als Reduzierstück

Druckseite DN 200 → DN 200

Querschnitt

weiter wie Beckbordseite

Verzweigert aus 2 Rohrbögen 90°

DN250, Bauart 2D

$R_A = 254 \text{ mm}$
 $W = 397$

Rahmen Motor/Pumpe - 1100

Steuerbord

Ansaugum

Unterbleche 300 x 10 x 5 Hand arm aufschweißen

Verbindungsrohr-Deck

Drehflansch DN 150

10000 M 1:75

500

100

Gewichts berechnung

Druckseite

DN 250 z.B. Rohr 273 x 5

$\rho_{\text{leer}} = 33 \text{ kg/m}$

$d_i \approx 263$

$\rho_{\text{Wasser}} = 0,131^2 \cdot \pi \cdot 1000$

$d_i/2 = r = 131 \text{ mm}$

$= 54 \text{ kg/m}$

$\rho_{\text{Gesamt}} = 87 \text{ kg/m}$

Rohr Länge auf der Druckseite

Kompensation

$$l = 2 \cdot \left(2 \cdot \frac{0,2254 \pi}{2} + 0,15 + 1,7 + 0,3 \right) + d_i/2$$

$\frac{0,2254 \pi}{2}$ Viertelkreis
 2 2 Stück
 $0,15$ Zwischenstück
 $1,7$ Schräges Rohr
 $0,3$ bis Ende Durchflans
 $d_i/2$ nach unten

$= 4,90 \text{ m}$

2,39

Rohr, leer = $4,90 \cdot 33 = 162 \text{ kg}$

Wasser im Rohr = $4,90 \cdot 54 = 265 \text{ kg}$

Rohr voll = 327 kg

Kreisumfang

$U = d \cdot \pi$

$= 2r \cdot \pi$

Viertelkreis

$U_v = \frac{2}{4} \cdot r \cdot \pi$

$= r \cdot \frac{\pi}{2}$

Gewichts berechnung

Saugseite

DIV 300 Rohr 323,9 · 5,6

$D_i \approx 312$

$G_{\text{leer}} = \underline{44 \text{ kg/m}}$

$G_{\text{Wanne}} = \pi \cdot r^2 \cdot 1000 = \pi \cdot r^2 \left(\frac{0,312}{2} \right) =$
 $= \underline{76 \text{ kg/m}}$

$G_{\text{Woll}} = 120 \text{ kg/m}$

Länge der Saugseite

$l = 0,3 + 0,305 \cdot \frac{\pi}{2} + 1$

$= 1,8 \text{ m}$

$G_{\text{Rohr, leer}} = 1,8 \cdot 44 + 20 = 99,2 \approx \underline{100 \text{ kg}}$
Rechnung
Klappe

$G_{\text{Wanne im Roh}} = 1,8 \cdot 76 = \underline{137 \text{ kg}}$

$G_{\text{Woll}} = \underline{237 \text{ kg}}$

Schwerpunkte abschätzung

Hebelarme ab Außenkarte Motor

<u>Bau teil</u>	<u>g</u>	<u>Hebelarm</u>
Motor	400	550
Rahmen	130	1200
Pumpe	585	2000
Wanne in Pumpe	100	2145
Druck leitungs mit Wanne	327	1520
Saugleitern voll	237	2800

$$\sum g_{\text{gesamt}} \cdot s_{\text{gesamt}} = \sum_1^i g_i \cdot s_i$$

$$s_{\text{gesamt}} = \frac{\sum_1^i g_i \cdot s_i}{g_{\text{gesamt}}}$$

1
gerechnet ab
Außenkarte
Motor

Berechnung siehe Folie 6/11

"Spülbalken I"

Abstand
 Außenseite Rohr 3300 mm
 Achsabstand 3050 mm

(siehe Blatt 9)

Anzahl der Düsen

Annahme: Der Energieverlust des austretenden Strahls betrage 5 m
 das ist ungefähr so wie ein 5 m hohe Behälter, der mit Wasser gefüllt ist, und wo unten aus einer Loch Wasser raus läuft

Energieerhaltung:

$$\frac{v^2}{2g} = 5 \text{ m}$$

$$v = \sqrt{5 \cdot 2 \cdot 9,81} = 9,9 \text{ m/s} \approx 10 \text{ m/s}$$

Volumenstrom Q_i von einer Düse

$$Q_i = v_i \cdot \pi \cdot r^2 \quad \begin{matrix} 11 \text{ mm} \approx 0,011 \\ 10 \text{ m/s} \end{matrix}$$

$$= 0,0038 \text{ m}^3/\text{s}$$

Uhrer Pump schaffe

$$Q_{\text{Pump}} = 750 \text{ m}^3/\text{h} \quad / : 3600 \text{ s}$$

$$= 0,208 \text{ m}^3/\text{s}$$

$$\text{Anzahl der Düsen} = \frac{Q}{Q_i} = 55 \text{ Stück}$$

Die Pumpe hat eine Förderhöhe von 11,5 m

↳ Bei einem Druckverlust am Austritt

$$h_v = 7 \text{ m}$$

ergeben sich

$$v = 11,7 \text{ m/s} \quad Q_i = 0,00445 \text{ m}^3/\text{s}$$

$$\text{Anzahl der Düsen} = 47$$

gewählt Düsendurchmesser 70 mm

$$\hookrightarrow 3540 : 70 = 50,5 \text{ Düsen} \rightarrow \underline{\underline{50 \text{ Stück}}}$$

3540
" Düsendurchmesser

Rohr. $323,9 \cdot 5,6$

$\hookrightarrow \approx 324 \Rightarrow \sigma / d/2 = 162$

horizontal - Position

← Bug

→ Heck

Mittelachse Düren
um $8,2^\circ + \frac{27,5^\circ}{2} = 78,95^\circ$
verdreh (Blatt 1)

162

Mittellinie
Reihe 2
Reihe 1

10

10

Stückliste Rohr und Armaturen

DN 300

1. Kompensator, siehe Angebot DN 250 → 300
PN 10 → PN 6

1 Rohrbohrer (siehe Anlage 5)

Bauart 210

DN 300

1 Stück

1 Rohr 323,9 · 5,6

$l = 1000$ (300 mm Querschnitt
Rohre ein gerechnet)

1 Rückschlagklappe

(Verschluss siehe Anlage)

↳ Flanschschliffe wenn möglich PN 6

1 Einlaufkompete (selbst bauen, oder

Reduzierstück
+ Schutzgitter)

Gitter

3 Schweißflansche PN 6

↳ Anschluss an Kompensator

↳ verbindet zu Rückschlagklappe
auf beiden Seiten

wenn hier nur PN 10 erhältlich,

alle Flansche PN 10 wählen und

Kompensator entsprechend bestellen

Für Spülballen

1 Rohr 323,09 · 5,6

$$l = 3050 - 2 \cdot 305 = 2440 \text{ mm}$$

2 Bögen (siehe Anlage 5)

Bauart 2D DN 300

2 Reduzierstücke DN 250 → DN 300

4 Flansche DN 250, PN 6 (siehe Anlage 6)

Pontons → Montage der Anlage

U 100 $l = 2500$ — 7 Stück

U 100 für Rahmen Motor Pumpe

$$l = 2 \cdot 2400 + 2 \cdot 1000 \approx 6800$$

Kleinstmaterial Blech 5 mm Auflageren U-Eise
für Befestigen
Rohre etc
z

DN 250

1 Kompensator, Gummi DN 250 - DN 250
Flansch PN 10 - PN 6

Rohr DN 250, 273 x 5

Länge ca. $2 \times 77500 + 2 \cdot 1500 = 26000 \text{ mm}$
 Längsleiter Pantalon

Flansche:

- Kompensator zur Verzweigung (Hosenrohr) 1 Stück
- Verzweigung → Rohr 2 Stück
- Anschluss Drehflansch (Achtens, Drehflansch auf Art der Flanschen prüfen) 4 Stück
- Teilung der beiden Spülrohre in der Mitte 4 Stück
- Anschluss Spülbalken (an das Reduzierstück) 4 Stück
- 2 Drehflansche → siehe Anlage
- Rohrkrümmen DN 250 Bauart 2D (siehe Anlage 5) 8 Stück

Leinwand
Spannband
mit
Dreh
spanner

Leinwand
Spannung

Detail

5000

1:50

1000

2000

500

Uprofil an Ponton
mit PE ausgekleidet

Dre beidern Schwimmkörper

Außenmaß $L = 4000$

$B = 900$

$H = 1000$

Material Stahl

weil wir soviel Stahl teile darauf bauen müssen, dass wir galvanische Korrosion an Aluminium (wenn die Schwimmkörper aus Alu wären) nicht verhindern können.

Auch die Gewichtsersparung bei Alu hilft um nicht, das macht im Verhältnis zum Gesamtgewicht zu wenig aus

Zum Korrosionsschutz:

Innen: Wir machen die Schwimmkörper dicht, stellen beim letzten Zurnachen eine Yereu rein

↳ wo kein Sauerstoff → keine Korrosion!

Außen - normal Beschichten & - Epoxy Grund.

Anti-couling.

Blech 4 mm reicht

4000 · 1000 → 4 Stück (alle Seiten beliebig)

4000 · 900 → 4 Stück (Boden und Decke)

1000 · 900 → 4 Stück (Stirnseiten)

Spannen aus kleinen L-Profilen 30 × 20 × 3
oder gekantetes Blech

Spannabstand ≈ 300 mm

↳ 4000 : 13 → 307 mm

als 12 Spannen für die Seiten und Boden + Decke

$$↳ 12 \cdot 1000 \cdot 4 = 48000$$

$$12 \cdot 900 \cdot 4 = 43200$$

Stirnseiten, Spannen senkrecht anordnen

Spannabstand 300 mm

$$2 \cdot 1000 \cdot 4 = 8000$$

Schweißbolze Spannen am Blech

je 100 mm links - 100 mm freilassen

- 100 mm rechts o.ä.

Stringer

Seiten teile und Deckel/Boden jeweils in
die Mitte mit einem Stringer versehen

Z. B. T-Profil

An den Kreuzungen
mit den Spannen aussägen

Biege steife Ecken aus Spannen bilden

Spannen in die
Ecken gesetzt
setzen und
wie dargestellt
verschweißen

An jede zweiten Rahmenreihe
noch eine Eckverstärkung aus 3mm Blech
z. B. so herstellen und einschweißen

(nicht meine Idee, ist bei Sieder elv
so gebaut 😊)

Davon brauche wir

$$6 \times 4 \times 2 = 48 \text{ Stück}$$

Anlage 7

Sewatec D 250-400G H

Förderstrom	743,55 m³/h
Förderhöhe	11,53 m
Wirkungsgrad	72,1 %
Leistungsbedarf	32,29 kW
Pumpendrehzahl	1481 1/min
NPSH 3%	2,27 m
zulässiger Betriebsdruck	10,00 bar r
Enddruck	1,13 bar r

Motorbemesseungsleist. P2 37,00 kW
 vorhandene Reserve 14,60 %

↳ 585 kg

1) Das Flanschzwischenstück ist als Zubehör erhältlich.

2) Reinigungsöffnung am Pumpengehäuse befindet sich bei der Baugröße 150-401 auf

Darstellung ist nicht maßstäblich

Maße in mm

Anlage 2

Drauf- und Seitenansicht 1:50

Anlage 3

Draufsicht 1 : 50

Seitenansicht 1:50

Anlage 4

**Rohrbogen nach EN 10253-2
Baumasse und Toleranzen**

WH-Merkblatt 280

Blatt 2 von 3

Rohrbogen 45°

Rohrbogen 90°

Rohrbogen 180°

Baumasse EN 10253-2

Abmessung		Bauart 2 D		Bauart 3 D		Bauart 5 D	
DN	D	R	B-W-Z	R	B-W-Z	R	B-W-Z
250	273,0	254	391	381	518	650	786
300	323,9	305	467	457	619	770	932
350	355,6	356	533	533	711	850	1.028
400	406,4	406	610	610	813	970	1.173
450	457,0	457	686	686	914	1.122	1.350
500	508,0	508	762	762	1.016	1.245	1.500
550	559,0	559	838	838	1.118	1.398	1.677
600	610,0	610	914	914	1.219	1.525	1.830
650	660,0	660	990	990	1.320	1.650	1.980
700	711,0	711	1.066	1.067	1.422	1.778	2.133
750	762,0	762	1.143	1.143	1.524	1.905	2.286
800	813,0	813	1.220	1.219	1.626	2.033	2.439
850	864,0	864	1.296	1.296	1.728	2.155	2.587
900	914,0	914	1.371	1.372	1.829	2.285	2.742
1.000	1.016,0	1.016	1.524	1.524	2.032	2.540	3.048
1.050	1.067,0	1.067	1.600	1.600	2.134	2.665	3.201
1.100	1.118,0	1.118	1.677	1.677	2.236	2.790	3.354
1.150	1.168,0	1.166	1.749	1.752	2.336	2.915	3.504
1.200	1.219,0	1.219	1.830	1.829	2.438	3.050	3.657

Die zusätzlich zu den Radien (Wert „R“) angegebenen Werte „B-W-Z“ wurden aus „R“ errechnet und dienen dem Nachweis, dass der Rohrbogen den Anforderungen entspricht, da eine Messung von „R“ in der Praxis nicht möglich ist.

Jede Art der Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der W. Hülsmann GmbH, Bünde gestattet

Anlage 6

PN6

DN	d1	d5	D	b	R	d2	x	Anzahl der Schrauben
250	273,0	276,2	375	24	335	18	12	
300	323,9	327,6	440	24	395	22	12	

PN10

250	273	276,2	395	26	350	18	12
300	323,9	327,6	445	26	400	22	12

Sehr geehrte Frau Müller,

auf Hinweis von Herrn Bgm Kullig aus Haseldorf möchte ich mich mit folgender Bitte an Sie wenden:

Der Wassersportclub Haseldorf beseitigt seit vielen Jahren den im Haseldorfer Hafen anfallenden Schlick auf eigenen Kosten und tut dies auch für den kommunalen Teil des Hafens entlang der Handelskaje.

Aufgrund der Elbvertiefungen und die damit verbundenen Erhöhungen der Sedimentkonzentrationen im Elbwasser ist der Aufwand für die Unterhaltungsbaggerung im Laufe der Jahre kontinuierlich gestiegen. Seit einigen Jahren werde die laufenden Kosten auch von Elbe-Fond bezuschusst. Dieser bezuschusst allerdings keinerlei Neuanschaffungen von Gerät.

Wir planen für diesen Winter ein Umbau unseres Gerätes. Bisher setzen wir ein ehemaliges Schubboot der Bundeswehr ein, das den Schlick eggt und mit dem Schraubenstrahl spült. Mittlerweile benötigen wir aber im Frühjahr fast zwei Monate, um den Schlick für die kommende Saison zu entfernen.

Deswegen möchten wir dieses Gerät technisch verbessern und dafür auf die sogenannte Wasserinjektionsbaggerung umstellen, die sich in der professionellen Baggerunterhaltung auf der Elbe in den letzten beiden Jahrzehnten bewährt hat. Die Maßnahme besteht im Wesentlichen aus dem Ankauf einer geeigneten Pumpe. Einen Antriebsmotor haben wir bereits dafür. Ferner müssen wir Einiges an Rohrleitungen, speziellen Flanschen, Kompensatoren sowie Stahlbauprofilen erwerben. Der Bau/Umbau selbst soll in Eigenleistung erfolgen.

Wir schätzen die Kosten für die einzukaufenden Teile zu etwa 25 T€ netto ab.

Nun zu unserer Frage, gibt es aus ihrer Sicht ein geeignetes Förderprogramm, aus das wir als Wassersportclub Haseldorf oder ggf. auch die Gemeinde Geld für diese Maßnahme erhalten könnten?

Wir planen mit den Arbeiten in diesem Winter zu beginnen, da wir das Gerät bereits im nächsten Frühjahr einsetzen möchten.

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Wassersportclub Haseldorf e. V.

[REDACTED]

[REDACTED]

Vielen Dank Daniel,

für Deine Beratung heute. Ich schicke Dir zur Information über unser Gerät zwei Dokumente, dies sind zum einen

die hydraulische Bemessung, mit der ich die Pumpen, Rohrleitungen und Düsen dimensioniert habe und

die Konstruktion und Bemessung des Gerätes einschließlich der Schwimmstabilität.

Wir rechnen mit Kosten netto von 25 T€ (netto) von denen 11 T€ auf die Pumpe entfallen, das Herzstück unserer Anlage

Herzlichen Gruß

Abb. 1: Abfließen der Sedimentsuspension nach Wasserinjektionsbaggerung (nach Krohn, 1991)

Die Anzahl der Düsen sollte so geringfügig
werden, dass sich ein dichtes Verteilern
ergibt: mit $Q = 0,194 \text{ m}^3/\text{s}$

Düsenauslegung

d (mm)	10	20	30
r (m)	5,00E-03	1,00E-02	1,50E-02
A	7,85E-05	3,14E-04	7,07E-04
v (m/s)	→ 10	→ 10	→ 10
Q, Düse	7,85E-04	3,14E-03	7,07E-03
Anzahl	247,57	61,89	27,51

$$\frac{v^2}{2g} = \frac{10 \cdot 10}{2 \cdot 9,81} = 5 \text{ m}$$

↳ es sollen sich ca. 60 Düsen
die entlang des Querbalkens verteilen
sind, bei einer Länge von 5 m
beträgt der Düsenabstand 7,8 cm

Ecken ausrunden

bei der vorgesehenen Kontraktion
des Querbalkens ist es
sinnvoll auch einige Düsen
am den 90° Bögen zu
platzieren.

①

(Voraussetzung 1)

Big Foot

Umbau

Es mi Hand

de Schlauchlängen

dünne
Schlauch

Biogradius
Schlauch 2x 1,7

2x 110
2x 110
2x 110
2x 110
2x 110
2x 110

Detail

Bewegung durch Hydraulik
Set in Kombination mit
Flaschen

Vergrößerung
des Weges
durch
Tafel

7:50

Druckverlust in den
Schläuchen

DN 200 →

$$Q = \text{Pumpe } 700 \text{ m}^3/\text{h} \\ = 0,1794 \text{ m}^3/\text{s}$$

verteilt auf 2 Schläuche

$$Q/2 = \underline{\underline{0,0972 \text{ m}^3/\text{s}}}$$

Verlust durch
Rohrreibung

$$h_r = \lambda \frac{L}{d} \cdot \frac{v^2}{2g}$$

$$v = \frac{Q}{A}$$

$$= \frac{Q}{\pi \cdot r^2}$$

$$= \frac{0,0972}{\pi \cdot 0,1^2}$$

$$= \underline{\underline{3,09 \text{ m/s}}}$$

$$\frac{1}{\sqrt{\lambda}} = -2,0 \cdot \lg \left(\frac{2,51}{\text{Re} \sqrt{\lambda}} + \frac{k/d}{3,71} \right)$$

k = hydraulische
Rauheit

k angesetzt 0,4 mm
entspricht mäßig
versetztem Stahlrohr

$$\frac{v^2}{2g} = 0,487$$

Mood's - Diagram

$$\frac{k}{d} = \frac{0,0004}{0,2} = 0,002 \approx 2 \cdot 10^{-3}$$

$$\text{Re} = \frac{v \cdot d}{\nu} = \frac{3,09 \cdot 0,2}{1,24 \cdot 10^{-6}} \\ = \underline{\underline{5 \cdot 10^5}}$$

(3)

$$\text{Moody} \Rightarrow \lambda = 0,025$$

$$h_r = 0,025 \cdot \frac{8}{0,2} \cdot 0,487$$
$$= 0,487 \text{ m}$$

$$\Rightarrow \text{mit } k = \underline{1 \text{ mm}}$$

$$k/d = \frac{0,001}{0,2} \quad 5 \cdot 10^{-3}$$

$$\Rightarrow \lambda = 0,03$$

$$h_r = 0,03 \cdot \frac{8}{0,2} \cdot 0,487$$
$$= 5,86 \text{ m} !$$

Die hydraulische Strecke

1 - Einlaufbronnpet

2 - Rohrstück DN 300

2-3 - 90° Bogen DN 300

3 - Verzweigung auf DN 250, gleichzeitig Kompensator

4 - Rückschlagklappe am Ausgang der Pumpe, DN 250

5-5 5 - 720° Bogen, DN 250, Rohr wird auf Deck gelöhrt

5-6 Kompensator und Behälter auf DN 300

6 - 90° Bogen DN 300

7 - Gerade Rohrstück $l \approx 2m$, DN 300

8 - Verzweigung DN 300 auf 2x DN 200

9 - Gerade Rohrstück $l \approx 2m$ DN 200 / Q/2

10 - 90° Bog DN 200 / Q/2

6

71 Schlauch 8m lang DN 200 Q/2

72 Aufweitern DN 200 auf DN 300

73 90° Bogen DN 300 / Q/2

Einige hydraulische Kennzahl

dynamische Zähigkeit bei 72°

$$\eta_g = 7,24 \cdot 10^{-6}$$

Rauhigkeit Stahlrohr $k = 0,4 \text{ mm}$

Rauhigkeit Schlauch $k = 1 \text{ mm}$

$$Q = 700 \text{ m}^3/\text{h}$$

bei zwei Stränge

$$= 0,799 \text{ m}^3/\text{s}$$

$$\approx 0,0972 \text{ m}^3/\text{s}$$

	Q 0,19444444 m3/s		ny 1,24E-06			
	0,4 mm		hydraulische Rauigkeit Stahl			
	1 mm		hydraulische Rauigkeit Schlauch			
	Q	Q/2	Q	Q/2	Q	Q/2
	0,1944	0,0972	0,1944	0,0972	0,1944	0,0972
DN	200 mm		250 mm		300 mm	
r	0,100	0,100	0,125	0,125	0,150	0,150
A	0,031		0,049		0,071	
Q	0,194	0,097	0,194	0,097	0,194	0,097
v	6,189	3,095	3,961	1,981	2,751	1,375
v ² /2g	1,953	0,488	0,800	0,200	0,386	0,096
Re	9,98E+05	4,99E+05	7,99E+05	3,99E+05	6,66E+05	3,33E+05
k/d (Stahl)	2,00E+00	2,00E+00	1,60E+00	1,60E+00	1,33E+00	1,33E+00
k/d (Schlauch)	5,00E+00	5,00E+00	4,00E+00	4,00E+00	3,33E+00	3,33E+00

Geudlll

300 Bogen, Bauart 3

r_R = 457 mm d = 300 mm

k = 0,0004 m
= 0,4 mm

$$\int_K 1900 = \frac{0,27}{\sqrt{\frac{0,457}{0,3}}} \left(1 + 10^3 \frac{0,4}{300} \right)$$

2,3

= 0,397

h_v = $\frac{0,386}{\sqrt{25}} \cdot 0,397 = 0,15 \text{ m}$

3) → Übergang auf DN 250
gleichwert Kompensator

Wenn $\alpha < 75^\circ$ ist
dann sind die Verluste
nahe 0

das ist bei allen handelsüblichen
Übergangsstücken gegeben

④ Rückschlagklappe
am Austritt der Pumpe

Verlustbeiwert $\zeta = 0,9$

$h_v = 0,4 \cdot 0,8 = 0,32 \text{ m}$

⑤ 135°-Bogen DN 300

am Ausgang der Pumpe

↳ Bauart 2
enge Krümmung

$\zeta_K = \zeta_{K, 90} = \zeta_{K, 150} \cdot \left(1 + 10^3 \cdot \frac{0,4}{300} \right)$
 $\zeta_{K, 90} = \frac{0,21}{\frac{\sqrt{305}}{300}} \cdot 2,3$

$= 0,477$

$h_v = 0,477 \cdot 0,386 = 0,18 \text{ m}$

⇒ Bogen wird als 135° haben

$= h_v \text{ statt } \approx 0,36 \text{ m}$

4-5

77

Aufweitungs

von DN 250 $\rightarrow$ DN 300

ist gleichseitig Kompensator

also DN 250 $\rightarrow$ DN 300

mit $\alpha \leq 80^\circ$

$$l_{\min} = \frac{(300 - 250) / 2}{\tan \alpha}$$

$$= 178 \text{ mm}$$

dhese Länge hat der

Kompensator $\xi \approx 0$

⑥ 90° Bogen DN 300 Bauart 2

siehe ⑤ $h_v = 0,18 \text{ m}$

⑦ Gerades Rohrstück $l \approx 2 \text{ m}$, DN 300

$$\begin{aligned} h_v &= \left(1 \cdot \frac{l}{d}\right) \frac{v^2}{2g} \\ &= \left(0,02 \cdot \frac{2}{0,3}\right) \cdot 0,3886 \\ &= 0,052 \text{ m} \end{aligned}$$

$$Re = 6,6 \cdot 10^5$$

$$\lambda/d = \frac{0,4}{300} = 1,3 \cdot 10^{-3}$$

$$\lambda = 0,02 \text{ (Moody Diagram)}$$

8

Verzweigung

unter der Annahme dass
 $r_k/d \approx 1,5$ ist

und bezogen auf die Austritts-
 geschwindigkeit

Korrektur $\xi \approx 1$ gesetzt wurde

(Reißher, Ballreich
 Band 1, Seite 209)

dann ist $h_v = 1,0 \cdot 0,488$
 $= 0,48 \text{ m}$

9 Gerade Rohrleitung DN 200
 bei $Q/2$

$Re = 5 \cdot 10^5$

$k/d = \frac{0,4}{200} = 2 \cdot 10^{-3}$, $\Rightarrow \lambda \approx 0,03$

$h_v = \left(\lambda \cdot \frac{l}{d} \right) \frac{v^2}{2g} = \left(0,03 \cdot \frac{2}{0,2} \right) \cdot 0,488 = 0,14$

73

70 90° Bogen DN 200

Q/2

Bauart 2

d = 200

r_K = 203

$$\xi_{\alpha, 90^\circ} = \frac{0,27}{\sqrt{r_K/d}} \quad (1 + 10^3 k/d)$$

$$= \frac{0,27}{\sqrt{\frac{203}{200}}} \quad (1 + 10^3 \frac{0,9}{200})$$

3

$$= 0,625$$

$$h_v = 0,625 \cdot 0,488 = 0,31 \text{ m}$$

71 Schlauch

8m DN 200 Q/2

Gewinni oder ehlich k = 1 mm

noch (11)

$$Re = 5 \cdot 10^5$$

$$k/d = \frac{1}{200} = 5 \cdot 10^{-3}$$

⇒ Moody $\lambda = 0,025$

$$h_v = \left(\lambda \cdot \frac{l}{d} \right) \frac{v^2}{2g}$$

$$= 0,03 \cdot \frac{8}{0,12} \cdot 0,488$$

$$\Rightarrow 0,586 \text{ m}$$

(12) Aufweitungs DN 200 - DN 300

Aufweitungswinkel $< 90^\circ$

⇒ Länge der Aufweitungs

mindestens 360 mm

73) 90° Bogen DN 300

Q/2

Bemerk

d = 300

r_k = 305

$$\rho_{k/50} = \frac{0,27}{1 + \frac{305 \cdot 7}{300}} \left(1 + 10^3 \frac{0,4}{300} \right)$$

2,3

= 0,486

h_v = 0,486 · 0,098

= 0,05 m

Zusammenstellen der Werte

- 1 Einlauf kompakt mit Gitter 0,79 m
- 2 90°-Bogen DN 300 0,15 m
- 3 Verzweigung + Kompensator ~ 0
- 4 Rückschlagklappe 0,32
- 4-5 Aufweitung und Kompensator ~ 0
- 5 135° Bogen DN 300 0,36
- 6 90° Bogen DN 300 0,18
- 7 gerader Rohrstück 0,05
- 8 Verzweigung 0,48
- 9 Gerader Rohrstück DN 200 0,74

- 10 90° Bogen DN 200
 $Q/2$ 0,37
- 11 Schlauch DN 200 8m
 $Q = 7 \text{ m}^2$ 0,586
- 12 Aufwärtswert ≈ 0
- 13 90° Bogen Bauart 2
 DN 300 0,05

Verlustrhöhe Σ 2,82 m

$\leq 5 \text{ m}$

Das steht rund 5 m Verlusthöhe
 zur Verfügung.

Was rechnerisch noch übrig ist kann
 für die Wärmeinjektion gehen.

Grobe Kostenschätzung

alles netto

Pumpe	71.000,-
Schläuche	5.200,-
Kompensatoren / Aufweitungen	1.900,-
Rohre, Bögen etc an Stall	2.000,-
Hydraulikzylinder, Winkel etc.	1.000,-
	≈ 21.000,-

Nächst Schritte (netto)

- Bis Foot vermerken
- detailliertere Konstruktion
- Arbeitsplan

kist, 25.06.22

[Signature]